SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 42 07/08/99
5. Jahrgang

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Tucholskystraße 46, 10997 Berlin
030 / 611 62 49
00/Kto-Nr.: 067001778

KAMPF DER NATO-KRIEGSPOLITIK • FIGHT FORTRESS EUROPE • ZUR WALSERDEBATTE • DER INDUSTRIELLE GEFÄNGNISKOMPLEX IN DEN VEREINIGTEN STAATEN • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM

„Reject the system, which dictates the norms!“

Daß wir uns mit dem nahezu ungekürzten Abdruck des siebenseitigen Leserbriefs von Petrus Ramus (*Sabo* 05/99, Seiten 20 bis 27) nicht nur FreundInnen machen würden, zählen wir geflissentlich zu den hundertprozentigen Klarheiten, mit denen wir seit der letzten Ausgabe gerechnet haben. Aber 1. hat es uns als Redaktionskollektiv noch nie interessiert, ob wir uns mit dem Zeitungsprojekt *Sabotage* nun „FreundInnen“ machen oder nicht, 2. ordnen wir den Umstand, daß sich - analog zum ersten Postulat - aus den in der *Sabo* geführten, teilweise provokanten, teilweise absichtlich über die Stränge schlagenden Auseinandersetzungen Diskussionen ergeben, die fruchtbar sind, unter der Rubrik „Politische Konstruktivität“ ein, die auf Opportunität keinen Wert legt, und 3. können sich alle *Sabo*-LeserInnen, die zwischen ihrer Meinung und den im Bewegungsmelder vertretenen Positionen irgendeine Divergenz feststellen, schriftlich an uns wenden, um sich in den jeweiligen Disput einzuklinken.

Bei alledem verfahren wir nach den Ecoschen Grundsätzen: „Um tolerant zu sein, muß man die Grenzen dessen, was nicht tolerierbar ist, festlegen.“ Und: „Man [kann] das nicht Tolerierbare ablehnen und zugleich tolerant sein.“

Die »Stellungnahme der „extremen Mitte“« jedenfalls stellte in unserem redaktionellen Sinne nichts Nicht-Tolerierbares dar - und wurde deshalb abgedruckt; selbstverständlich *vor* einem eigenen Anmerkungskatalog, den wir uns aus diversen Gründen nicht verkneifen konnten. Wenn nun Leute an uns herantreten und ihrer Empörung Ausdruck verleihen, daß wir allein mit der Veröffentlichung einen Fehler begangen haben, dann ist das Unsinn. Das wäre das Endstadium einer radikalen Linken, die beim Auftreten von Meinungsverschiedenheiten auf keine Kommunikationsstruktur mehr zu-

Inhaltsverzeichnis:

antifa

Ihre „Neue Weltordnung“ angreifen! - Kampf der NATO-Kriegspolitik 6
Kein NATO-Protektorat im Kosovo
Kampf der Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik! 13
Für einen Schlußstrich unter Deutschland: Zur Walserdebatte 19
Bruchsal und kein Ende? 24

repression

Was ist ein EA? 26
Maskierter Rassismus: Der industrielle Gefängniskomplex 28

antistaatlich/antikapitalistisch

Wir blasen zum Sturm auf die EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999 32

leserInnenbriefe

„Wie bringen wir die Menschheit voran?“ 39
„Ein paar Anmerkungen zum Leserbrief von „Petrus Ramus“
und zur Stellungnahme der Redaktion“ 40

sonstige sabotage

Agenda 21: Mit einem Placebo die Welt verändern?! 46
Arbeitskonferenz für Existenzgeld vom 18. - 21. März 99 in Berlin 48
Demos & Veranstaltungen 54

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“ im Juli/August 56

rückgreifen könnte und in ihrer ignoranten Selbstherrlichkeit untergehen würde. Auch wenn wir viel an dem häufig „danebengreifenden" Leserbrief auszusetzen hatten, so tauchte für uns in diesem Fall nie die Frage auf: „Abrucken oder nicht abdrucken?"

Daß wir mit unseren Anmerkungen auch nicht gerade durchgängig in die Mitte getroffen hatten, leuchtet uns jetzt ein, nachdem uns Petrus Ramus nach Veröffentlichung der 41. *Sabotage* nochmals angeschrieben hatte - diesmal „privat". Und so solle dieser Brief auch gehandhabt werden, mit der Ausnahme, doch bitte die darin enthaltenen Klarstellungen der durch unsere Anmerkungen entstandenen Mißverständnisse irgendwie in die *Sabo* einzubauen, ohne auszuufern.

Das soll hiermit geschehen:

1. Der Ablauf der von uns angemerkten Irakveranstaltung wurde falsch dargestellt. Petrus Ramus hat „von Sonja Wallenborns Autorinschaft in den »Ketzerbriefen« erst auf der Veranstaltung kurz vor der Pause erfahren, als dieser Typ aufstand und dafür Werbung machte". Frau Wallenborn hat er dann *nach* „der Veranstaltung auf die »Ketzerbriefe« angesprochen, aber ihr nur gesagt, daß [er] die für rechtsextrem halte". Weil er über die »Ketzerbriefe« oder den »Bund gegen Anpassung« zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht umfassend informiert war, hat er sich erst danach „erkundigt, aber all meine Erkundigungen und Infobeschaffungen geschahen nach dieser Diskussion am 11.03.1999". Daraus resultiert, daß Petrus Ramus' „Schuldzuweisung" in diesem Zusammenhang nicht zu spät gekommen ist. (siehe hierzu auch die eher verwirrende Stellungnahme des Arbeitskreises Antiimperialistische Soldidarität [AkAS] in dieser *Sabo*)

2. Einen „eindeutig positiven Bezug" zur Friedensbewegung haben wir fälschlicherweise in Petrus Ramus' Brief hineininterpretiert. Mit der ins Zukünftige projizierten Frage „ *Und war nicht eine große Lehre aus dieser Friedensbewegung, daß nationalistische Positionen, von wem auch immer,*

Die nächste *Sabotage* erscheint voraussichtlich am 01.09.99

Impressum

SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, ExLibris HD, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift oder im
Internet:
http://www.autonomes-zentrum.org/sabotage/

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
Postfach 104520
69035 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabo@autonomes-zentrum.org

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

nicht mehr geduldet werden sollen?" wollte Ramus kritisch die logische Konsequenz aus diesem Movement ziehen, sonst nichts. Und weiter: „Ich bin nur nicht der Meinung, daß die Friedensbewegung überhaupt pauschal über einen Leisten geschlagen werden kann, dazu war sie viel zu heterogen, es gab auch nationalismuskritische Gruppen, auch die autonome Bewegung und die RZ [Revolutionäre Zellen/Rote Zora, Anm. d. Red.] haben sich bis 1985 mit ihren Aktionen direkt auf diese Bewegung bezogen..."

3. Wir wollten Petrus Ramus nicht »individualisieren«, »pathologisieren« oder »dogmatisieren«; wir haben ihn lediglich „beim Wort" genommen. Daß er das mit den „vielen BürgerInnen [, denen] nachvollziehbare Wege ... eröffne[t werden sollen], gemeinsam mit uns auf die Straße zu gehen", wie folgt gemeint hat, konnten wir in den uns vorliegenden Leserbrief wirklich nicht hineinlesen: „Ohne Massenbewegung sind in diesem System ... keine Sachen aufzuhalten und auch keine substantiellen Veränderungen möglich. Und solche Massenbewegungen ... hat es auch in den rassistischen und nationalistischen 90er Jahre gegeben. (...) Es ist für jede emanzipatorische Bewegung notwendig, sich nicht per se alle BürgerInnen zum Feind zu machen, sondern linksliberale BürgerInnen progressiv einzubinden, damit sie mit der sozialen Bewegung sympathisieren oder sich ihr gegenüber wenigstens neutral verhalten und nicht völlig reaktionär abtauchen."

So, das waren die drei wichtigsten Punkte. Das hat jetzt zwar wieder sehr viel Platz weggenommen und vielleicht zu einer Fortsetzung szeneinterner »Hintertreppengeschichten« (siehe M.S.' Leserbrief) geführt. Aber so ist es uns doch lieber.

Was bei uns sonst noch so an Reaktionen auf den »zwölfseitigen Hammer« angekommen ist, findet ihr selbstverständlich in dieser *Sabo*. Wir haben es bis auf eine kleine Ausnahme *absichtlich* vermieden, noch einmal so heftig/ausführlich wie auf Petrus Ramus' Brief zurück zu schießen, auch wenn wir wieder allen Grund dazu gehabt hätten. [Zu den beiden AKAS-Stellungnahmen *„Zur Irakveranstaltung, Sonja W. und Ahriman-Verlag"* und *„Ein paar Anmerkungen zum Leserbrief von »Petrus Ramus« und der Stellungnahme der Redaktion"* gäbe es sicherlich auch wieder einiges zu sagen...] Aber irgendwann hängt es sogar uns zum Hals 'raus, Disputen, deren „Endgültigkeitscharakter" so unumstößlich ist, daß jede Reaktion die jeweilige Auseinandersetzung zu einem artifiziellen In-die-Länge-ziehen mutieren läßt, eine mehrseitige/mehrwöchige Plattform zur Verfügung zu stellen, auch wenn diese Zeitung von „so etwas" lebt. Aber wenn Szeneleute an uns herantreten, uns auf die Schulter klopfen, sich herzlich bedanken - und dann auf die Frage nach dieser Ehrerbietung zur Antwort geben, daß sie sich „schon lange nicht mehr so haben fesseln lassen von der *Sabo* wie das letzte Mal, als Petrus Ramus' »Actionthriller « abgedruckt" worden sei, der nach vielen Seiten ausgeteilt habe, dann ist das Ausdruck linksradikaler Sensationsgier nach reißerischen Schlammschlachten zwischen lästernden WortakrobatInnen. Und wenn dabei dann die politische Ernsthaftigkeit der ausgetauschten Argumente nicht mehr zum Tragen kommt, es vielmehr nur noch darum geht, welcheR wem wie eine 'reindrückt, dann wird das Ganze wirklich kleinbürgerlich - und wir machen nicht mehr mit...

Die - um es militärisch auszudrücken - »heiße Phase« des NATO-Aggressionskriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurde nach mehr als elf Wochen beendet (genau am 12.06.1999), um in einen G8-Kompromiß zu münden. Seither überschlagen sich die Ereignisse, und eigentlich bräuchten wir eine täglich erscheinende *Sabo*, um da immer am Informationsball zu bleiben. Eine solche *Sabo* gibt es aber nicht, und deshalb sind wir darauf angewiesen, möglichst grobe Skizzen der uns wichtigen politischen Ereignisse abzuliefern. Und selbst dazu reicht, das haben wir oft betont, unser Redaktionspersonal nicht immer aus. Jedenfalls bahnt sich jetzt ein neuer Konflikt an, und zwar in Montenegro, an dessen Abtrennung von Jugoslawien „gearbeitet" wird. Von „Frieden auf dem Balkan also noch keine Spur. Wie dem auch sei, ihr findet in dieser Ausgabe genug Lesestoff, mit dem sich das aktuelle Kriegstreiben um den Balkan relativ sicher fassen läßt: Zum einen das Mitte Juni aktualisierte Flugblatt **„Kein NATO-Protektorat im Kosovo!** *- Kampf der Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik!"* der Antifaschistischen Jugendaktion

Heidelberg (AJA); zum anderen das Flugblatt „**Ihre »Neue Weltordnung« angreifen! - *Kampf der NATO-Kriegspolitik!***“ der seit April 1999 bestehenden Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD). Ihr Text ist gleichzeitig das (permanent aktualisierte) Mobilisierungsflugblatt für die bundesweite Demonstration am 10.07.1999 hier in Heidelberg. An diesem Tag ziehen Menschen, die sich den globalen Strategieentwürfen der selbsternannten „OrdnerInnen der Welt“ und ihren militärischen Armen widersetzen wollen, vom Uniplatz zum NATO-Hauptquartier der Landstreitkräfte in der Römerstraße. Es wäre schön, wenn das 'ne fette Demo werden würde...

Was uns an diesen beiden Texten, die sich zusammengenommen trotz einiger Überschneidungen sicherlich gut ergänzen, aufgefallen ist, ist, daß sie sich beide fast ausschließlich auf das Diktat von Rambouillet beziehen, mit dem die NATO Jugoslawien quasi den Krieg erklärt hatte, ohne die Entwicklung von Dayton zu diesem „Friedensabkommen“ nachzuzeichnen oder gar noch weiter „zurück zu gehen“, und daß in beiden Texten nicht ein einziges Mal explizit vom universalen Nationalchauvinismus die Rede ist, der sich dadurch „auszeichnet“, maskulin geprägte Dominanzwerte militärisch durchzusetzen - und zwar auf allen Seiten! Sicherlich mag die Platzknappheit bei solchen Versäumnissen eine große Rolle spielen - aber welcheR von Nationalismus, Kapitalismus, Imperialismus, Rassismus spricht, darf von Sexismus und Patriarchat nicht schweigen. Wie dem auch sei, kommt am 10.07.1999 möglichst massenhaft nach Heidelberg zur bundesweiten Demo gegen ihre „Neue Weltordnung“, die imperialistische NATO-Kriegspolitik, den Ausbau der EU zur Militärmacht und die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik. Auf dieser Demo wird es auch einen FrauenLesben-Block geben.

In unserer Abteilung „Kuriositäten“ rangieren diesmal die Heidelberger *Unionsnachrichten* der Christlich Demokraturischen Union (CDU) an erster Stelle: In der Mai-Ausgabe dieses reaktionären Hetzblättchens werden drei Seiten an das Thema „Autonomes Zentrum“ verschwendet. Neben Altbekanntem ist uns vor allem „Der AZ-Tip“ auf Seite 9 so positiv ins Auge gesprungen, daß wir uns dafür bedanken möchten. Eine bessere Kommunikationsguerillawerbung fürs AZ und unsere CDU-inkompatible Zeitschrift hätten wir selbst nicht realisieren können: Dort steht unter dem AZ-Logo „*Lebe wild und gefährlich*“ nämlich folgendes:

„Das AZ gibt es übrigens auch im Internet: Unter http://www.autonomes-zentrum.com und http://www.autonomes-zentrum.org können sich Interessierte einen Einblick in die offene und friedliche Jugendarbeit der Autonomen machen. **Vielleicht sollte die Stadt einmal einen Blick in die Zeitschrift »Sabotage« nehmen**...

Für alle Surfer gilt: Strumpfmaske überziehen!!!“

Danke, du CDU, auf dich ist Verlaß.

Gewidmet ist diese *Sabo* dem 30jährigen Sudanesen **Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb**, der am 28.05.1999 in einer Lufthansamaschine von drei deutschen Bundesgrenzschützern zu Tode gedrückt wurde. In der Sprache der mörderischen AbschiebemaschinistInnen heißt das: Aamir Ageeb wurde „durch **Nach-unten-Drücken** fixiert“, weil er sich angeblich „zur Wehr gesetzt hatte“. *(siehe auch den Einleitungstext zum EU- und WWG-Gipfel-Artikel in dieser* Sabo) Dieser Abschiebetod ist kein Einzelfall: „1994 starb der Nigerianer Kola Bankole in einer Lufthansamaschine an einer Beruhigungsspritze; 1998 starb eine 20jährige Nigerianerin, weil sie belgische Beamte ... mit einem Kissen erstickten; und vor wenigen Wochen erstickte ein 25jähriger Nigerianer bei der Abschiebung aus Österreich, weil dem Gefesselten der Mund mit Klebeband verschlossen worden war.“ (***junge Welt***, 02.06.1999, Nr. 125, Seite 6 [Rubrik „*politik*“])
KEIN MENSCH IST ILLEGAL!

Letzter Hinweis am Schluß: Bei dieser überdimensional dicken *Sabo*-Ausgabe, die versprochenermaßen sehr lange hat auf sich warten lassen, handelt es sich um eine **Doppelnummer** für Juli/August. Das erspart uns in gewissem Sinne die obligatorische „Sommerpause“. Wir werden versuchen, Anfang September wieder frisch auf der Matte zu stehen. Bis dann...

Autonomes Redaktionskollektiv

antifa

Ihre „Neue Weltordnung" angreifen! Kampf der NATO-Kriegspolitik!

Auch wenn das 79tägige In-Schutt-und-Asche-Legen Jugoslawiens vorerst beendet wurde, ist es nach wie vor wichtig, gegen die fortwährende Kriegspolitik der NATO (North Atlantic Treaty Organization) und gegen ihre „Neue Weltordnung" aktiv zu werden. Mehrere Tausend Menschen fanden in den letzten Monaten im Bombenhagel der NATO den Tod. Die gesamte Industrie beziehungsweise Infrastruktur Jugoslawiens ist auf Jahrzehnte hinaus zerstört. Außerdem hat der Einsatz radioaktiver Munition und Streubomben das ganze Gebiet verseucht und in Kombination mit der Destruktion von Treibstoffdepots, Raffinerien und Autofabriken eine ökologische Katastrophe angerichtet. Jetzt wurde auf Beschluß der G 8-AußenministerInnen ein NATO-Protektorat im Kosovo installiert („Joint Guardian"), mit dem imperialistischen Ziel, sich unter Zuhilfenahme des Konstrukts einer „autonomen" Verwaltung dauerhaft in die inneren politischen und ökonomischen Angelegenheiten Jugoslawiens einzumischen. Die unter EU-Vormundschaft stehende Okkupationsmacht soll in Zukunft bestimmender Machtfaktor der Region sein. Sie wird dort nach wie vor jeden Schritt in Richtung einer nationalen oder ethnischen Aufspaltung unterstützen, die weitere Zerfallsprozesse nach sich zieht.

Das erste Opfer des Krieges

Mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien und der anschließenden Okkupation des Kosovo durch die NATO ist mitten in Europa Krieg wieder zur Normalität geworden. Ein Krieg, der in den Medien als gut und gerecht dargestellt wurde. Ein Krieg, der, so heißt es, von Seiten der NATO geführt wurde, um den Schlächtereien eines barbarischen Diktators ein Ende zu setzen. Ein Krieg für die Menschenrechte. Ein Krieg für Frieden. Was für eine schöne Illusion! Sie erlaubt es einem, sich beruhigt zurückzulehnen, in der trügerischen Überzeugung, daß die Sache der Menschlichkeit endlich in starken, gut bewaffneten Händen liegt. Sie hat nur eben nichts, aber auch gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun (außer dem Umstand, daß die NATO in der Tat exzellent bewaffnet ist). Die Vorstellung von den Nordatlantik-Pakt-Staaten als einer Truppe hochgerüsteter guter SamariterInnen, die von den westlichen Medien verbreitet wird, ist nichts als Propaganda. Die NATO hat nie für irgendwelche Menschenrechte auch nur einen einzigen Soldaten in Bewegung gesetzt und wird dies auch nie tun. Die ganzen Phrasen über Menschenrechte dienen lediglich der Sicherung von öffentlicher Unterstützung, was u. a. in aller Deutlichkeit daran zu sehen ist, wie wenig sich die NATO um zivile Opfer schert. Um jeden eigenen Soldaten wird ein riesiges Brimborium veranstaltet – hunderte von toten ZivilistInnen dagegen mit einem Achselzucken abgetan. In diesem Krieg ging es für die NATO nicht darum, irgend jemandem zu helfen. In diesem Krieg ging es darum, der NATO die militärische Vorherrschaft in Osteuropa zu sichern und sie als bestimmende Ordnungsmacht der Region zu etablieren. Die Ermordungen, Vertreibungen und Vergewaltigungen von Kosovo-AlbanerInnen durch serbische Milizen, Soldaten und Teile der serbischen Minderheit mögen der öffentlichkeitswirksame Aufhänger des Krieges gewesen sein, seine Ursache waren sie keineswegs.

Die Sorge um die Menschenrechte scheint, wenn den öffentlichen Diskussionen und offiziellen Verlautbarungen gefolgt wird, die prägende Leitfrage in den Plänen und Überlegungen der westlichen PolitikerInnen zu sein. Dabei wird übersehen, daß Menschenrechte kein Thema militärischer und politischer Planungsstäbe sind. Hier geht es um Einflußzonen, um Sicherheitssphären und um freien Zugang zu Märkten. Bei der globalen Durchsetzung ihrer „Neuen Welt-

ordnung" geht es um das gemeinsame Interesse, die letzten Hindernisse für Waren- und Kapitalströme zu beseitigen: Um den maximierten Profit und die permanente Absatzfähigkeit in den kapitalträchtigsten Wirtschaftszonen über Jahre hinaus sichern zu können - selbstverständlich ohne Rücksicht auf die ökonomisch schwächeren Gesellschaften.

Die Menschenrechte spielen für diejenigen, die diesen Krieg gewollt haben, erst dann eine Rolle, wenn es darum geht, den Krieg in den Medien gut zu verkaufen. Da in den Medien die unsäglich naive Vorstellung verbreitet wird, daß der Westen automatisch das Gute repräsentiere, läuft die Berichterstattung im Westen letzten Endes auf das gleiche hinaus wie die in Jugoslawien: Gesagt, gesendet und geschrieben wird das, was der eigenen Seite nützt.

Die westlichen Staaten mit ihren demokratischen Verfassungen treten in Sachen Humanität mit einer Arroganz, die noch direkt aus Kolonialzeiten stammt, als SchulmeisterInnen der Welt auf. Dabei werden in den EU-Ländern tagtäglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, für die sie andere Staaten in Schutt und Asche bomben. Wie viele Menschen anderer ethnischer Herkunft sind schon in deutschen Abschiebegefängnissen umgekommen? Wie viele wurden von den deutschen HeldInnen der Menschenrechte an ihre Mörder und Folterer ausgeliefert? Was ist die deutsche Ausländergesetzgebung anderes als die Bürokratisierung rassistischer Ausgrenzungsmethoden?

Die Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien hat im Kosovo eine rassistische Politik betrieben, die sich auf die Konstruktion einer serbischen Volksgemeinschaft stützt, die auf dem Amselfeld, der „Wiege der serbischen Kultur", angeblich ihre angestammte Heimat hat, - aber sie war und ist nicht die einzige Regierung Europas, die entlang rassistischer Verwertungskriterien funktioniert. Auch Politiker wie Fischer oder Scharping arbeiten mit der Beschwörung mythisch überhöhter, völkisch-nationalistischer Konstruktionen und benutzen dabei institutionalisierte Grundpfeiler, auf denen die bürgerlich-kapitalistischen EU-Staaten (wie die BRD) angeblich aufbauen sollen – Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Individualrechte, Achtung der Menschenwürde –, um beispielsweise den Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu legitimieren. Das Prinzip der Staatsräson ist die Richtlinie, nach der gehandelt wird. Der Rest ist mediale Verkaufsstrategie.

Auf dem Weg zur „Neuen Weltordnung"

Die Gründe für das Engagement in Jugoslawien liegen da, wo die Gründe für Kriege seit jeher liegen: Im Kampf um Macht und Einfluß(sphären). Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks herrscht in Osteuropa ein Machtvakuum. Es stellt sich die Frage, wer in dieser Region neue Führungsmacht wird, nachdem Rußland aufgrund seiner desolaten wirtschaftlichen Lage und der permanenten politischen Krise inzwischen nahezu handlungsunfähig ist, aber aus heuchlerischen Prestigegründen von den am meisten industrialisierten westlichen Staaten trotzdem immer wieder hofiert wird.

Die NATO, die als westliches Verteidigungsbündnis die „Neue Weltordnung" der kapitalkräftigsten Wirtschaftsblöcke der Welt durchzubomben hat, hat mit ihrer systematischen Osterweiterung bereits drei Staaten aus dem ehemaligen Einflußbereich der Sowjetunion in ihre eigene Machtsphäre integriert und strebt u. a. die Aufnahme Bulgariens, Rumäniens, Sloweniens, Albaniens, Mazedoniens, Estlands, Lettlands, Litauens und der Slowakischen Republik in die NATO an, mit dem angenehmen Nebeneffekt, den Waffenindustrien aller 19 NATO-Staaten neue Aufträge zu sichern. Die neuen Mitgliedsstaaten müssen schließlich mit moderner Ausrüstung versorgt werden.

Die USA, die innerhalb des Nordatlantikpakts eine dominierende Machtposition innehält, werden weiter daran arbeiten, die Rückkehr Rußlands zum Status einer Supermacht zu verhindern, auch wenn auf dem Kölner Weltwirtschaftsgipfel vom 18. bis 20.06.1999 die Integration Rußlands öffentlichkeitswirksam inszeniert wurde („G 8 statt G 7"). Gleichzeitig werden sie bestrebt sein, die Etablierung einer unabhängigen Macht als Hegemon in Osteuropa zu blockieren.

Die Rolle der Europäischen Union

Daran ist den Regierungen der 15 EU-Staaten (und den mit ihnen paktierenden Bevölkerungsteilen) aber noch weniger gelegen als ihren US-amerikanischen Verbündeten. Der Balkan ist der Hinterhof der Europäischen Union. Und diese EU soll sich unter der Führung Deutschlands zu einem kontinentalen Herrschaftskomplex entwickeln, der sich über die Länder des ehemaligen Ostblocks und über das Mittelmeer bis hin nach Nordafrika erstreckt (Lomé-Abkommen) und von einer USA-unabhängigen, imperialistischen Militärmacht zusammengehalten wird. Das in die EU eingegliederte Militärbündnis Westeuropäische Union (WEU), die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) und die sogenannten „Krisenreaktionskräfte" sind die konkreter umrissenen Stationen hin zu einem europaunionistischen „Verantwortungsraum", in dem die staatlich-repressive Überwachung im Innern mit dem Export einer an menschen- und umweltverachtender Verwertungslogik orientierten Realität zu einer effizienten Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparatur zusammenschmelzen soll. Auf dem EU-Gipfeltreffen in Köln (am 3./4. Juni 1999) wurde nun ein weiterer Schritt in diese Richtung vollzogen. Die EU-Ratsherren kamen überein, neben der gemeinsamen Währung (Euro) und der gemeinsamen politischen Institution (Europaparlament) nun auch ein gemeinsames militärisches Instrumentarium bereit zu stellen, mit dem sich zumindest „europäische Regionalkonflikte" in Zukunft auch ohne Beteiligung der USA, also durch militärische Kampfeinsätze in eigener Regie lösen lassen. In der Kölner Erklärung des Europäischen Rates heißt es hierzu: „Gestützt auf ein glaubwürdiges Militärpotential muß die Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln erlangen und entsprechend den Erfordernissen des jeweiligen Falls ... die Mittel und die Bereitschaft besitzen, diesen Einsatz zu beschließen." In dem am 03.06.1999 verabschiedeten Entwurf zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (ESVP) wurde die Militarisierung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik endgültig besiegelt. Die europäischen Staaten sollen künftig in der Lage sein, „unter Rückgriff auf NATO-Ausrüstung und -Logistik sich allein in Friedensmissionen und Konfliktpräven-

tion auf dem alten Kontinent zu engagieren".

Das heißt: Nahezu jeder Staat (auf dem „alten Kontinent"), den die NATO (und mit ihr selbstverständlich diejenigen EU-Länder, die NATO-Mitglieder oder Angehörige der „Europäischen Krisenreaktionskräfte" sind) nicht an der kurzen Leine hat, ist eine potentielle Bedrohung der „Neuen Weltordnung", die hauptsächlich von den drei größten Wirtschaftsblöcken der Welt (USA, EU, Japan) verwaltet wird. Mit der Bombardierung Jugoslawiens verfolgten die NATO und die EU schlicht und ergreifend Macht- und Sicherheitsinteressen und legitimierten sie öffentlichkeitswirksam damit, der Ausbreitung eines „prädezenzlosen, einmaligen Bösen in der Mitte unseres eigenen Hinterhofs" (Britischer Verteidigungsminister Robertson) Einhalt gebieten zu wollen. Zudem wurde hier ein Land angegriffen, das sich nach anfänglicher Kooperation dem westlich-kapitalistischen Diktat des „Internationalen Währungsfonds" (IWF) widersetzte, den daran gekoppelten „Schuldendienst" einstellte, seine Währung frei konvertierbar machte und dann eine eigene Inflationspolitik betrieb - woraufhin der IWF die nationalen Differenzen innerhalb Jugoslawiens gefördert hat.

Die Rolle Deutschlands

Deutschland war in diesen Angriffskrieg gegen Jugoslawien nicht nur als Mitglied der NATO involviert. Die BRD ist in diesem immer noch andauernden Konflikt keine Mitläuferin und erst recht kein Opfer der Politik der USA, sondern verfolgt mit ihrer aggressiven Kriegspolitik eigene Ziele. Mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien erklärte Deutschland nicht nur jegliches Völkerrecht zur Makulatur, sondern entledigte sich auch auf zynische Art seiner faschistischen Vergangenheit. 54 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bombardierten deutsche Kampfflugzeuge wieder Serbien, ein Land, das in diesem Jahrhundert schon zweimal den Einfall und das Wüten deutscher Soldaten ertragen mußte.

Schon als im Ersten Weltkrieg deutsche Soldaten Serbien überfielen, verkündete Wilhelm II. die Devise, der die deutsche Außen- und Kriegspolitik bis heute zu folgen scheint: „Bei den Slawen muß per divide et impera (Teile und herrsche!) vorgegangen werden."

Diese Politik wurde von den Nazis konsequent fortgesetzt. Heinrich Himmler formulierte das 1940 so: „Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen. (...) Ich will damit sagen, daß wir das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern."

Die Massaker, die Wehrmacht und SS gemeinsam mit den kroatischen Ustascha-Faschisten an der serbischen Bevölkerung verübten, sind in Jugoslawien noch in lebhafter Erinnerung.

Der Rest vom Schützenfest

Schon bald nach der Übernahme der DDR beteiligte sich Deutschland vehement an der Parzellierung des unbeliebten Vielvölkerstaates auf diplomatischem Wege, indem jede Bestrebung ethnischer Gruppen, sich von Jugoslawien zu trennen, unter dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechts der Völker eiligst unterstützt wurde. Diese vorbehaltlose Unterstützung der SezessionistInnen, die maßgeblich zu den BürgerInnenkriegen in Jugoslawien beitrug und mit der allerersten völkerrechtlichen Aner-

kennung Sloweniens und Kroatiens am 23.12.1991 staatspolitisch besiegelt wurde, setzte die neue Großmacht Deutschland gegen die Warnungen und den Widerstand der USA und der anderen NATO-PartnerInnen durch, die lange Zeit bemüht waren, die territoriale Integrität Jugoslawiens zu erhalten. (Andere europäische Länder erkannten Slowenien und Kroatien erst im Januar 1992 an; die USA folgten sogar erst im April 1992!) Deutschland meldete damit erstmals eine ernsthafte Konkurrenz zur dominierenden Rolle der USA in der NATO an. Die BRD-dominierte EU soll zum eigenständigen Machtblock mit wirtschaftlichen und militärischen Optionen ausgebaut werden.

Diese Politik und diese Propaganda haben Früchte getragen. Selbst ehemalige Linke können, wenn es um den Balkan geht, nur noch in ethnischen Kategorien denken. Plötzlich gibt es nicht mehr UnterdrückerInnen und Unterdrückte, AusbeuterInnen und Ausgebeutete, es gibt nur noch 'die' Serben, 'die' Albaner, 'die' Kroaten usw. Auch der grüne Außenminister Fischer gefällt sich in der Kaiser-Wilhelm-Pose, wenn er verkündet, es gebe fortan keine grüne Außenpolitik mehr, sondern nur noch eine deutsche.

Die Beteiligung Deutschlands am Angriffskrieg gegen Jugoslawien ist der vorläufige Höhepunkt der fortschreitenden Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik. Krieg gehört wieder uneingeschränkt zu den Optionen, mit denen Deutschland seine Beziehungen zu anderen Staaten regelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bekundeten PolitikerInnen jeder Couleur im Hinblick auf die nationalsozialistische Vergangenheit, niemals wieder sollten Deutsche ein Gewehr in die Hand nehmen. Nur wenige Jahre später sollten sie das doch tun, wenn auch nur 'zur Verteidigung'. Wieder einige Jahre später sollten sie schon wieder in aller Welt mitmischen dürfen, wenn auch nur im Auftrag der UNO. Heute kann Gerhard Schröder stolz verkünden, Deutschland „sei wieder erwachsen geworden". Dieses erwachsene Deutschland führt heute einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat.

Deutsche Soldaten, die Tucholsky zurecht als Mörder bezeichnete, fallen mit dem Segen des Deutschen Bundestags wieder über andere Länder her.

An der dazu notwendigen Entsorgung der deutschen Geschichte sind die Medien aktiv beteiligt. Selektionen, Völkermord und Konzentrationslager sind in der hiesigen Berichterstattung keine Begriffe mehr zur Beschreibung der Verbrechen des deutschen Faschismus, sondern dienen als zynische Legitimation für die Zerschlagung Jugoslawiens und den ungehinderten Einsatz deutscher Truppen überall auf der Welt. Kriegsminister Rudolf Scharping präsentiert der Öffentlichkeit immer wieder neue 'Konzentrationslager' im Kosovo, Außenminister Joseph Fischer vergleicht die Vertreibungen im Kosovo mit Auschwitz und Milosevic mit Hitler. Diese psychologische Kriegsführung, diese Verharmlosung und Einebnung der Nazibarbarei dient einerseits der Beseitigung der historisch auferlegten Grenzen des Großmachtstrebens der Deutschen, andererseits sollen sie den geführten Krieg als gerechten Krieg legitimieren, als eine Entscheidungsschlacht zwischen Gut und Böse.

Aktion gegen den Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien, Aviano/Italien, 6. Juni 99

Die angeblich humanitären

Motive, die als Vorwand für den Angriffskrieg dienten, sind vergessen, wenn es darum geht, Flüchtlingen Schutz in Deutschland zu gewähren. Noch zu Beginn des Krieges vertrat das Auswärtige Amt die Ansicht, daß es im Kosovo keine ethnischen Vertreibungen gäbe, und daß deswegen den Flüchtlingen aus diesem Gebiet kein Anspruch auf Asyl zugebilligt werden könne. Auch nach der Ausweitung der Fluchtbewegung zu gigantischen Ausmaßen weigerte sich Deutschland beharrlich, mehr als eine marginale Anzahl an Flüchtlingen zur Wahrung des Gesichts aufzunehmen. Und jetzt sollen die wenigen Kosovo-Flüchtlinge, die es doch hierher geschafft haben, selbstverständlich so schnell wie möglich wieder in ihre zerbombten, verminten, uranverseuchten, KFOR-besetzten Dörfer abgeschoben werden. Dort sollen sie dann in den „Genuß" der „Wiederaufbauhilfe" und „regionalen Stabilisierung" jener Länder (Großbritannien, USA, Deutschland, Frankreich, Italien) kommen, die ein paar Monate zuvor die Zerstörung eben dieser Region koordiniert und konsequent vollstreckt haben.

Rambouillet

Bei jedem Krieg gibt es eine facettenreiche Vorgeschichte. In diesem Fall ist sie verknüpft mit dem Namen von Schloß Rambouillet, in dem Verhandlungen zwischen VertreterInnen der Republik Serbien einerseits und den Kosovo-AlbanerInnen andererseits unter Leitung einer westlichen DiplomatInnengruppe stattfanden. Das Ziel bei diesen Verhandlungen war angeblich, eine Eskalation des Konflikts zu verhindern. Dazu sollte ein Kompromiß gefunden werden, der beiden Parteien ein friedliche Beilegung ihrer Streitigkeiten erlaubt hätte. Was dabei geflissentlich verschwiegen wurde, war der Preis, den der souveräne Nationalstaat Jugoslawien zu zahlen gehabt hätte: Die Erlaubnis für die NATO, ihre Truppen in ganz Jugoslawien stationieren zu können. Jugoslawien hätte also, um den Bombardierungen zu entgehen, einer Besetzung seines gesamten Territoriums durch feindliche Streitkräfte zustimmen müssen, also quasi vor Beginn des Krieges bedingungslos kapitulieren sollen. Daß kein Staat einer solchen Forderung jemals zugestimmt hätte, liegt auf der Hand.

Die Rolle der USA

In den Medien ist trotz alledem oftmals immer noch von der einzig übriggebliebenen Supermacht USA die Rede, ohne daß irgend jemand einmal reflektiert, was das überhaupt für die Systeme internationaler Politik im 21. Jahrhundert heißt. Nahezu jeder Staat kann in Zukunft zum Ziel US-amerikanischer Angriffe werden, wenn seine Politik im Widerspruch zu den Interessen der USA steht und eine Intervention Chancen auf Erfolg hat. Aufmerksame BeobachterInnen der Debatten in den USA, die einen weltweit unvergleichlich hohen Verteidigungsetat haben und die komplexeste Rüstungsindustrie besitzen, konnten längst feststellen, daß die Ideologie des „Manifest Destiny", der alte Glaube aus amerikanischen Pioniertagen an die Auserwähltheit des amerikanischen Volkes, eine globale Interpretation erfährt. Die Forderung nach „wohltätiger Hegemonie" gehört inzwischen nicht nur zum Standardrepertoire konservativer PublizistInnen, sondern ist mittlerweile das Programm einflußreicher BeraterInnen der US-amerikanischen Regierung. Ein klares Indiz für die Vorstellungen von internationaler Zusammenarbeit, die die Clinton-Administration pflegt, ist der Umgang mit der UNO (United Nations Organization) und, damit verbunden, der Umgang mit dem ohnehin zur Karikatur seiner selbst verkommenen Völkerrecht. Nicht nur, daß sich das kapitalkräftigste, zugleich aber auch verschuldetste Land der Welt beharrlich weigert, seine Mitgliedsbeiträge bei der UNO zu entrichten, es versucht weiter, diese ohnehin von den wenigen kapitalkräftigen Industriestaaten dominierte Institution gezielt zu schwächen und zu demontieren. Zusammen mit dem von der deutschen Regierung unterstützten Bruch des Völkerrechts, das jede Aggression gegen einen souveränen Nationalstaat für illegal erklärt, bedeutet

dies eine klare Zäsur in der Geschichte der internationalen Beziehungen. Von der zumindest offiziellen Politik des Ausgleichs geht es zurück zu einer geostrategisch weitreichenden Politik, in der Macht gleich Recht ist und imperialistische Machtblökke *dann* den militärischen Angriff auf einen unbotmäßigen Nationalstaat beschließen können, wann immer *sie* wollen.

Das Headquarter der NATO-Landstreitkräfte in Heidelberg

Auch wenn am 09.06.1999 die „heiße Phase" eines 79tägigen NATO-Aggressionskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zunächst einmal beendet und in Kumanovo (Mazedonien) ein „Militärisch-technisches Abkommen" (MTO) zwischen NATO-UnterhändlerInnen und der jugoslawischen Armee unterzeichnet wurde, geht der Krieg auf niedrigerer Intensität weiter. Nach dem im „G8-Kompromiß" festgelegten und mittlerweile auch abgeschlossenen Abzug aller Einheiten der serbisch dominierten jugoslawischen Bundesarmee, der serbischen Polizei und der paramilitärischen Verbände aus dem Kosovo sind bis zu 60.000 SoldatInnen vor allem aus NATO-Staaten in diese Region einmarschiert (etwa 13000 aus Großbritannien, 10000 aus Rußland, 9000 aus den USA, 8500 aus Deutschland, 7500 aus Frankreich, 7000 aus Italien). Die Oberhoheit über alle beteiligten SoldatInnen der „Kosovo-Friedenstruppe" (KFOR) wurde der westlichen Allianz (unter dem Kommando des britischen Generalleutnants Michael Jackson) zugesprochen. Auch wenn die NATO qua Verankerung dieses Abkommens von Mazedonien in eine Resolution des UNO-Sicherheitsrates (10.06.1999) in ihrer strategisch festgelegten Möglichkeit eingeschränkt zu sein scheint, nach Belieben weltweit militärisch intervenieren zu können, bleiben die durch den Kosovo-Konflikt geschaffenen Realitäten: Die „Neue Weltordnung" wird auch in Zukunft - ob mit oder ohne UNO-Mandat - durchgebombt.

Deshalb demonstrieren wir am 10.07.1999 in Heidelberg gegen diese „Neue Weltordnung" und gegen die daran geknüpfte NATO-Kriegspolitik, weil das Heidelberger Headquarter der NATO-Landstreitkräfte zu den wichtigsten infrastrukturellen Einrichtungen des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zu zählen ist. Im Falle eines Einsatzes von Bodentruppen im NATO-Aggressionskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, der dieses Land bereits vor dieser Militäroption über Jahrzehnte hinaus in seinen sozialen, gesellschaftspolitischen und ökologischen Grundlagen zerstört hat, wären in Heidelberg die Koordinationsfäden zusammengelaufen.

Antifaschistische Initiative Heidelberg
Postfach 104520
69035 Heidelberg
Tel/Fax: (06221) 2 26 52
Email: aa@autonomes-zentrum.org
online: www.autonomes-zentrum.org/ai/
Infotelefon: (06221) 18 91 44

organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Ihre „Neue Weltordnung" angreifen!
Kampf der imperialistischen NATO-Kriegspolitik!
Rückzug aller NATO-Truppen vom Balkan!
Kein NATO-Protektorat im Kosovo!
Keine unabhängige Militärmacht EU unter deutscher Vorherrschaft!
Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Kein NATO-Protektorat im Kosovo! Kampf der Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik!

Der Krieg gegen Jugoslawien ist vorbei. Tausende JugoslawInnen mußten im Bombenhagel der NATO sterben. Die gesamte Industrie bzw. Infrastruktur Jugoslawiens und damit die Lebensgrundlage der gesamten Bevölkerung wurden zerstört. Unter anderem wurden radioaktive Munition und Streubomben eingesetzt. Durch die Zerstörung von Treibstoffdepots, Raffinerien, Autofabriken etc. wurde eine ökologische Katastrophe angerichtet.

Jetzt wird ein Protektorat im Kosovo errichtet. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg marschieren deutsche Soldaten in ein Land ein, und wieder einmal ist es Jugoslawien, gegen das sich die deutsche Aggression richtet. Doch anstatt wenigstens mal kurz inne zu halten über den beispiellosen Zynismus, zum dritten Mal in einem Jahrhundert den selben Staat zu überfallen und zu besetzen, wird die Zerstörung Jugoslawien gerade damit begründet, daß Deutschland dies schon zweimal getan hat: Mit religiöser Verzückung wird der demokratisch gewählte Präsident Jugoslawiens, Milosevic, zum 'Balkan-Hitler' stilisiert und der Kreuzzug der 'westl. Wertegemeinschaft' im Namen eines primitiven Glaubens geführt, der keine Unterscheidung als die zwischen Gut und Böse kennt. Daß die westlichen Werte - insbesondere die deutschen - einmal mehr nur Mord und Totschlag beinhalten, ist aus der Vergangenheit bekannt.

Vorwand für den Krieg der NATO und das Protektorat sind die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo durch die serbische Armee und paramilitärische Verbände. Die NATO würde ganz ohne eigene Interessen für die Menschen kämpfen. Schließlich müsse dem „Schlächter vom Balkan", Milosevic, das Handwerk gelegt werden. Was war passiert, daß dieser Politiker bzw. Jugoslawien ins Fadenkreuz der NATO geriet? Die Antwort ist einfach: Nichts, jedenfalls nichts, was in der Welt der Staaten besonders originell wäre: wenn eine Staatsmacht durch eine Guerilla herausgefordert wird, wird diese vom Staat bekämpft, wobei oft kein Unterschied zwischen Guerilla und der sie unterstützenden Bevölkerung gemacht wird. Die Bekämpfung der separatistischen UCK durch die Armee des jugoslawischen Zentralstaats, mit dem Ziel, diesen zu erhalten, liegt in der Logik jeder Staatlichkeit und wird normalerweise auch vom Westen toleriert bzw. unterstützt oder selbst praktiziert. Der Krieg der Türkei in Kurdistan, der von Rußland in Tschetschenien oder die Schlächtereien Indonesiens in Osttimor sind nur einige Beispiele von vielen, und jedesmal wird die kriegstreibende Macht von Deutschland finanziert.

Daß Milosevic macht, was im Grunde alle machen, und deshalb die Zerstörung Jugoslawiens durch die NATO etwas völlig Willkürliches hat, fällt auch einigen westlichen KommentatorInnen auf. Diese kritisieren dann, daß Nicht-Politschurken wie Schröder oder Clinton bei der Bestrafung von Politschurken wie Milosevic oder Suharto - der vom Westen gestützte, ehemalige Diktator von Indonesien, der mehrere 100.000 KommunistInnen und Menschen aus Osttimor ermorden ließ - ein guter Freund von Kohl, der schon mal mit ihm fischen ging -, mit verschiedenen Maßstäben messen. Vergessen wird dabei, daß der Westen kein Richter, sondern Täter ist: Frankreich wütete in Algerien, Großbritannien führte den Falklandkrieg und die Liste der Verbrechen der USA sind zu lang, um sie aufzuzählen. Daß die Bundeswehr - die dank der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg solche Verbrechen 50 Jahre nicht begehen durfte - jetzt anders handelt, ist kaum anzunehmen:

Während sich die PolitikerInnen in Humanitätsgedusel üben, spricht etwa der ranghöchste General der Bundeswehr bei der NATO, Klaus Naumann, die wirklichen Ziele der Bundeswehr

offen aus: Sie habe *„für kollektive Einsätze auch außerhalb des Bündnisgebiets zur Verfügung zu stehen, soweit es* ***deutsche Interessen*** *gebieten"* (Informationen für die Truppe, 11/91 - Bundeswehrzeitung). Roman Herzog erklärt dann auch, was diese deutsche Interessen sind: *„Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere unmittelbaren nationalen Interessen wie Sicherheit und Wohlstand. Es hat keinen Sinn, das verschweigen zu wollen. [...] Diese Interessen anzuerkennen, heißt natürlich auch, die Folgen daraus ehrlich zuzugeben, also zum Beispiel, daß dafür materielle Lasten übernommen werden müssen; daß das Scheckbuch nicht reicht, sondern daß möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben gefordert ist"* (zitiert nach Ulrich Sander: **„Szenen einer Nähe** *-Vom großen RechtsUm in der Bundeswehr"*).

Um solche nationalen Interessen zu erfüllen, die die 'Verteidigungspolitischen Richtlinien' von 1992 als die *„Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt"* definiert, wurde die Bundeswehr mittlerweile zu einer modernen Interventionsarmee umgerüstet. Der Kern dieser neuen alten Armee, die Krisenreaktionskräfte (KRK), sollen *„das gesamte Spektrum möglicher Einsätze abdecken, von der modernen Guerilla-Kriegsführung bis zum Einsatz gegen hochwertig ausgerüstete Streitkräfte" (Weißbuch der Bundeswehr - 1994).*

Die Bundeswehr stellt sich offen in die Tradition sowohl des Kaiserreichs als auch des Nationalsozialismus. Mehr als 40 Kasernen sind nach Kriegstreibern aus den beiden Weltkriegen benannt (**Rommel**-Kasernen in Osterode, Augustdorf, Dornstadt; **Hindenburg**-Kasernen in Neumünster, Oldenburg, Münster, Kassel, Reutlingen, Tübingen, Ulm,...).

„Tradition ist die bewußte Auswahl von Ereignissen und Menschen, von Haltungen und Taten, die beispielgebend sind." (Volker Rühe am 13.3.97 vor dem Bundestag)

Remilitarisierung der Außenpolitik

Die Freude in Deutschland ist groß, daß im Zuge der Einverleibung der DDR endlich die Nachkriegsfesseln verschwunden sind: *„Wir sind nicht nur nach der Zahl, sondern nach allen anderen Daten das stärkste Land in Europa"* frohlockte Kohl am 3. Oktober 1990, um im Januar 1991 die Marschrichtung des wiedererstarkten Deutschland anzugeben: *„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen. Es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und sollte diese ausweiten."*

Zu dieser Weltmachtrolle gehört selbstverständlich auch das Militär, da, wie General Naumann richtig erkannte, im kapitalistischen Konkurrenzkampf um das größte Stück des Kuchens *„nur noch zwei Währungen [gelten]: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen"* (*Spiegel*, 18.3.93) Von Einsatz zu Einsatz pirschte mensch sich daher auch an den lang ersehnten Kampfeinsatz heran: Minensuchboote im persischen Golf, Sanitätseinsätze in Kambodscha (1992/93), Versorgungsflüge der Luftwaffe für Sarajevo (1992), Zerstörer in der Adria (ab 1992), logistischer Einsatz in Somalia (1993/94), AWACS-Flüge über bosnischem Luftraum (ab 1993) und schließlich Aufklärungsflugzeuge bei den NATO-Luftschlägen gegen serbische Stellungen in Bosnien 1995. Und jetzt erstmals richtige Kampftornados und Bodentruppen im Kosovo.

Deutscher Imperialismus hat Tradition

„Will der deutsche Imperialismus dem Ansturm von Demokratie mit ihrem Anspruch auf Weltverbesserung Stand halten, so muß er sich ethisch fundamentieren. Mit reinem Machtanspruch kann die Demokratie mühelos fertig werden." Diese Zeilen schreib einst Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des deutschen Kaisers in seiner „Denkschrift über den ethischen Imperialismus", als klar war, daß Deutschland den Ersten Weltkrieg verlieren würde, und die Kriegstreiber aus Politik und Wirtschaft überlegten, wie sie ihre Großmachtgelüste in die parlamentarische Demokratie von Weimar retten können. Von da an gehörten Wörter wie „Minderheitenschutz", „Selbstbestimmungsrecht", „Gerechtigkeit" und „Gleichberechtigung" zum Repertoire der Eliten, um deutsche Machtansprüche ideologisch zu verdecken. *„Eine weit vorausschauende Politik eröffnet uns gerade bei strenger Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der großen und kleinen Völker [...] ungeheure Möglichkeiten.[...] Voraussetzung freilich ist dabei: überlegene Kenntnis der Volksdruckverhältnisse und Herrschaftsverhältnisse rings um die Erde"*, brachte der Vater der deutschen Geopolitik, Karl Haushofer, 1934 die Taktik auf den Punkt.

An diese Taktik konnte angeknüpft werden, als nach dem Zusammenbruch der nominalkommunistischen Staaten Osteuropas, das traditionelle Expansionsziel des deutschen Imperialismus *„als Aktionsraum für die deutsche Außenpolitik zurückgekehrt"* war (Kinkel, Lamers u. a. in einem Strategiepapier der CDU/CSU-Bundestagsfrakti-

SABOTAGE

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage

Postfach 104520, 69035 Heidelberg

on - 1994). Zuvor war 50 Jahre lang *„die Option einer eigenständigen Ostpolitik oder gar Ostorientierung"* (ebd.) durch den Ost-West-Gegensatz verbaut.

Zusammenbruch Jugoslawiens...

Nach dem Zusammenbruch der nominalkommunistischen Staaten Osteuropas kam es dort überall zu einer Renaissance nationalistischer Bestrebungen. In Jugoslawien definierten sich die BewohnerInnen plötzlich wieder als SerbInnen, KroatInnen, MuslimInnen, SlowenInnen oder als AlbanerInnen. Während der serbische Nationalismus weiterhin auf einem einheitlichen Nationalstaat bestand, weil die Provinz Serbien (im übrigen auch das Kosovo) durch die innerjugoslawischen Transferzahlungen aus dem reicheren Norden des Landes (Kroatien und Slowenien) profitierte, setzte eben dieser Norden auf Unabhängigkeit, in der trügerischen Hoffnung, durch die Abtrennung vom armen Süden wenigstens als Billiglohnstandort für die EU fungieren zu können und so nicht völlig zu verelenden. Folgerichtig brach nach der einseitigen Loslösung Kroatiens und Sloweniens ein blutiger BürgerInnenkrieg aus, der derzeit im Kosovo seine Fortsetzung findet. Einen moralischen Unterschied zwischen den einzelnen Konfliktparteien gibt es nicht. Ob in Kroatien die Fahne der Ustascha, dem Marionettenstaat Hitlers, wieder eingeführt wird und die „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung" vom 6.2.1992 meldet, der Antisemit Tudjman habe sein *„Ziel fast schon erreicht: Zagreb und Kroatien sind ziemlich 'judenrein'"*, oder der Chef der ach so multikulturellen bosnischen Muslime, Izetbegovic, für *„den Kampf zur Schaffung einer großen islamischen Föderation von Marokko bis Indonesien, von Schwarzafrika bis Mittelasien"* eintritt und die Islamisierung des bosnischen Alltags vorantreibt (Schließung der laizistischen Schulen in Sarajevo etc.), unterscheidet sich wenig vom serbischen Nationalismus. Vertreibungen gab es in Bosnien folgerichtig auf allen Seiten: 600.000 SerbInnen mußten aus Kroatien fliehen und 100.000 aus Sarajevo. Genauso verhält es sich im Kosovo: *„Albaner wollen das Kosovo ohne Serben. Serben wollen ein Kosovo ohne Albaner"* faßt die Zeit vom 10.6.1998 den Konflikt in einem ihrer Lichtblicke treffend zusammen. Ein Chef der UCK faßte das Ziel der Guerilla folgendermaßen zusammen: *„Wir wollen mehr als die Unabhängigkeit. Unser Ziel ist die Vereinigung aller Albaner auf dem Balkan. In Mazedonien ist die UCK bereits aktiv..."*. Um Mißverständnisse zu vermeiden, der serbische Nationalismus, der sich u. a. in der Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik im Kosovo oder in der 'Blut und Boden'-Rede Milosevics auf dem Amselfeld äußert, ist genauso zu verurteilen, wie der Wahn der anderen Kriegsparteien. Es handelt sich aber bei dem jugoslawischen BürgerInnenkrieg eben um einen BürgerInnenkrieg und nicht um einen Krieg zwischen der bösen serbischen Armee und der guten Zivilbevölkerung, wie in der deutschen Kriegshetze behauptet wird. Wer wen ermordet oder vertreibt, liegt allein am militärischen Kräfteverhältnis und nicht an unterschiedlichen Ideologien der KontrahentInnen.

...und die Einmischung Deutschlands

Deutschland unterstützte von Anfang an die sezessionswilligen 'Völker' in Jugoslawien, das von vornherein als Kunstgebilde denunziert wurde. *„Mit jedem Schuß rückt die staatliche Unabhängigkeit Kroatiens näher"*, heizte Genscher den Krieg an. Nach der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch Deutschland, im offenen Widerspruch zu allen anderen westlichen Staaten, die auf der Einheit Jugoslawiens beharrten, eskalierte - wie zu erwarten - der BürgerInnenkrieg in Bosnien. *„Ein großer Sieg für die deutsche Politik"*, feierte Helmut Kohl den deutschen Alleingang. Kroatien wurde ebenso wie später die bosnischen Muslime von Deutschland mit Waffen ausgerüstet, während Serbien mit einem Wirtschaftsembargo *„in die Knie"* (Kinkel) gezwungen werden sollte. *„Ohne Hilfe der Deutschen hätten wir gar nicht bis jetzt standhalten können"*, bedankte sich der kroatische Staatschef Tudjman höflich.

Nach dem selben Muster griff die BRD-Außenpolitik auch in den Kosovo-Konflikt zwischen Serbien und der großalbanischen UCK ein: Anfang 1998 hatte Kinkel mit seiner Aussage, *„das internationale Scheinwerferlicht ist jetzt auf das Kosovo gerichtet"*, signalisiert, daß der Zeitpunkt zum Angriff richtig sei. So geschah es dann auch: Die UCK fing an, mit punktuellen Anschlägen auf serbische Polizisten die serbische Führung zum Eingreifen zu reizen. *„Es war eine klare Strategie der Kosovo-Befreiungsarmee, die Serben zu provozieren, damit in der Folge Zeitungskommentare wie dieser erscheinen, die den Westen zur Intervention auffordern"*, kommentierte der „International Herald Tribune" (2.10.98) die Strategie der UCK.

Das ARD-Fernsehmagazin Monitor deckte auf, daß deutsche Geheimdienste (MAD, BND) über den albanischen Geheimdienst Waffen - Restbestände der NVA - an die UCK lieferten. Die englische Wochenzeitung „The European" schrieb schon Ende September 1997, daß *„der zivile und militärische Geheimdienst in die Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen verwickelt ist, um den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren und das Flüchtlingsproblem anzupacken"*. Deswegen sei es zu *„einem Bruch zwischen dem BND und der CIA gekommen"*, hieß es mit Bezug auf französische Diplomaten. Weiter schrieb die Zeitung: *„Die Entstehung der UCK im Jahr 1996 fiel mit der Ernennung von Hansjörg Geiger zum neuen BND-Chef zusammen. Einer seiner ersten operativen Beschlüsse war die Einrichtung einer der größten Regionalvertretungen des BND in Tirana. (...) BND-Agenten arbeiten eng mit den Führern des Shik, des albanischen Geheimdienstes zusammen. (...) Die BND-Männer hatten die Aufgabe, Rekruten für die UCK-Kommandostruktur herauszusuchen."* Der Leiter des OSZE-Beobachterbüros an der Grenze zwischen Albanien und dem Kosovo entdeckte Ende Juni 1998, *„daß die UCK plötzlich uniformiert ist. Und zwar mit deutschen Feldanzügen"*.

Zwar ist der Zusammenbruch Jugoslawiens nur aus inneren Widersprüchen zu verstehen, aber ohne die Einmischung Deutschlands hätte das ganze vielleicht unblutiger stattfinden können. Diese Einmischung begann nicht erst mit dem aktuellen Bombardement, sondern schon viel früher, bevor auch nur ein Tornado in der Luft war, so daß das Geschwätz, der Westen dürfe nicht weiter zuschauen, blanker Hohn ist, da besonders Deutschland nie zugeguckt hat, sondern von Anfang an Kriegspartei war.

Das Diktat von Rambouillet

Inzwischen ist der Text des Vertrags von Rambouillet bekannt geworden, u. a. mit folgender Passage aus dem Anhang: Das NATO-Personal *„genießt, einschließlich seiner Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge, freien und ungehinderten Durch- und Zugang auf dem gesamten Gebiet der*

ARNie INFO EXPRESS
Infoundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
★ mit "Kurz & LINKS Bündig
★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es:
❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben

Briefmarken oder Scheine an:
ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach

Bundesrepublik Jugoslawien. Dies schließt ein, ist aber nicht beschränkt auf das Recht zu lagern, Manöver durchzuführen, Stellungen auszubauen und von allen Gebieten und Einrichtungen Gebrauch zu machen, die für Nachschub, Übungen und militärische Operationen benötigt werden." Außerdem ist es *„unter allen Umständen und zu jeder Zeit immun vor der Rechtssprechung der Vertragsparteien hinsichtlich jeglicher zivil-, verwaltungs-, straf- oder disziplinarrechtlicher Vergehen, die es in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen könnte"*. Das ist der Status einer Besatzungsarmee, die auch noch allein aus der NATO bestanden hätte. Kein Staat hätte diese faktische Entmachtung annehmen können. Die sogenannten „Verhandlungen" von Rambouillet waren schon eine Kriegserklärung der NATO.

Konflikte innerhalb der NATO

Anders als Deutschland, das von Anfang an die Kosovo-AlbanerInnen unterstützte, wollten die USA bisher eher den Status Quo sichern und gerieten dabei mehr als einmal mit Deutschland aneinander. Neben dem schon erwähnten Streit zwischen CIA und BND rügte z. B. der Chefunterhändler Holbrooke Deutschland, daß es nicht die albanischen Auslandkonten sperren läßt. Die USA ließen Milosevic bei der Bekämpfung der UCK gewähren und erwogen im Mai 1998 sogar die Stationierung von Soldaten an der jugoslawisch-albanischen Grenze. Rühe beklagte sich dann auch öffentlich in der FAZ über *„das Verhalten derjenigen Außenminister, die öffentlich zwar ein militärisches Eingreifen auf dem Kosovo fordern, innerhalb des Bündnisses aber die dazu notwendigen Schritte verweigern [...] Das Problem im Kosovo kann nicht gelöst werden, indem ich Truppen nach Albanien schicke, dort die Grenze zum Kosovo dichtmache und so das Geschäft des Herrn Milosevic betreibe"*. Warum die USA schließlich doch einlenkten und sogar die meisten Flugzeuge für den Angriff auf Jugoslawien stellten, liegt wohl daran, daß sie verhindern wollen, daß die EU zunehmend militärisch eigenständig von den USA werden. (genau das ist auf dem EU-Gipfel im Juni in Köln auch beschlossen worden). Konflikte zwischen den USA und England einerseits und dem Rest Europas andererseits zeigten sich schon bei der jüngsten Aggression gegen den Irak, als es die USA nicht mal für nötig befanden, ihre europäischen PartnerInnen einzubeziehen und lieber ohne NATO losschlugen. Diese Meinungsverschiedenheiten im Bündnis zeigten sich schon im Februar letzten Jahres, als sich die USA beklagten, daß die Rüstungsindustrie der westeuropäischen Staaten zu einer leistungsstarken europäischen Industrie unstrukturiert wird, was zu einer Konkurrenz zwischen Europa und Amerika führen würde (vgl. FAZ vom 9.2.98).

Der Krieg gegen Jugoslawien ist auch ein Ausdruck einer innerimperialistischen Interessenkonkurrenz zwischen Europa unter deutscher Vorherrschaft und der USA. Genauso wie die UNO zunehmend an den Rand gedrängt wird, könnten auch die Tage der NATO gezählt sein, da die Interessen der beiden Wirtschaftsblöcke zunehmend auseinandergehen. Die Kosovo-Intervention ist aber, das bleibt festzuhalten, primär ein Produkt der deutschen Großmachtpolitik und nicht der der USA. Welches Interesse Deutschland im Kosovo hat, ist freilich schwer zu erkennen, gleicht der Luftkrieg bisher eher einem Amoklauf. Vielleicht ist es das Ziel, überall in Osteuropa treue Vasallen zu schaffen: Estland, Lettland und Litauen orientieren sich ebenso an Deutschland, wie Kroatien und Slowenien. Die jeweiligen Währungen sind entweder an die DM bzw. an den Euro gekoppelt oder ganz durch sie ersetzt. Ob es sich am Ende für Deutschland ökonomisch lohnen wird, ist angesichts der Tatsache, daß in Osteuropa nach der 'Wiedereinführung der Freiheit' nur ökonomische Wüsten entstanden sind, eher fraglich, aber vielleicht genügt den deutschen KriegspolitikerInnen und Militärs das Gefühl, endlich mal wieder kräftig mitzumischen in der Weltpolitik und zwar endlich nicht mehr im *„Maschinenraum"* der NATO, sondern auf der *„Kommandobrücke"* (Naumann).

Antifaschistische Jugendaktion HD (AJA)

Für einen Schlußstrich unter Deutschland

Der mittlerweile 70jährige Rechtsterrorist Manfred Roeder, der 1980 wegen Gründung der für sieben Brand- und Sprengstoffanschläge verantwortlichen „Deutschen Aktionsgruppen" zu 13 Jahren Haft verurteilt, aber bereits 1990 wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, hat in seinem letzten Rundbrief „Rettet den Knüll" folgendes zum Besten gegeben: „Die Rede von Martin Walser und die Initiative von Horst Mahler sind die beiden großen Hoffnungszeichen am politischen Horizont."

*Mit „Rede" meint der Faschist Roeder die Dankesrede des Schriftstellers Martin Walser, die dieser anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 11.10.1998 gehalten hat. Walser nutzte dabei seine diskursive Macht, um indirekt über das Ende des „deutschen Sonderweges" zu lamentieren; dieser Weg in die Eingliederung der BRD in die westlichen Demokratien sei nämlich zu verlassen, „um wieder auf dem 1871 eingeschlagenen Weg der deutschen Nation fortzuschreiten. (...) Verkleidet als Frage stellte der Schriftsteller im Rampenlicht der Öffentlichkeit fest: »Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft?« »Zitternd vor Kühnheit« beklagte er einen »negativen Nationalismus« sowie die »Ritualisierung und Instrumentalisierung Auschwitzes« durch die »Meinungssoldaten«. Auschwitz eigne sich nicht dafür, »Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel und Moralkeule«." (Andreas Speit: „*Schicksal und Tiefe. Sehnsüchte der »Neuen Rechten«, *in: Jean Cremet / Felix Krebs / Andreas Speit:* **Jenseits des Nationalismus**. *Ideologische Grenzgänger der „Neuen Rechten" - Ein Zwischenbericht, Hamburg/Münster: Unrast-Verlag [rat - reihe antifaschistischer texte, Band 4], März 1999, Seiten 11/12)*

Walser brachte damit den „Antisemitismus der gesellschaftlichen Mitte" zum Ausdruck, der „auf der Relativierung des Holocaust und der Leugnung jeglicher kollektiver Verantwortung für den Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden [basiert] und ... sich am häufigsten in form von antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen [präsentiert], nach wie vor auch in religiöser JüdInnenfeindschaft und in einer wehleidigen Selbststilisierung der Deutschen als die eigentlichen Opfer" ()"Eine jroße Macht" - Antisemitismus im Aufwind«, *in:* ***Antifaschistisches Infoblatt Berlin****, Ausgabe 47, April/Mai 1999, Seite 6).*

Deshalb begrüßten nicht nur offen bekennende Faschisten wie Roeder oder rechtskonservative Publikationen wie die Junge Freiheit *(am 16.10.1998) Walsers (in die Sprache der extremen Rechten einpaßbare) Rede; auch vermeintlich linke Organe distanzierten sich nicht wirklich davon. Im Gegenteil: „die* junge Welt *und die* Unsere Zeit *kritisierten Walser nicht, sondern kommentierten positiv die von Walser - »um des lieben Friedens willen« - geforderte Begnadigung des früheren DDR-Spions Rainer Rupp (jW, 12.10.1998; UZ, 16.10.1998)" (****Jenseits des Nationalismus****, a.a.O., Seite 46).*

Walser selbst ist nach wie vor gerne hofierter Gast in unzähligen Buchhandlungen oder sonstigen Veranstaltungsorten „seiner" Republik. Bei einer dieser völkisch-nationalistischen Propagandashows hat die Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg (AJA) folgendes Flugblatt verteilt, das wir leicht gekürzt bereits in der letzten Sabo *veröffentlichen wollten:*

-Sabotage

Die Auseinandersetzung um Walsers Friedenspreisrede ist mittlerweile genauso bedeutend wie der Historikerstreit um Fritz Fischer oder die Goldhagen-Debatte. Die Öffentlichkeit und insbesondere die sogenannte geistige und politische Elite Deutschlands sind empört. Aber keineswegs aufgrund der antisemitischen Aussprüche Walsers, sondern wegen der Reaktion von Ignatz Bubis, der ihn berechtigterweise als *„rechtsextremen Intellektuellen"* und *„geistigen Brandstifter"* bezeichnet hat. Dieser wurde sofort zum Feindbild, und end-

lich konnte jeder mit gutem Gewissen seine antisemitischen Gedanken ohne Angst vor jeglicher Kritik in der Öffentlichkeit verbreiten. So kam es dazu, daß Antisemitismus in der Öffentlichkeit und vor allem in den deutschen Medien ein noch größeres Ausmaß annahm, als davor.

Reaktionen auf Walser

Ein Beispiel dafür ist der Dichter Reiner Kunze, der in der „Welt" ein paar Zeilen in der Form eines Gedichts über den wirklich Schuldigen am Antisemitismus schrieb: *„Ignatz Bubis hat eine Hexe geschaffen, die Hexe Walser. Und einen geistigen Scheiterhaufen, der die Eigenschaft haben könnte, weitere Hexen zu fordern. So verbrennt man geistig seine Freunde. Diejenigen, die dann tatsächlich Brände legen"*, nämlich die rechten und die linken Extremisten, *„stehen schon Lunte bei Fuß. [...] Genau davor aber hatte Martin Walser warnen wollen."* Seiner Meinung nach ist also nicht Walser, sondern Bubis der geistige Brandstifter. Da wären wir mal wieder bei einem typischen Fall von Täter-Opfer-Umkehrung.

> *„Die Abwehr der Erinnerung an das Unsägliche, was geschah, bedient sich eben der Motive, welche es bereiten halfen."*
> *Horkheimer/Adorno*

Auch Klaus von Dohnanyi, der ehemalige Hamburger Bürgermeister, war der Ansicht, daß Bubis Walser völlig mißverstanden hatte. Er fühlte sich und seinen Freund Walser, die Bubis beide als *„latente Antisemiten"* bezeichnet hatte, gedemütigt. Deshalb forderte er von Bubis: *„als Vorsitzender des Zentralrats der Deutschen Juden* [sic!] *könnten Sie mit ihren nicht-jüdischen Landsleuten etwas behutsamer umgehen, wir sind nämlich alle verletzbar."* Von Behutsamkeit hat er aber anscheinend noch nie etwas gehört, da er die taktlose Forderung stellte, daß sich *„auch die jüdischen Bürger in Deutschland fragen* [sollten], *ob sie sich so viel tapferer als die meisten anderen Deutschen verhalten hätten, wenn nach 1933 nur die Behinderten, die Homosexuellen oder die Roma in die Vernichtungslager geschleppt worden wären."* Auf diese Idee kam Dohnanyi jedoch nicht selbst, sondern durch den Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein, der schon vorher feststellte, daß *„zwischen der schweigenden Mehrheit der Deutschen und der schweigenden Mehrheit der Juden"* kein moralischer Unterschied besteht. Das wohl heftigste, an Antisemitismus kaum zu übertreffende Pamphlet wurde im ach so linksliberalen Spiegel (Nr.49/'98) veröffentlicht. Dort schreibt wieder Augstein: *„Nun soll in der Mitte der wiedergewonnenen Hauptstadt Berlin ein Mahnmal an unsere fortwährende Schande erinnern. Anderen Nationen wäre ein solcher Umgang mit ihrer Geschichte fremd. Man ahnt, daß dieses Schandmal gegen das in Berlin sich neu formierende Deutschland gerichtet ist. Man wird es aber nicht wagen, so sehr die Muskeln auch schwellen, mit Rücksicht auf die New Yorker Presse und die Haifische im Anwaltsgewand, die Mitte Berlins freizuhalten von solch einer Monstrosität."* Denn die New Yorker, in den Augen eines Antisemiten also jüdische Presse betreibt seit jeher gegen Deutschland *„eine Stimmungsmache, der schon Konrad Adenauer Anfang der Fünfziger Jahre mit den Worten Ausdruck gegeben hatte: 'Das Weltjudentum ist eine große Macht'"*. Diese und andere Aussagen veranlassten Bubis in einem Interview mit Konkret-Herausgeber Hermann Gremliza zu der Aussage *„Augsteins Kommentar war die schlimmste Reaktion auf meine Rede."*

Dohnanyi und Augstein waren die, deren Reaktionen wohl am meisten an die Öffentlichkeit gelangten. Diese wurden, genau wie Walser selbst, von der Mehrheit nicht kritisiert, sondern geistig und argumentativ unterstützt. Walser war beliebt, ist beliebt und bleibt beliebt. Deshalb hatte er den

Friedenspreis des deutschen Buchhandels voll und ganz verdient. Den Frieden für die Deutschen hat er gebracht, ein Frieden, den alle, die nicht dazugehören wollen oder dürfen, wie JüdInnen, MigrantInnen, Obdachlose, Schwule/Lesben oder Behinderte, immer mehr zu spüren bekommen. Der rechtsextreme Stefan Gellner legte in einem ganzseitigen Artikel im „Ostpreußenblatt" (31/98, S.8) die Begründung für die Preisverleihung so aus, daß hier *„eine Art 'Hermeneutik' der Deutschen und für die Deutschen"* gefeiert werden solle. *„Diese 'Hermeneutik' unterscheidet sich allerdings signifikant von den sonst üblichen antinationalen Verdammungsritualen der bundesdeutschen Selbstzufriedenheitslinken."* Eine Wohltat für die Deutschen, genau das ist es, was Walser mit seiner Preisrede erreichen wollte.

Deutscher Verfolgungswahn

Das hat er wohl erreicht, denn er erkannte ja selbst *„So wie ich denkt und fühlt die Mehrheit der Deutschen."* Auch mit dem letzten Satz spricht Stefan Gellner Walser vollkommen aus der Seele. Diejenigen, die jener als *„Selbstzufriedenheitslinke"* bezeichnet, bezeichnet Walser als *„Meinungssoldaten"*, die ihn, den Schriftsteller, *„mit vorgehaltener Moralpistole in den Meinungsdienst nötigen"* und Auschwitz als *„jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule"* mißbrauchen. Bubis Vorwurf einer *„Kultur des Wegschauens"* das Wort zu reden, trifft auf die Formulierungen Walsers eindeutig zu. Walser weiter zur Erinnerung an die Shoa: *„Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird. Könnte es sein, daß die Intellektuellen, die sie uns vorhalten, dadurch, daß sie uns die Schande vorhalten, eine Sekunde lang der Illusion verfallen, sie hätten sich, weil sie wieder im grausamen Erinnerungsdienst gearbeitet haben, ein wenig entschuldigt, seien für den Augenblick sogar näher bei den Opfern als bei den Tätern?"* Welche Intellektuellen könnte Walser denn da meinen, wenn unter den HistorikerInnen einer wie Ernst Nolte von seinen ehemaligen Gegnern im nachhinein recht bekommt und unter den PhilosophInnen einer wie Heidegger seine Renaissance erfährt? Obwohl sich Walser völlig im Einklang mit der überwiegenden Mehrheit dieses Landes befindet, halluziniert er sich als ewig Verfolgter, der ständig vor einer in Wirklichkeit leider viel zu wenig geschwungenen *„Moralkeule"* weglaufen muß. Sicher gibt es noch einige wenige Intellektuellen, die zur Erinnerung fähig sind, doch die *„kulturelle Hegemonie"* (Gramsci) besitzen sie sicher nicht. Dies ist auch kein Wunder in einer Gesellschaft, die nach Vergessen und Verdrängen strebt. Die europäischen NachbarInnen sollten sich tunlichst daran gewöhnen, *„Daß Deutschland sich nicht mehr mit dem schlechten Gewissen traktieren läßt"*, gibt Uwe-Karsten Heye, der neue Bonner Regierungssprecher bekannt. Mit der *„Instrumentalisierung der Schande für gegenwärtige Zwecke"*, wie Walser es bezeichnete, soll es nun endlich vorbei sein. Doch in diese Richtung scheint für ihn noch nicht genug getan zu sein, deshalb stellte er die Frage: *„Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk?"*

Der überzeugte Wehrmachtler Martin Walser (Fotomontage)

Genau dies ist der Kern in Walsers Rede, in der sich, wie es der Spiegel-Redakteur Reinhard Mohr formulierte,

„ein Gefühl Bahn gebrochen hat, das nur noch ausgesprochen werden mußte."

Ein Tor für Neonazis

Damit hatte er leider vollkommen recht, deshalb bekam Walser, im Gegensatz zu Ignatz Bubis, eine ganze Menge von unterstützenden und lobenden Briefen. Dies änderte sich jedoch nach dem Gespräch bei der FAZ, bei dem Walser von Bubis dazu aufgefordert wurde, seine allgemeinen Aussagen noch etwas zu präzisieren. Da kam es dann dazu, daß Walser behauptete, er habe sich, *„um überleben zu können"*, bereits zu einem Zeitpunkt mit Auschwitz befaßt, *„da waren Sie, Herr Bubis noch mit ganz anderen Dingen beschäftigt"*. Sind die Juden, im Unterschied zu uns, fragte Walser weiter, *„nicht immerhin vor einem bewahrt geblieben, nämlich mitzumachen?"* Diese Dreistigkeiten, die Walser da gegenüber einem Auschwitz-Überlebenden von sich gab, brachten dann endlich einige wenige Leute dazu, Bubis ihre Unterstützung mitzuteilen. Doch die Mehrheit blieb Walser treu, im Einklang übrigens mit Rechtsextremen wie z. B. dem ehemaligen REP-Chef und Kolumnist der Deutschen Nationalzeitung (DNZ) Franz Schönhuber. Dieser fühlte sich mit Walser vollkommen verbunden *„Wir rechten Patrioten müssen unseren Kampf gegen jene richten, die ihren Reichtum nicht dem schaffenden, sondern dem raffenden Kapital verdanken."* Und in einem Postskriptum folgt die Anmerkung: *„Martin Walser hat über die Vergangenheitsbewältigung kaum anderes zum Ausdruck gebracht, als ich in meinen Büchern geschrieben und in meinen Reden gesagt habe."* (DNZ 51/98 S. 8) Auch der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey war von den befreienden Worten Walsers begeistert, deshalb druckte er die Rede auszugsweise in der Deutschen Nationalzeitung ab. Unter der Überschrift *„'Auschwitz als Moralkeule', Walsers Befreiungsrede im Feuer"* fanden dessen Thesen ausschließlich Zustimmung.

Als Bubis dann am Ende des Gesprächs resümierte, daß Walser durch die Wirkung seiner Rede anderen ein Tor geöffnet hat, obwohl es nicht seine Absicht gewesen sei, antwortete dieser: *„Da muß ich natürlich hinzufügen, daß es höchste Zeit war, daß dieses Tor einmal geöffnet wurde."*

Walsers Geschichtsverständnis

Walsers Geschichtsrevisionismus kam in dessen Stellungnahme zum 50. Jahrestag des Kriegsendes stark zur Geltung. Hitlerdeutschland, betonte er, sei durch das *„Versaillesdiktat"* entstanden und deshalb sei *„der zweite Krieg eine Folge des ersten gewesen"*. Diese faschistische Ideologie soll zeigen, daß natürlich nicht Deutschland, sondern die Alliierten schuld am Zweiten Weltkrieg und somit am Faschismus waren. Ungeheuerlich findet Walser auch, daß Historiker wie Fritz Fischer auf die absurde Idee kommen, Deutschland sei schuld am Ersten Weltkrieg gewesen. Immer wird die Schuld auf Deutschland geschoben, dies kann ein stolzer Deutscher wie Walser natürlich gar nicht einsehen. *„Den Ersten Weltkrieg hat das deutsche Volk verloren. Aber das deutsche Volk war an diesem Krieg kein bißchen schuldiger als das englische, russische, französische, italienische, österreichische."* Der deutsche Hegemonialanspruch, der in „Griff nach der Weltmacht" von Fischer auf tausend Seiten belegt ist, existierte nach Walsers Vorstellung also nicht mehr oder minder, als der der anderen „Völker". Im Gegenteil, Deutschland ist und war schon immer Opfer und nicht Täter. *„Zu erleiden hatte die Folgen fast ausschließlich das deutsche Volk. Nicht die Gesellschaft. Kein Kollektiv. Das Volk als deutsches Volk wurde gedemütigt und ausgeplündert. Von den bürgerlich-feudalen Cliquen der Siegermächte."* Immer wieder werden die armen Opfer wie das 'deutsche Volk' und die deutschen Soldaten gedemütigt. Genauso in der Wehrmachtsausstellung, die Walser als ehemaliges Mitglied der Wehrmacht natürlich nicht besuchte. Seine Begründung war, daß die Wehrmacht dort generell kriminalisiert werde. Diese Information musste entweder aus der rechtsextremen Presse oder vom Münchner CSU-Vorsitzenden Gauweiler stammen, woanders war sie nämlich nicht zu finden. *„Es gibt einen Satz, den ich*

damals zum Historikerstreit gehört habe, der mir auch nicht einleuchtet. Da wurde die Wehrmacht angegriffen, weil durch ihren Einsatz der Betrieb von Auschwitz weiterhin möglich geworden sei. Verstehen Sie, diesen Zusammenhang herzustellen. Die Soldaten, die sich haben erschießen lassen, die haben doch gar nicht gewußt, daß es Auschwitz gibt, die haben doch nicht das Gefühl gehabt, daß sie Auschwitz verteidigen sollen. Denen hat man beigebracht, daß sie ihre Familien gegen Russen oder Sowjets oder Kommunisten oder Bolschewisten verteidigen."

Die Wehrmacht trägt also keine Schuld, das 'deutsche Volk' auch nicht, wenn man ihn nun fragt, wer denn dann als schuldig bezeichnet werden kann, kommt er einzig und allein mit denjenigen, die in den Frankfurter Prozessen verurteilt wurden.

Denn das 'deutsche Volk' war damals schon so gut und unschuldig wie heute. Davon, von einem Rechtsruck bzw. einem rechten Konsens in der Gesellschaft zu reden, hält Walser nicht viel, und so etwas wie Nazis gibt es hier seiner Meinung nach gar nicht. Denn bei den Tätern von Lichtenhagen, Mölln oder Solingen handele es sich nicht um Nazis, sondern um hoffnungslose *„Asoziale"*. Diesen Begriff benutzt er, um die Täter gerade von den Nazis abzusetzen, als Hoffnungslose, Verführte usw.

Warum manche Menschen doch auf die Idee kommen, es seien Nazis, liegt mal wieder alleine an Ignatz Bubis. *„Wenn Sie dort auftauchen"*, beschwerte sich Walser, *„dann ist das sofort wieder zurückgebunden an 1933"*. *„Nur hierzulande"*, fuhr Walser fort, würden Pogrome wie das in Rostock-Lichtenhagen *„zurückgebunden ans Nazitum. Und das können die Leute nicht mehr ertragen, und das wollen sie nicht andauernd hören, und darauf haben sie ein Recht."* Walser fordert Bubis also auf, sich das nächste Mal gefälligst fernzuhalten, wenn der rassistische Mob mal wieder tobt. (...)

Die Berliner Republik

Die ganze Debatte um Walser spielt eine wesentliche Rolle für die sich gerade neu formierende Berliner Republik. Die Friedenspreisrede habe *„eine Grundsatzdebatte der neuen Berliner Republik provoziert"*, konstatiert nicht ohne Berechtigung die FAZ. Berliner Republik meint: 50 Jahre sind genug, wir sind wieder wer, die Nachkriegszeit ist zu Ende, die staatliche Souveränität Deutschlands ist von allen rechtlichen Beschränkungen befreit. *„Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten"*, sagte Kohl schon Anfang 1991. Zu dieser Weltmachtrolle kann sich Deutschland jetzt, nach der Entledigung der Vergangenheit, endgültig wieder bekennen, etwa, indem die Bundeswehr im Kosovo einmarschiert, um Serbien mal wieder in „die Knie"(Kinkel) zu zwingen. Den Zusammenhang zwischen Schlußstrich und neuem Großmachtstreben hatte im übrigen schon Martin Walser früh erkannt: *„Wenn wir Auschwitz bewältigen könnten, könnten wir uns wieder nationalen Aufgaben zuwenden"* (Walser 1979).

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg

(Meist 2x) wöchentlich aktualisiertes Ansageband mit lokalen, regionalen und (natürlich keinen nationalen, sondern) bundesweiten Nachrichten über und gegen Nazis. Nach der Ansage können (und sollen!) auch Infos für Garfield aufgesprochen werden. Neue Postanschrift: **Garfield, Postfach 1126, 69401 Eberbach**

Bruchsal und kein Ende?

Über 250 NeofaschistInnen marschierten am Pfingstmontag, den 24. Mai durch die Innenstadt von Bruchsal bei Karlsruhe. Die Veranstaltung unter dem rechtspopulistischen, verfassungspatriotischen Motto *„50 Jahre Grundgesetz – Meinungsfreiheit für alle“* war zunächst nur als Kundgebung angekündigt worden, wurde dann jedoch als Demonstration für 500 TeilnehmerInnen angemeldet. Zuvor hatte das Landgericht Heilbronn ein Verbot der Stadt Bruchsal aufgehoben.

Mobilisiert worden war über Nationale Infotelefone und via Internet im Rahmen der sogenannten Nationalen Aktionswoche der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) aus Anlaß des Grundgesetzjubiläums, in dem auch zu Aufmärschen in Bremen und Berlin aufgerufen wurde.

Als gemeinsame Aktion von NPD Baden-Württemberg, Nationalem Widerstand Baden-Württemberg und der Initiative *Freiheit für Günter Deckert* veranstaltet, redeten Holger Apfel, Michael Swierczek und Eric Rössler. Neben der regionalen Prominenz wie Christian Hehl (Ludwigshafen) und René Rodriguez-Teufer (Viernheim), waren auch weitere Nazi-Kader wie Michael Wendland und Jens Pühse (Freising) anwesend. Des weiteren fielen vor allem Transparente der Kameradschaft Karlsruhe, des Nationalen Widerstands Saar, der Skinheads Annweiler und Nürnberg sowie von Blood & Honor Baden auf.

Mit massiver Polizeipräsenz wurde die Demonstration der NeofaschistInnen nach allen Seiten abgeschirmt, der antifaschistische Widerstand beschränkte sich auf eine Kundgebung auf dem nahegelegen Marktplatz, die nach kurzer Zeit beendet wurde. Am Rande der Demo kam es zu Verhaftungen linker GegendemonstrantInnen, allein bei einem Kessel wurden 26 AntifaschistInnen in Gewahrsam genommen; einer deswegen, weil er seinen nackten Hintern dem Zug der Neonazis entgegengestreckt hatte.

Der Aufmarsch ist inzwischen der **achte** Versuch der NeofaschistInnen innerhalb der letzten eineinhalb Jahre, sich in Bruchsal ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen (wir berichteten bereits mehrmals in der *Sabo*, Anm. d. Red.). Bereits im März und im Juni 1998 waren 120 bzw. 150 Neonazis zur JVA gezogen, um *„Freiheit für Günter Deckert“* zu skandieren. Zwei weitere größere Aktionen im November 1998 und im März 1999 konnten nicht zuletzt durch antifaschistische Gegenmobilisierung im Vorfeld verhindert werden. Bei zwei Fällen gelang es den Neonazis, kleinere Aktionen durchzuführen, vor allem, da die Stadt Bruchsal auf das Äußerste bedacht zu sein scheint, diese faschistischen Aktivitäten nicht nach außen bekannt werden zu lassen.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Aufmärschen ist es ihnen diesmal gelungen, nicht nur innerhalb des Kreises um NPD und Günter Dekkert zu mobilisieren, sondern mit deutlicher Dominanz „Freier Kameradschaften“ Bruchsal zu einem attraktiven Aufmarschort in Süddeutschland zu erheben. In Anbetracht der Tatsache, daß Günter Deckert wohl noch eine ganze Weile in der JVA Bruchsal inhaftiert bleibt, wird dies auch nicht der letzte Aufmarsch gewesen sein.

Verantwortliche für die Vorbereitung der Gegenaktivitäten waren, wie die Male vorher auch schon, das Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN) und die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD). Neben gewaltigen Fehleinschätzungen und diversen Absprachefehlern sind es vor allem drei Gründe, die dazu führten, daß der Naziaufmarsch am 24.05. in Bruchsal stattfinden konnte, und der Tag für AntifaschistInnen als komplettes Desaster zu werten ist. Zum einen wurde aufgrund des Coburger Convents und der angekündigten Aufmärsche in Berlin, Bremen (23.05) und Köln (22.05) die

BUNTE SEITEN 1999
mit Reader der AlternativMedien

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Ausgabe 1999 – ist jetzt erschienen. Das Adreßverzeichnis mit 12.500 ausgewählten Adressen soll einen aktuellen Überblick über die momentan existierende alternative Projekte-, Initiativen- und Betriebelandschaft in der BRD, CH und A nebst internationaler Kontaktadressen geben.

Der Reader der AlternativMedien enthält 1.250 Zeitschriftentitel (hiervon 900 deutschsprachige) mit zahlreichen Hinweisen zu Schwerpunktthemen, Ansprüche, Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl und Preis. Die aufgeführten Verlage enthalten z.T. auch Zusatzinfos über ihre Themenschwerpunkte. Desweiteren werden Video- & Filmgruppen und Freie Radios aufgeführt.

Als Service bietet CONTRASTE - Monatszeitung für Selbstorganisation und Herausgeberin der BUNTEN SEITEN ein bequemes Surfen durch den Mediendschungel mit 90 Links auf ihrer Website an: www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

BUNTE SEITEN 1999
Projekte Initiativen & Betriebe mit Reader der Alternativ-Medien
Preis 30 DM + 4 DM Porto

Bestelladresse: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Mobilisierungskraft der NeofaschistInnen nach Bruchsal unterschätzt. Es hat sich bei den antifaschistischen Kräften der Rhein-Neckar-Region nach zwei erfolgten, zwei verhinderten, einem Mini-Naziaufmarsch und einem JN-Infostand in weniger als einem Jahr eine Art „Bruchsal-Müdigkeit" eingestellt. Weil der Aufmarsch nicht so ernst genommen wurde, wie dies eigentlich hätte sein sollen, wurde ein schwammiges Kleingruppenkonzept verabschiedet, auf eine breite Mobilisierung zu einer Gegendemo wurde, u. a. auch aufgrund der Kritik an der letzten, verzichtet.

Da davon ausgegangen werden kann, daß dies nicht der letzte Aufmarsch in Bruchsal war, solange Günter Deckert dort einsitzt, sich die Bruchsaler Stadtverwaltung den NeofaschistInnen gegenüber so kooperativ verhält und es keine nennenswerte Widerstandsstruktur vor Ort gibt, müssen AntifaschistInnen auch in Zukunft hellhörig werden, wenn das Wort „Bruchsal" fällt.

Mit dem nächsten Aufmarsch der NeofaschistInnen ist Mitte/Ende August zu rechnen, da sich inzwischen so etwas wie ein vierteljährlicher Rhythmus eingestellt hat. So, wie die Nazis den letzten Aufmarsch im nachhinein gefeiert haben („... *die Antifa in Baden-Württemberg stellt keinen Faktor mehr dar...*", NIT Karlsruhe), ist davon auszugehen, daß sie ihre Mobilisierungsfähigkeit eher noch steigern können. Es gilt nun, zu verhindern, daß Bruchsal zu *dem* zentralen Aufmarschort der süddeutschen Nazi-Szene wird.

Haltet Euch bereit!
Zeigen wir den Nazis, was für ein gewaltiger Faktor wir sein können!

Antifaschistische Initiative Heidelberg

organisiert in der

ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Was ist ein EA

Hinter dem Kürzel EA verbirgt sich der Ermittlungsausschuß, den viele von euch als Telephonnummer von Demos oder Aktionen kennen, dessen Nummer dann mit Kuli auf den Arm oder sonstwohin geschrieben wird. Im Falle einer Festnahme wird dann versucht, diese Nummer anzurufen, weil am anderen Ende der Leitung Menschen sitzen, die sich um die Gefangenen kümmern und AnwältInnen einschalten. Bei Bedarf versuchen EAs auch, Treffen von Repression betroffener Menschen zu koordinieren, so daß niemand z. B. mit einem Bußgeldbescheid wegen einer Aktion alleine dasteht.

Wann sollte der EA angerufen werden und wann nicht

Allgemein solltet ihr versuchen, erst einmal durchzuatmen, bevor ihr beim EA anruft, auch wenn die Menschen vom EA euch beruhigen und euch auch helfen. Überlegt euch vorher, ob es überhaupt nötig ist, dort anzurufen. Wenn ihr z. B. eine Person aus eurer Gruppe verloren habt, und nicht sicher seid, daß er/sie verhaftet wurde, ist es sinnvoll, nicht in Panik zu verfallen und erstmal bei den bekannten Treffpunkten ... oder Szenelokalen vorbeizuschauen. Oft finden sich verlorene Menschen dort dann ganz wohlbehalten wieder. Es ist später immer noch Zeit, nach den KollegInnen am Telefon zu fragen. Dies kann z. B. durch die Frage nach Personen aus einer bestimmten Stadt geschehen: „Wißt ihr, ob eine P. aus Berlin verhaftet wurde ?" Fragt niemals mit dem vollen Namen nach Personen, von denen ihr nicht ganz sicher wißt, daß sie verhaftet worden sind. Die Bullen hängen 100%ig in der Leitung, da die EA-Nummer öffentlich bekannt ist, und wir wollen ihnen doch nicht die Namen von DemoteilnehmerInnen auf dem silbernen Tablett servieren.

Als Leitfaden hier ein paar Tips

Melden solltet ihr euch beim EA, wenn

- ihr festgenommen werdet oder Festnahmen beobachtet habt,
- ihr von Bullen überfallen, verletzt, euer Auto oder eure Wohnung durchsucht worden ist,
- ihr Vorladungen von Bullen, Staatsanwaltschaft oder Gerichten bekommt,
- ihr Vorladungen als ZeugInnen bekommt,
- ihr Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder ähnliches bekommt,
- ihr vom Verfassungsschutz oder sonstigen Staatsschutzleuten angesprochen werdet,
- ihr das Gefühl habt *„damit sollte ich mich vielleicht mal beim EA melden"*.

Nicht beim EA melden solltet ihr euch, wenn

- ihr mal so wissen wollt, was gerade so abgeht, oder wo gerade die Demo ist,
- ihr seit zwei Minuten einen Menschen auf der Demo verloren habt,
- ihr allgemeine Infos zu Pennplätzen, Treffpunkten etc. wollt (dafür gibt es Infotelefone, oder auch bekannte Treffpunkte, wo GenossInnen die gewünschten Informationen für euch bereit halten).

Tips vor, auf und nach der Demo

Überlege, mit wem/welcher du auf die Demo/Aktion gehen willst. Profimäßig ist, zusammen zur Demo zu gehen, auf der Demo und dem Nachhauseweg zusammen zu bleiben und aufeinander zu achten. Am besten sich schon vorher über mögliche Situationen, die eintreten können, zu unterhalten, ehrlich zu schauen, wer/welche wann Angst hat, und dementsprechend Absprachen über das gemeinsame Verhalten und die Aktionsformen zu treffen.

Was muß mit auf die Demo/ins Auto oder in den Bus:

Perso und Autopapiere, feste Schuhe, Ersatzklamotten, Kleingeld zum Telefonieren/Telephonkarte, Schreibzeug und Landkarten, Binden, Tampons, benötigte Medikamente, Verbandszeug, Essen, Trinken und Sweets (bei Bedarf), genügend Geld für Zugkarte, Taxi etc.

Nicht auf die Demo gehören:

Kalender mit Adressen etc., Drogen und Alkohol, Schmuck wie große Ohrringe und Piercings, Kontaktlinsen bei Tränengasgefahr.

Und immer das Thema Aussageverweigerung - die unendliche Geschichte von Anna und Arthur, die das Maul halten!

Allgemein gibt es keinen Grund, bei den Bullen etwas anzugeben oder auszusagen!

Besonders nicht in Streßsituationen, in denen die Bullen versuchen, uns unter Druck zu setzen, wie Festnahmen oder in der Wanne. Es ist später immer noch Zeit, zu überlegen, ob zu einer bestimmten Sache etwas ausgesagt werden soll.

Angegeben werden muß nur: Name, Geburtsdatum und Ort, aktuelle Meldeadresse, eine allgemeine Berufsbezeichnung (SchülerIn, StudentIn, ArbeiterIn..,). Sonst nichts !!!

Am besten haltet ihr den Bullen einfach euren Perso unter die Nase. Ebensowenig besteht die Verpflichtung, irgendwelche Papiere zu unterschreiben. Zum Komplex Aussageverweigerung gehört sicher auch, daß nach erfolgreichen Aktionen nicht alles in der Szenekneipe oder in der U-Bahn/Bus herumerzählt wird. HeldInnengeschichten haben dort nichts verloren.

Gedächtnisprotokolle

Gedächtnisprotokolle sind Protokolle, in denen nach einer Demo/Aktion aufgeschrieben wird, was passiert ist. Wichtig dabei sind Verhaftungen, Verletzungen oder andere Schweinereien der Polizei oder von Nazis etc. Diese Protokolle werden vom EA gesammelt und ausgewertet, um sie z. B. für spätere Verfahren zu benutzen.

Gedächtnisprotokolle haben folgende Funktionen:

- In späteren Prozessen Darstellungen der Polizei zu entkräften oder als Lügen zu entlarven, eventuelle ZeugInnen zu finden.
- Gedächtnistraining und Stütze, gerade für die betroffenen selbst. weil das Aufschreiben die erlebte Situation genauer vor Augen führt, scheinbar vergessene Details wieder auftauchen und alles sich besser ins Gedächtnis einprägt. Zudem finden Gerichtsverhandlungen meist erst monatelang nach der Demo/Aktion statt; wichtige „Kleinigkeiten" sind dann schon vergessen.
- Vorfälle, die der Öffentlichkeit verborgen geblieben sind , z. B. durch Pressearbeit mit Infos aus den Protokollen, bekannt zu machen.

Wie schreibe ich ein Gedächtnisprotokoll

Ein Beispiel: Du hast eine Festnahme beobachtet

- Wo und wann (Uhrzeit, Witterung...) wurde die Person festgenommen?
- Wieviele Bullen waren daran beteiligt?
- Aus welcher Stadt/welchem Bundesland kamen die Bullen, besondere Kennzeichen auf Helm und/oder Uniform?
- Wie lief der Einsatz ab?
- Was passierte drumherum?
- Wurde der/die Festgenommene verletzt?
- Hat jemand Fotos/Videoaufnahmen davon gemacht?

Nicht ins Protokoll sollten:

- Belastende Beschreibungen,
- Sachen, die dich selbst belasten können.

Konzentriere dich bei der Beschreibung von Details auf Gegenstände, Bullen, Faschos, AktivbürgerInnen und verstricke dich nicht in eigene Heldengeschichten. Gedächtnisprotokolle dürfen auf gar keinen Fall in die falschen Hände geraten. Der normale Weg über die Post ist daher nicht sicher. Wenn du besonders heikle Beobachtungen gemacht hast, schicke sie nicht per Post, sondern, drücke dein Protokoll dem EA persönlich in die Hand, überlege dir, ob z. B. einE FreundIn nicht bald in die betreffende Stadt fährt, oder nimm erst einmal so Kontakt zum EA auf. Hinterlaßt auf dem Protokoll eine Kontaktadresse oder Telephonnummer, unter der wir dich bei Bedarf erreichen können.

EA Bremen
c/o Infoläden, St. Paulistr. 10/12
28203 Bremen, Fax (04 21) 75 68 2

Maskierter Rassismus: Der industrielle Gefängniskomplex

*Angela Y. Davis, die in den 60er/70er Jahren unter anderem bei Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse studiert hat, war Mitglied verschiedener politischer Organisationen (z. B. der KPdUSA). Sie „*war Anfang der 70er Jahre angeklagt, den Versuch, George Jackson (Black Panther) zu befreien, unterstützt zu haben. Auch durch eine weltweite Solidaritätskampagne endete ihr Verfahren mit einem Freispruch*" (**SO ODER SO**. Zeitung für die internationale Konferenz „Befriedung oder Befreiung?", Nr. 3, Februar 1999). Seit mehr als 20 Jahren lehrt sie „*zu Fragen des Feminismus und afro-amerikanischer Politik und Kultur. Gegenwärtig hat sie die Professur für Bewußtseinsgeschichte an der Universität von Santa Cruz*" (Diedrich Diederichsen [Hrsg.]: **YO Hermeneutics**. Schwarze Kulturkritik, Berlin/Amsterdam: Edition ID-Archiv, Oktober 1993, Seite 235). Im folgenden dokumentieren wir in Teilen einen Aufsatz von ihr, der sich - unter antirassistischen Vorzeichen - mit der voranschreitenden, immer extremere Formen annehmenden Durchkapitalisierung des US-amerikanischen Gefängniswesens auseinandersetzt. Darin kommt sie zum Schluß, daß sich „*der Schwerpunkt der [US-amerikanischen] Regierungspolitik ... von der Sozialhilfe auf [die] Kriminalitätskontrolle verlagert*" hat, die von einem „*in die tieferen Gesellschaftsstrukturen eingewobenen Rassismus*" geprägt ist. Dieser Artikel erschien zuerst in dem Magazin „**ColorLines**" (Herbst 1998).

-Sabotage

Das Gefängnis ist mittlerweile zu einer der ersten Antworten auf die sozialen Probleme geworden, die die Menschen in Armut bedrücken. Diese Probleme werden häufig verschleiert, indem sie bequemerweise unter der Überschrift „Kriminalität" zusammengefaßt und kriminelles Verhalten dann automatisch Afro- und LatinoamerikanerInnen zugeordnet wird. Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, Geisteskrankheiten und Analphabetismus sind nur einige der Probleme, die aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwinden, sobald die Menschen, die mit ihnen konfrontiert sind, hinter Gittern verschwinden. So gesehen haben Gefängnisse geradezu magische Kräfte. Aber Gefängnisse lassen nicht Probleme verschwinden, sie lassen Menschen verschwinden. Und tatsächlich ist diese Praxis ein großes Geschäft geworden, immer mehr arme, immigrierte Menschen aus rassistisch marginalisierten Communities verschwinden zu lassen. Hinter der scheinbaren Leichtigkeit eines Zaubertricks verbirgt sich allerdings ein enormer Arbeitsaufwand. Wenn Gefängnisse Menschen verschwinden lassen, um die Illusion zu vermitteln, soziale Probleme könnten gelöst werden, müssen die Infrastrukturen in den Gefängnissen so ausgebaut werden, daß sie in der Lage sind, eine schnell ansteigende Bevölkerung von Gefangenen aufzunehmen. Güter und Dienstleistungen müssen geliefert werden, um die Gefängnisbevölkerung am Leben zu erhalten. Manchmal müssen die Menschen in den Gefängnissen beschäftigt werden, und manchmal - speziell in den repressiven Hochsicherheitsgefängnissen - müssen sie praktisch von jeder sinnvollen Arbeit abgehalten werden.

Diese Arbeit, die bisher immer eine hoheitliche Aufgabe des Staats war, wird jetzt auch von Privatunternehmen übernommen, deren Verbindungen zum Staat in dem Sektor, den man euphemistisch „Strafvollzug" nennt, verdächtig nach dem militärisch-industriellen Komplex klingen.

Die Dividenden, die durch die Investitionen in die Bestrafungsindustrie aufkommen, führen wie die der Investitionen in die Waffenindustrie nur zur Zerstörung. Wenn man die strukturellen Übereinstimmungen und die Gewinnträchtigkeit der Verbindungen zwischen Regierung und den Unternehmen im Reich der militärischen Produktion und des staatlichen Justizsystems berücksichtigt, kann das expandierende Strafvollzugssystem mit Recht als „industrieller Gefängniskomplex" bezeichnet werden.

Zur Zeit sind fast zwei Millionen Menschen in dem riesigen Netzwerk der US-Gefängnisse eingesperrt. Mehr als 70 % der Inhaftierten sind Afro- oder LateinamerikanerInnen. Es wird selten zur Kenntnis genommen, daß die am schnellsten wachsende Gefangenengruppe schwarze Frauen, und daß prozentual zum Bevölkerungsanteil die indigenen AmerikanerInnen die größte Gruppe stellen. Annähernd fünf Millionen Menschen, einschließlich derjenigen auf Bewährung oder im Freigang, unterstehen direkt der Aufsicht des Justizwesens. (...) Damit die Körper geliefert werden können, die für das gewinnorientierte Strafvollzugssystem bestimmt sind, beruht die politische Ökonomie der Gefängnisse auf rassi(sti)sch orientierten Annahmen über Kriminalität ... und auf rassistischen Mustern bei der Festnahme, der Verurteilung und den Strafmaßen. Die Körper von Afro- und LateinamerikanerInnen sind in diesem riesigen Experiment der „Hauptrohstoff", um die sozialen Probleme unserer Zeit verschwinden zu lassen. Entkleidet mensch die Gefängnis"lösung" aber ihrer magischen Aura, kommen Rassismus, Klassenvorurteile und die parasitäre Abschöpfung kapitalistischer Profite zum Vorschein. Das industrielle Gefängnissystem führt zur materiellen und moralischen Verarmung seiner Bevölkerung und verschlingt den sozialen Reichtum, der eigentlich gebraucht würde, um genau die Probleme angehen zu können, die zu der immer größer werdenden Zahl von Gefangenen geführt haben.

Da Gefängnisse immer mehr Platz auf der sozialen Landkarte einnehmen, werden andere Regierungsprogramme bis hin zu ihrer faktischen Abschaffung gekürzt, mit denen bisher versucht wurde, auf soziale Bedürfnisse einzugehen... Die Verschlechterung der Standards im staatlichen Bildungswesen ist direkt mit der Gefängnis"lösung" verknüpft.

Da sich Gefängnisse in der US-merikanischen Gesellschaft immer weiter ausbreiten, hat sich das Privatkapital in die Bestrafungsindustrie miteingeschaltet. Und aufgrund ihres Gewinnpotentials werden Gefängnisse immer wichtiger für die amerikanische Wirtschaft. Wenn schon die Idee an sich irritierend ist, daß Bestrafung eine Quelle potentiell erstaunlicher Gewinne sein kann, dann ist die strategische Abhängigkeit von rassistischen Strukturen und Ideologien, um die Massenbestrafung profitabel und befriedigend zu bewerkstelligen, noch um vieles beunruhigender.

Die Privatisierung der Gefängnisse ist das offensichtlichste Beispiel für den augenblicklichen Trend des Kapitals hin zur Gefängnisindustrie. Während staatliche Gefängnisse die internationalen Menschenrechtsstandards oft grob mißachten, gilt dies für die privatgeführten Gefängnisse noch um so mehr. Im März dieses Jahres konstatierte die Corrections Corporation of America (CCA), das größte private Gefängnisunternehmen in den USA, daß in ihren 68 Einrichtungen in den USA, Puerto Rico, Großbritannien und Australien 54.944 Betten entweder schon unter Vertrag stünden oder in der Entwicklungsphase seien. Gemäß dem weltweiten Trend, Frauen verstärkt dem öffentlichen Bestrafungssystem zu unterwerfen, hat die CCA kürzlich ein Frauengefängnis in der Nähe von Melbourne eröffnet.

Das zweitgrößte Gefängnisunternehmen in den USA, die Wackenhut Corrections Corporation, gab an, Verträge für 46 Einrichtungen in Nordamerika, Großbritannien und Australien zu haben. Bei ihnen stünden insgesamt 30.424 Betten zur Verfügung, wie auch Verträge über den Gesundheits- und Sicherheitsdienst und den Transport der Gefangenen.

Die Börsenkurse der beiden Unternehmen zeigen steil nach oben. Im Vergleich zu 1996 sind die Gewinne von CCA 1997 von 293 Mio. auf 462 Mio. um 58 % gestiegen. Der Nettogewinn des Unternehmens stieg von 30,9 auf 53,9 Mio. US-Dollar. WCC konnte seine Gewinne von 138 Mio. 1996 auf 210 Mio. 1997 steigern. Anders als in den staatlichen Gefängnissen beruhen diese riesigen Gewinne in den privatgeführten Gefängnissen darauf, daß keine Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden.

Aber private Gefängnisunternehmen sind nur der sichtbarste Teil der steigenden Privatisierung des Strafvollzugssystems. Für die Bauindustrie sind Regierungsaufträge für neue Gefängnisse immer wichtiger geworden. Technologien, die für das Militär ... entwickelt worden sind, werden für den Einsatz bei der Polizei und beim Strafvollzugssystem angepriesen. Hinzu kommt, daß Unternehmen, die mit dem Strafvollzugsbusiness nichts zu tun zu haben scheinen, sehr eng in die Ausweitung des industriellen Gefängniskomplexes involviert sind. Wechsel auf Gefängnisneubauten sind eine der vielen Möglichkeiten profitabler Investitionen für führende Finanzhäuser... Die Telefongesellschaft MCI verlangt von den Gefangenen und ihren Familien astronomische Summen für die wertvollen Telefongespräche, die oft der einzige Kontakt mit der Außenwelt sind. Viele Unternehmen, deren Produkte wir täglich konsumieren, haben erkannt, daß die Arbeitskraft in den Gefängnissen genauso profitabel sein kann, wie die Arbeitskraft aus der [sogenannten] Dritten Welt. Beide Ausbeutungsformen führen zur Entlassung früher gewerkschaftlich organisierter ArbeiterInnen, und viele von ihnen landen schließlich sogar im Gefängnis. Einige der Unternehmen, die auf Gefängnisarbeit zurückgreifen, sind IBM, Motorola, Compaq, Texas Instruments, Honeywell, Microsoft und Boeing. Aber nicht nur High-Tech-Unternehmen schöpfen den Profit der Gefängnisarbeit ab. Die Kaufhauskette Nordstrom verkauft Jeans, die in „gefängnisblau" angeboten werden, wie auch T-Shirts und Jacken, die aus Gefängnissen Oregons kommen. Der Werbeslogan für diese Kleider: „Drinnen gemacht, um draußen getragen zu werden". Die Gefangenen in Maryland prüfen Glasflaschen, die dann von Revlon und Pierre Cardin verkauft werden, und Schulen in der ganzen Welt kaufen Diplomatenhüte und Umhänge, die von Gefangenen in South Carolina hergestellt wurden.

„Für Privatunternehmen ist Gefängnisarbeit eine Goldader. Keine Streiks. Keine gewerkschaftliche Organisierung. Keine Krankenversicherungskosten, keine Arbeitslosenversicherung oder Ausgleichszahlungen für ArbeiterInnen. Keine Sprachbarrieren wie im Ausland.

Neue riesige, schreckenerregende Gefängnisfabriken werden auf Tausenden von Hektar innerhalb der Anstaltsmauern gebaut. Gefangene erledigen die Datenerfassung für Chevron, übernehmen Telefonreservierungen für TWA, züchten Schweine, schaufeln Dünger, stellen Stromleiter her, Limousinen, Wasserbetten und Unterwäsche für Victoria's Secret - alles zu einem Bruchteil der Kosten der 'freien Arbeit'." [Eve Goldberg/Linda Evans]

Obwohl Gefängnisarbeit - die weit unter dem Minimallohn bezahlt wird -, für die beteiligten Unternehmen sehr profitabel ist, produziert das Strafvollzugssystem insgesamt keinen Wohlstand. 1996 und 1997 gab die Regierung nur 8,7% des Gesamthaushalts für Universitäten und Fachhochschulen aus, während 9,6% für das Strafrechtssystem ausgegeben wurden. Jetzt, da Quoten für Minderheiten in Kalifornien für illegal erklärt worden sind, ist es offensichtlich, daß das Bildungswesen mehr und mehr nur für bestimmte Menschen reserviert ist, während das Gefängnissystem für andere reserviert bleibt. Im Augenblick sind fünfmal so viele afro-amerikanische Männer im Gefängnis wie an Colleges oder Universitäten. Diese neue Segregation hat gefährliche Auswirkungen für das ganze Land.

Indem als Kriminelle bezeichnete Menschen segregiert werden, verstärken und verdecken Gefängnisse gleichzeitig den strukturellen Rassismus der amerikanischen Wirtschaft. Behauptungen über geringe Arbeitslosenraten ... machen nur dann Sinn, wenn davon ausgegangen wird, daß die große Zahl der Menschen hinter Gittern wirklich verschwunden ist und daher keinen legitimen Anspruch auf eine Arbeit hat. Die Zahl der eingesperrten latino- und afro-amerikanischen Männer beläuft sich auf 2% des gesamten männlichen Arbeitskraftreservoirs. (...)

Massenhafte Gefängnisstrafen sind keine Lösung für Arbeitslosigkeit und auch keine Lösung für die große Bandbreite sozialer Probleme. Der Rassismus hat unsere Fähigkeit untergraben, eine öffentliche Diskussion über die falsche Ideologie zu beginnen, die die Gefängnisse als den Schlüssel zu größerer öffentlicher Sicherheit propagieren. Das Hauptaugenmerk der Regierung verschiebt sich zügig weg von Sozialhilfe hin zu sozialer Kontrolle.

Afro- und latinoamerikanische, indogene und viele asiatische Jugendliche werden als VertreterInnen von Gewalt und Drogendealer dargestellt, voll Neid auf die Güter, die sie nicht besitzen. Junge Afro- und Latinoamerikanerinnen werden der sexuellen Promiskuität beschuldigt, und es wird ihnen unterstellt, sie produzieren ungehemmt Babies und Armut. Kriminalität und abweichendes Verhalten werden rassistisch aufgeladen. Die Überwachung wird auf die schwarzen Communities konzentriert, auf Einwanderer, Arbeitslose, SchulabgängerInnen ohne Abschluß, Obdachlose und generell all diejenigen, die einen immer kleineren Anspruch auf die sozialen Ressourcen geltend machen können. Ihr Anspruch verringert sich, weil Polizei und Strafvollzugssystem diese Ressourcen zusehends verschlingen. Der industrielle Gefängniskomplex hat so einen Teufelskreis geschaffen, der die Armut derer vertieft, deren Verarmung durch Gefangenschaft angeblich „gelöst" wurde. Der Schwerpunkt der Regierungspolitik hat sich von der Sozialhilfe auf Kriminalitätskontrolle verlagert. Der Rassismus vertieft sich immer mehr in den ökonomischen und ideologischen Strukturen der US-Gesellschaft. Während sie sich gegen die Quoten für Minderheiten und zweisprachige Schulerziehung aussprechen, verkünden konservative Kampagnenführer das Ende des Rassismus. Ihre GegnerInnen behaupten, die Reste von Rassismus würden durch Dialog und Gesprächskreise beseitigt werden. Aber den industriellen Gefängniskomplex werden Gesprächskreise über „Rassenbeziehungen" nicht abschaffen können, da er doch den in die tieferen Gesellschaftsstrukturen eingewoben Rassismus nährt und von ihm lebt. Im Kontext eines alles überschwemmenden Konservatismus markiert die Entstehung des industriellen Gefängniskomplexes eine neue historische Epoche, deren Gefahren ohne Beispiel sind.

Angela Y. Davis

Wir blasen zum Sturm auf die EU- und Weltwirtschaftsgipfel in Köln 1999

Vom 03. bis 04. Juni 1999 hatten sich in Köln - aufgrund bundesrepublikanischer Ratspräsidentschaft unter deutschem Vorsitz - die führenden Staats- und Wirtschaftseliten der 15 Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) und Delegationen der zehn BeitrittskandidatInnen getroffen.

Vom 18. bis zum 20. Juni waren in der gleichen Stadt unter anderem die Staats- und Regierungschefs der Sieben reichsten Industrienationen und Rußlands (G8), Abgesandte großer Konzerne, Banken und Versicherungen und die DirektorInnen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) zum sogenannten „Weltwirtschaftsgipfel" zusammenkommen. [Hauptthema war neben dem eher lächerlichen, an IWF-Strukturprogramme geknüpften Beschluß, den 42 ärmsten Ländern der Welt 70 Milliarden Dollar Schulden, also gerade mal ein Drittel des realen Schuldenstandes zu erlassen, der Kosovokonflikt und die Ausweitung westlicher Dominanz auf dem Balkan, dem „Hinterhof der EU".]

Dazwischen - am 13. Juni 1999 - fand unter Beteiligung zahlreicher faschistischer Parteien die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, zu der aber durchschnittlich nur zwischen 23 und 45% der Wahlberechtigten gingen.

*„Ausnahmezustand" also für die radikale Linke Deutschlands, die hinsichtlich dieser Selbstbeweihräucherung der Herrschenden gleich zu mehreren Demos, Kundgebungen, Aktionen, Gegengipfeln oder sonstigen Veranstaltungen mobilisiert hatte. Von einem Erfolg dieser Zusammenkünfte zu sprechen, wäre übertrieben; zu wenig Menschen waren beispielsweise am 03.06.1999 - der **zentralen** linksradikalen Demonstration - auf den Straßen Kölns, um den Gipfeln ihre Zähne zu zeigen.*

Auch der Gegengipfel am 04./05.06.1999, zu dem mehrere hundert Menschen aus allen Teilen Europas erwartet wurden, fiel eher durch mangelhafte Beteiligung als durch überfüllte Säle auf; auf der Gegengipfelauftaktveranstaltung am 04.06.1999 (verspäteter Beginn: 11.15 Uhr) waren nur etwa 70 Personen (!) anwesend.

*Und am 19.06.1999, am Tag, als unter dem Motto „Nein zu Armut, Rassismus und Krieg" der G 8-Gipfel aus den Fugen geraten sollte, waren - abgesehen von der christlich dominierten Kette aus etwa 30.000 Menschen - gerade mal 10.000 Leute auf der Straße. Das sind 15.000 weniger als vor sieben Jahren in München! Und ohne die große kurdische Beteiligung wäre das Ganze noch desolater gewesen, auch wenn auf den beinahe schon ins Religiös-Überhöhende reichenden, alle Widersprüche negierenden Personenkult des völkisch-nationalistischen KurdInnenblocks („Wir sind aus Öcalan geboren, und wir sterben für Öcalan", „Wir alle sind Öcalan", ...) auch durchaus hätte verzichtet werden können. [Mit der Transformation einer - von militant kämpfenden Massenbewegungen getragenen - **sozialistischen** Perspektive in die realen Gesellschaftsverhältnisse - oder zumindest mit dem Versuch dessen - hat dies nichts mehr zu tun. Die Fixierung einer ganzen „Befreiungs"bewegung auf einen einzigen Heilsbringer, der seit seiner Gefangenschaft zum absoluten Märtyrer stilisiert wird, zerstört auf Dauer alle Ansätze sozialer,*

revolutionärer Veränderung des Unterdrückungszustandes. Das bedeutet aber keinesfalls, nicht mit aller Macht gegen das Todesurteil gegen Öcalan Widerstand zu leisten.] Außerdem hatte sich das Bündnis Köln '99 spätestens einen Tag vor ihrer Großdemo, die sie peinlicherweise von einem WDR-Entertainer moderieren ließ und auf der aufgrund des Zeitdrucks (?) nicht einmal kurze Info-Durchsagen gemacht werden durften, diskreditiert: Auf dem von ihm organisierten „Alternativen Weltwirtschaftsgipfel", an dem durchaus interessante Leute teilnahmen, kam es zum Eklat, als vor dem Tagungsort, der Volkshochschule am Neumarkt, etwa 100 linke TeilnehmerInnen von der Bullizei eingekesselt und dann brutal abgedrängt wurden, weil den „First Ladies", denen in der nahegelegenen Josef-Haubrich-Kunsthalle ein „Damenprogramm" geboten wurde, ihr Anblick erspart bleiben sollte. Den AlternativweltwirtschaftsgipflerInnen fiel jedenfalls nichts besseres ein, als ihr Programm während der Bullenaktion weiter durch zu ziehen, sich damit eindeutig zu entsolidarisieren und schließlich die Unverfrorenheit zu besitzen, so zu tun, als sei nichts gewesen, obwohl es auch vorübergehende Ingewahrsamnahmen gab. Eine „sans-papiers"-Frau aus Frankreich meinte dann nur, daß sie es enttäuschend finde, es hier mit lauter tollen Linken zu tun zu haben, die sich mit allen emanzipatorischen Befreiungskämpfen überall auf der Welt solidarisieren könnten, aber gerade dann, wenn kurz vor ihrer Nase die hiesige Repressionsmacht einen Teil des Elitenprogramms durchknüppelt, nichts Interessanteres zu tun habe, als gelassen weiter zu labern. Dementsprechend war denn auch die Demo am nächsten Tag - nicht viel besser als ein volksfestlich umrahmter Ostermarsch...

*Dennoch gab es auch Aktionen, die effektiver in die Öffentlichkeit transportiert werden konnten; z. B. die Besetzung des grünen Kreisverbandsbüros am Kölner Ebertplatz durch mehrere Flüchtlinge aus Afrika, Asien, Lateinamerika und den USA, die damit ihrem Unmut über den Abschiebetod des 30jährigen Sudanesen Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb am 28.05.1999 freien Lauf lassen und qua Hungerstreik ein Gespräch mit Fischer oder Schily „erzwingen" wollten. Zwei Tage nach der Europawahl - am 15.06.1999 - wurden die Mitglieder der »Internationalen Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen« polizeilich geräumt - auf Anordnung bündnisgrüner „RealpolitikerInnen"! „Aus Solidarität besetzten wenige Stunden später ein paar Leute das Ratsbüro der Grünen am Rathaus. Die Stadtratsitzung konnte erst verspätet beginnen." (**Antifaschistische Nachrichten** Nr. 13 [24.06.1999], Seite 13 [„Polizeiliche Räumung hungerstreikender Flüchtlinge aus dem Büro von B90/Die Grünen in Köln"]) Vor der Räumung war einer der Hungerstreikenden - Alex Aleyo aus Peru - verhaftet und in den Abschiebeknast in Büren verfrachtet worden...*

Oder die Besetzung eines leerstehenden Zoo- und Garten-Geschäfts im Kölner Stadtteil Ehrenfeld, das aufgrund eines überraschenden Desinteresses des Hausbesitzers von den Bullen nicht geräumt werden konnte und am Abend des 02.06.1999 gleich mehrere hundert Menschen zum Feiern und Abhotten anzog.

Um es aber noch mal zu sagen: Die Mobilisierungskraft zumindest der radikalen Linken Deutschlands war angesichts des politischen Hauptthemas des Jahres 1999, das mit dem NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien noch an Brisanz zugenommen hatte, so gering, daß sie noch nicht

einmal medial wahrgenommen wurde. (Über die Demo am 03.06.1999 beispielsweise war in der bürgerlichen Presse kaum etwas zu vernehmen, obwohl die Pressearbeit relativ gut war! Und der linksradikale Block auf der 19.06.-Demo war auch eher lächerlich)

Eine linksradikale Demo interessiert eben niemanden, wenn

a) ihr 12.000, „sicherheitvorgaukelnde" Bullen gegenüberstehen,
b) es auf ihr nicht rappelt und/oder zu vielen Festnahmen/Knüppelorgien kommt,
c) sie nicht durch Aktionen/Parolen auffällt, über die es sich in den völlig übersättigten Medien zu berichten lohnt,
d) ihre TeilnehmerInnenzahl (3.000 am 03.06.) verschwindend gering ist und
e) sie nicht gut organisiert, also eher Zerfallsprodukt innerer Streitigkeiten in der Vorbereitungsgruppe ist.

Die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) jedenfalls hat auf der größten aller Anti-Gipfel-Demos eine Rede gehalten. An diesem 29.05.1999 standen über 30.000 DemoteilnehmerInnen (davon aber „nur" 2.000 im internationalistischen Antifablock) 12.000 PolizistInnen gegenüber; das Kölner Straßenbild glich annähernd Bildern, die mensch aus lateinamerikanischen Junta-Regimen kennt. Ein großer supranationaler antifaschistischer Block, der mehrere Male von den Bullen attackiert wurde, versuchte, sich mit den am fordistischen Wohlfahrtsstaat orientierten „Europäischen Märsche[n] gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Krieg" zusammenzuschließen - was von den Bullen zeitweise verhindert wurde, indem sie die Demo gewaltsam in drei Teile auseinanderdividierten und dabei einige DemoteilnehmerInnen teilweise schwer verletzten. Verkauft wurde die Polizeipräsenz an diesem größten aller Demotage über die - von der Polizeipressestelle schlecht informierten und zum Teil schlichtweg belogenen - Medien als „Schutz der Staatsgäste", die am 29.05. aber noch gar nicht anwesend waren!? Im WDR-Fernsehen konnte dann am Abend ein Polizeieinsatzleiter etwas von Übung für EU- und G8-Gipfel faseln (also genau in dem Sender, von dem der 19.06.-Moderator ist!). Die Angriffe der Polizei auf den internationalen antifaschistischen Block wurden als „kleinere Ausschreitungen" tituliert, die „am Rande des weitgehend friedlichen Protestzugs" stattfanden. Die Auseinandersetzungen fanden tatsächlich jedoch inmitten der Demonstration statt. Ständige Bullenangriffe auf den Antifablock wurden jedoch mehrmals erfolgreich zurückgeschlagen - es gab nach unseren Informationen lediglich eine Festnahme, andere konnten wohl mit leichter Unterstützung von Wurfgeschossen und Dachlatten verhindert werden. 15 PolizistInnen wurden leicht verletzt - so was aber auch. Der eigentliche Gipfel in Köln am 29. Juni war die Behauptung der Polizeieinsatzleitung, vom LKW der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) würden Zwillen an die DemoteilnehmerInnen verteilt werden - einer von vielen Versuchen, die Demo bzw. einen Teil der Demo in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, das politische Ziel der Demo zu sabotieren und Angriffe der Bullen auf den Antifablock im nachhinein rechtfertigen zu können. Die Polizei suchte wohl einen Grund, die unliebsamen und provokanten Ansagen vom Lautsprecherwagen zu unterbinden, die die ganze Demo über durchaus gelungen die Stimmung bei den TeilnehmerInnen des internationalen Antifablocks halten konnten. Die Demonstration - und hier besonders der gut organisierte Antifablock mit großer internationaler Beteiligung (Schweden, Frankreich, Italien, ...) und die Mobilisierung zu selbigem - war ein Erfolg. Dieser jedoch wird ein wenig getrübt durch die Abhandlung der Thematik EU-Gipfel in den BRD-Medien, in der die Gegenaktivitäten (Demos, Gegengipfel, Camp, Sponti-Aktionen ...) wenn überhaupt, dann sehr kurz abgehandelt wurden - im Gegensatz zu Berichten über das „Damenprogramm" für die sogenannten First-Ladies, über die „kulinarischen Genüsse", die die Mächtigen der Welt verzehrten, und über die Liebe Bill Clintons zu Rheinischem Sauerbraten und 0,2l-Bier („Ick bin ein Kölsch!").

— antistaatlich/antikapitalistisch —

Ursprünglich war die Rede der AIHD, die sich vor allem mit der Abschottung Europas auseinandersetzen sollte, ein längerer Artikel (mit einigen Zitaten anderer Gruppen), der extra für diese Demo „zusammengestutzt" wurde. Wir veröffentlichen ihn nun in seiner ursprünglichen, aber für unsere Zeitung nochmals überarbeiteten Form: -Sabotage

Das Gipfeltreffen der Europäischen Union (EU)

Auf dem EU-Gipfel (im Kölner *Gürzenich*) sollte es nicht nur um ein weiteres unverbindliches Papier zur gemeinsamen Beschäftigungspolitik („Europäischer Beschäftigungspakt") und die Ernennung eines Verantwortlichen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gehen; es sollte im europaweiten Rahmen unter anderem auch um eine zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen lohnabhängiger/erwerbsloser Menschen, eine ökologisch zerstörerische, kapitalintensive und durchindustrialisierte Agrarpolitik, den zügigen Ausbau der gesamteuropäischen Polizei- und Kriminalbehörde EUROPOL, die immer perfektere Abschottung der Festung Europa gegen Flüchtlinge und MigrantInnen und den Aufbau eines militärischen Arms der EU gehen. Mit der Ratifizierung des Maastricht II-Vertrages, der überfallartigen Einführung einer EU-kompatiblen Marktwirtschaft, dem Berliner Agenda 2000-Beschluß zur Neugestaltung der Struktur-, Finanz- und Agrarhaushalte der EU (Finanzierung der sogenannten „Osterweiterung") und der offiziellen Einführung des Euro sind die letzten Hürden auf dem Weg zu einer politischen und ökonomischen Konglomeration der westeuropäischen Staaten überwunden worden. Nun wollen die staatlichen VollstreckerInnen der kapitalistischen Weltordnung ihre Visionen von einem europaunionistischen „Verantwortungsraum", der sich über die Länder des ehemaligen Ostblocks und über das Mittelmeer bis hin nach Nordafrika erstreckt, in knallharte, an menschen- und umweltverachtende Verwertungslogik orientierte Realität umsetzen. Ein Beispiel hierfür sind die bereits 1975 zwischen der EU und 71 ehemaligen europäischen Kolonien in **A**frika, der **K**aribik und dem **P**azifik (AKP-Staaten) geschlossenen Lomé-Verträge, in denen es um die Sicherung des Zugriffs auf natürliche Ressourcen und die politische und ökonomische Bindung dieser Länder an die EU geht. Nun soll „das 5. Lomé-Nachfolgeabkommen unter Dach und Fach gebracht werden, [das] vor allem der Handelsliberalisierung dienen soll und die Dominanz der EU verstärkt" (Gerhard Klas: „*Ticket zum totalen Markt*", in: BUKO Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft (Hrsg.): **kölngehen**. *Erkundungen zu Globalisierung und Internationalismus*, Hamburg 1999, Seite 24).

Das Gipfeltreffen der Sieben reichsten Industrienationen und Rußlands (G8)

Auf dem G8-Gipfel (im Kölner Museum *Ludwig*) sollte es unter anderem um die kapitalistische Regulation gegenseitiger (Weltmarkt-)Konkurrenz, die Absprache über die imperialistische Aufteilung der globalen Absatzmärkte, die Stabilisierung der Wechselkurse, die Forcierung der Rüstung, die Ausplünderung der Ressourcen der

von der „Nachhaltigkeit" betroffenen, „randständigen" Länder und die Zurückdrängung organisierter Systemoppositionen gehen. Auch wenn sich die drei regionalen ökonomischen Bündnisse NAFTA, EU und APEC unter wirtschaftspolitischen Prämissen konkurrierend gegenüberstehen, so geht es den darin dominanten Hegemonialmächten bei der globalen Durchsetzung ihrer „Neuen Weltordnung" doch um das gemeinsame Interesse, die letzten Hindernisse für Waren- und Kapitalströme zu beseitigen: Um den maximierten Profit und die permanente Absatzfähigkeit in den kapitalträchtigsten Wirtschaftszonen über Jahre hinaus sichern zu können - selbstverständlich ohne Rücksicht auf die ökonomisch schwächeren Gesellschaften.

Für den größten Teil der Menschheit bedeuten diese systematischen Umsetzungen einer menschen- und umweltverachtenden „Wirtschaftsliberalität" den staatlich reglementierten Sprung in noch extremere Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung: entlang kapitalistischer, nationalistischer, rassistischer, sexistischer, ökoimperialistischer Kriterien.

Sie bedeuten - selbst in den sogenannten „Metropolen" - Verschlechterung der allgemeinen Bedingungen der Lohnarbeitsverhältnisse, Deregulierung ganzer Produktionszweige, Flexibilisierung vieler Arbeitsrelationen, Abkopplung unzähliger Beschäftigungsverhältnisse vom ohnehin minimalistischen System sozialstaatlicher Absicherung, Zunahme prekärer Jobs ohne Kündigungsschutz, Streikrecht, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, „Illegalisierung" vieler MigrantInnen, Ausbreitung einer mit „Ausbeutungsfähigkeit" argumentierenden Bioethik- und Euthanasiepropaganda, Inkaufnahme noch größerer Verarmung und Obdachlosigkeit.

Sie bedeuten - basierend auf mehr als 500 Jahren Ausbeutung, Naturzerstörung und Terror in Asien, Afrika und Lateinamerika - westeuropäisch-kapitalistische Kolonisierung des Ostens („Osterweiterung"), Herausbildung einer von den USA unabhängig agierenden, imperialistischen Militärmacht EU (Westeuropäische Union [WEU], „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" [GASP], „Kriseninterventionskräfte"), Zurückdrängung des Widerstandspotentials der verbleibenden Lohnabhängigen, noch effektivere, staatlich-repressive Überwachung der Bevölkerung.

Sie bedeuten - basierend auf einer dominanzkulturell eingebundenen Männerherrschaft - Zementierung patriarchaler Unterdrückungsverhältnisse, Verteidigung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungsformen, Unsichtbarmachung unbezahlter Reproduktionsarbeit, Aufrechterhaltung ungesicherter Arbeit, systematische Benachteiligung im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen Bereich aufgrund zufälliger oder selbstgewählter Zugehörigkeit zum vom Patriarchat als „schwach" definierten Geschlecht, staatliches Konstruieren ungleicher Geschlechtsidentitäten, Diskriminierung aufgrund bestimmter sexueller Orientierungen.

Sie bedeuten - basierend auf der mörderischen Effizienz rassistischer Ausgrenzungsmethoden - Legitimierung rassistischer Gewalttätigkeit, Ethnifizierung sozialer Kämpfe, Nutzbarmachung unterschiedlicher Volksgemeinschaftskonstruktionen, Verschärfung sogenannter „Ausländergesetze", hysterische Aufladung sicherheitspolitisch fungierender Bedrohungsszenarien, überstaatliche Koordinierung und Organisierung polizeilicher und geheimdienstlicher Zusammenarbeit (TREVI, EUROPOL, ENFOPOL), Abschiebung vieler Menschen in Krieg, Folter, Hunger, Armut, erneute politische, sexistische, rassistische Verfolgung.

Festungsartige Abschottung Europas

Sie bedeuten also vor allem die festungsartige Abschottung Europas nach außen, die koordinierte Transformation Europas in einen militärischen/polizeistaatlichen Sicherheitsapparat, der an die unterschiedlichen Systeme sozialer Kontrolle gekoppelt ist. Unter dem Vorwand der Bekämpfung organisierter Kriminalität wird europaweit ein grundrechteverletzendes Sicherheitsnetz ausgebaut.

Eines der EU-weiten Mittel zur Stabilisierung und Fortentwicklung dieser „Internationalen der Repression" stellt EUROPOL dar.

„Am 10. Oktober 1997 verabschiedete der deutsche Bundestag das Zustimmungsgesetz zum »Übereinkommen über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamtes« [„EUROPOL-Konvention"]. (...) Seither ist EUROPOL ... praktische Wirklichkeit. Die Grundlage für die Datenzentrale und das Wirken der EU-Polizeien ist gelegt." („*Eine kritische Würdigung von EUROPOL*", in: **Die Rote Hilfe-Zeitung**, 2/99 [April-Juni], Kiel: 1999, Seite 4)

In Den Haag, der Zentrale von EUROPOL, sitzen immune VerbindungsbeamtInnen jedes EU-Landes, um sich dort über den Zugriff auf ihre jeweiligen nationalstaatlichen Polizeiinformationssysteme effektiver koordinieren zu können: im europaweiten Kampf gegen Drogen, KFZ-Verschiebungen, Schmuggel mit radioaktivem Material, „Schleuserbanden", Menschenhandel oder „internationalen Terrorismus". Die Trennung von Polizei und Geheimdienst, in der BRD eine logische Konsequenz aus ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit, wird dabei aufgehoben.

„Unter dem Stichwort OK [**O**rganisierte **K**riminalität] wird eine immer größere Menge an Delikten erfasst, so daß eine »zielgerichtete Anwendung« von geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden auf OK und den Teilbereich Terrorismus ... nicht mehr möglich ist. Polizeiliche Maßnahmen dürfen mehr und mehr präventiv, also ohne konkret vorliegenden Verdacht oder drohende Gefahr, zur Anwendung kommen." (ebd., Seite 5)

An dieser europäischen, zentralistischen Polizeibehörde wird schon seit Anfang der 70er Jahre gearbeitet. Seit 1976 existiert „eine unter der Bezeichnung TREVI (**T**errorisme, **R**adicalisme, **E**xtremisme et **V**iolance **I**nternational) regelmäßig tagende, europaweite Konferenz, die der Planung und Koordinierung von polizeilicher und geheimdienstlicher Zusammenarbeit dient" („*Eine Internationale der Repression*", in: **Die Rote Hilfe-Zeitung**, a.a.O., Seite 3) und als exklusiver Zusammenschluß von Innen- und Justizministern und hochrangigen RepressionsspezialistInnen keiner juristischen oder parlamentarischen Kontrolle unterliegt.

Dem 1985 von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten unterzeichneten „Schengener Abkommen", dessen Hauptinhalt die „Schaffung eines gemeinsamen europäischen Binnenmarktes" ist, folgte 1990 das „Schengener Durchführungsabkommen" („Schengen II"), das als erste vertragliche Basis einer europäischen Polizeibehörde zum Garanten für die „Verbesserung" der polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit und die Verschärfung der europäischen Asylpolitik werden sollte. Zu den in „Schengen II" niedergeschriebenen Artikeln gehört u. a. die „hermetische Absicherung und Kontrolle der Außengrenzen", „rigide Visavergabepraxis", „gemeinsame Asylzuständigkeits- und Anerkennungsregelung" und die „Drogenbekämpfung".

Nachdem 1991 auf einem TREVI-Treffen beschlossen worden war, eine europäische Drogenpolizei namens EDIU („**E**uropean **D**rugs **I**ntelligence **U**nit") ins Leben zu rufen, nahm dann im Januar 1994 tatsächlich eine solche Drogenpolizei ihre Arbeit auf: EDU („**E**uropean **D**rugs

Unit") gilt als die offiziell erste Stufe von EUROPOL.

„1994 ging [ein] gigantische Computersystem [SIS - „Schengener Informationssystem"] in Straßburg ans Netz. Es ist der vorläufige Höhepunkt in der immer schärfer werdenden elektronischen Überwachung. (Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg: *„Was Sie schon immer über die Überwachung im Innern Europas wissen wollten"*, Heidelberg 1998, Seite 2)

Es „ist in erster Linie ein ausländer- und asylpolitisches Instrument; die überwiegende Mehrzahl der im SIS gespeicherten Personen sind Menschen ohne EU-Staatsangehörigkeit, die Asyl beantragt haben, denen das Visum verweigert werden soll, die an der Grenze abgewiesen oder abgeschoben werden sollen" (*„Eine Internationale der Repression"*, a.a.O., Seite 4).

Und nun wurden in einer mit ENFOPOL titulierten AG des EU-Ministerrats Vorschläge zur Überwachung des Telekommunikationsverkehrs und zur Beschränkung des Fernmeldegeheimnisses erarbeitet, die den EU-Innen- und Justizministerien vorliegen. In diesem ENFOPOL-Papier sind Lauschangriffe bei der Satellitenkommunikation, auf das Internet, auf Paging-Dienste, auf Mobil- und Festnetztelefone vorgesehen.

„Ab 1. Juli sollen in der Eurodoc-Datei Fingerabdrücke sämtlicher in Europa Asylsuchender gespeichert werden, um diese nach Ablehnung des Asylantrags in einem europäischen Land bei einem erneuten »Versuch« sofort überführen zu können. Zusätzlich soll eine »Task force« als schnelle und mobile Eingreiftruppe aufgebaut werden, die u. a. Flüchtlingsgruppen aufspüren oder bereits im Vorfeld gegen diese »vorgehen« soll." (aus dem Aufruf „**Wie rufen euch Frauen-Lesben auf**: *Kommt zum EU-Gipfel nach Köln am 3./4. Juni '99*")

Wir befinden uns mitten auf dem Weg zu einem grenzenlos überwachten Europa, in dem sich eine einheitliche Strafverfolgungs- und Polizeiarbeit, ein einheitliches Ausbeutungs- und Unterdrückungsniveau etablieren soll. Die Festung Europa, an deren Konsolidierung die BRD maßgeblich beteiligt ist, steht als kontinentaler Herrschaftskomplex für die Fortführung der Politik kolonialer und imperialistischer Expansion und weltweiter Ausbeutung. In einem großen, stabilen und vereinheitlichten ökonomischen EU-Binnenmarkt soll die Profitrate europäischer Konzerne, Banken, Versicherungen maximiert werden können, um das wohlstandschauvinistische Leistungs-, Anpassungs-, Aufstiegs- und Überlegenheitsdenken einiger weniger zu befriedigen und deren Reichtum zu sichern.

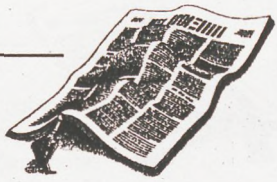
Für uns - den linksradikalen antifaschistischen Widerstand - bedeuten all diese im Einklang mit paktierenden Bevölkerungsteilen exekutierten, staatlichen Vollstreckungen der „Neuen Weltordnung", daß der Widerstand gegen die europa- und weltweite Politik der Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung forciert, daß der Kampf gegen soziale, institutionalisierte Kontrolle entlang kapitalistischer, sexistischer, (neo)rassistischer Verwertungskriterien aufrechterhalten werden muß. Für uns bedeuten diese systematischen Absicherungen „wirtschaftsliberaler" Herrschaftskomplexe, daß die gemeinsame, grenzüberschreitende Ablehnung psychisch und physisch zerstörerischer Lohnarbeit, patriarchal-kapitalistischer Bevölkerungspolitik, karrieristischer Wohlstandschauvinismen, ökoimperialistischer Naturdestruktionen, repressiver Sicherheitsprogramme weiterhin in einen organisierten Zusammenhang übersetzt werden muß, der an den Grundpfeilern der jetzigen Gesellschaftsformation rüttelt: auf der Basis eines linksradikalen antifaschistischen Widerstandspotentials, das hier und anderswo Gesellschaften auf der Grundlage von Solidarität, Gleichheit und Selbstbestimmung anstrebt.

Gegen das Europa der Herrschenden!

Gegen eine Welt der Herrschenden!

Organisiert den linksradikalen antifaschistischen Widerstand!

Antifaschistische Initiative Heidelberg



Wie bringen wir die Menschheit voran?

»Nach anderthalb Monaten Krieg gegen Jugoslawien widmet die *Sabo* ein Viertel ihres Heftes der Auseinandersetzung von Petrus Ramus mit der Redaktion. Die Quintessenz des Briefs von Ramus ist, daß man mit „den Antiimps" eben nicht zusammenarbeiten kann, während die *Sabo* in ihrer Antwort den Schluß zieht, sowohl „»Antiimps«" als auch Ramus litten an „fast schon pathologisch umrissener »Wirklichkeitsausblendung«".

Fällt der Heidelberger Linken in der siebten Woche des ersten Krieges unter direkter Beteiligung Doitschlands nach dem Zweiten Weltkrieg wirklich nichts besseres ein, als sich ihren internen Querelen hinzugeben? Ich schätze die Arbeit der *Sabo* als „Bewegungsmelder" sehr; dasselbe gilt auch für die Tätigkeit von Ramus als Friedensaktivist und Redakteur der *graswurzelrevolution* (*gwr*). Ich habe selbst schon für die *gwr* geschrieben und dabei niemals die geringsten Schwierigkeiten gehabt, obwohl sich meine Auffassungen mit denen der *gwr* nicht decken.

Um so bedauerlicher finde ich die pauschalisierende Polemik von Ramus, nicht nur gegen die „Heidelberger Antiimps" und „ihren Anhang", sondern auch gegen die *Sabo*, deren Verbrechen offenbar darin besteht, erstere nicht umstandslos mit der gebotenen Schärfe zu exkommunizieren. Die *Sabo* wiederum antwortet hierauf mit einer seitenlangen Verteidigung, statt die offensichtliche und dringende Frage zu stellen: „Wie bringen wir die Arbeit gegen den Krieg voran?"

Selbstverständlich ist nicht das Geringste gegen eine Polemik darüber einzuwenden, wie der Kampf gegen diesen Krieg am besten geführt wird, und welche politische und moralische Basis diesem Kampf zugrunde liegen muß.

Als Hintertreppengeschichten darüber, wer angeblich zu welchem Zeitpunkt mit welcher Unperson zusammengesteckt und wer angeblich wann welchen großen Blödsinn von sich gegeben hat, sollten meines Erachtens dem linken Bier- oder Kaffeetisch vorbehalten bleiben, obwohl sie auch dort nicht unbedingt erfreulicher sind. Sie mögen ein gutes Ventil für die Frustration sein, die eine Arbeit als winzige Minorität gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner unvermeidlich mit sich bringt, ein Beitrag zur politischen Klärung sind sie jedoch nicht.

So weit ich erkennen kann, besteht die politisch-moralische Basis *sämtlicher* linker Antikriegsgruppen in der Gegnerschaft zu Unterdrükkung, Ausbeutung und Krieg. Unterschiedlich sind dagegen die Auffassungen darüber, von wem diese Erscheinungen in den jeweiligen Konflikten in erster Linie ausgehen, und auf welche Akteure wir unsere Kritik konzentrieren sollten. Zur Klärung solcher Fragen sind für den Leser nicht nachvollziehbare oder überprüfbare Feststellungen des Typs „x hat auf Veranstaltung y die Ungeheuerlichkeit z gesagt/nicht gesagt" völlig ungeeignet. Statt auf das Rühren im Topf der eigenen Frustration und das Herausstreichen der eigenen Makellosigkeit als Revolutionär/in sollten wir die Auseinandersetzung auf der sachlichen Ebene führen und zum Beispiel fragen: „Welche Beweise gibt es dafür, daß das Regime x, y, z unterdrückerisch und bekämpfenswert ist? Warum ist es gerade jetzt wichtig, diese Tatsache herauszustreichen?"

Jetzt, wo der Krieg zu Ende zu sein scheint, denke ich, daß sowohl die Zeit als auch die Gelegenheit besteht, diese Auseinandersetzung zu führen; allerdings nicht im Geiste gegenseitiger Anpinkelei von „Antiimps", „Graswurzlern" und was es sonst noch so gibt, sondern in Form einer offenen Aussprache aller „linker" und - ja, warum nicht, nicht"linker" - Individuen, die zu den jeweiligen Fragen etwas Relevantes beizutragen haben.

Wenn wir dazu nicht fähig sind und uns statt dessen darauf versteifen, vor lauter Wald („Antiimps und ihr Anhang", „Graswurzler", „Sabos", „Ajas" etc.) die Bäume nicht mehr zu sehen,

werden wir uns weder auseinandersetzen noch uns zusammenschweißen können. So helfen wir weder uns selbst in unserem Kampf gegen das „neue Doitschland" noch anderen, die von diesem Doitschland unterdrückt und massakriert werden.«

M.S. für das
„Heidelberger Bündnis gegen den Krieg"

Kleine Klarstellung der Redaktion:

Mag sein, daß es uns am Ende unseres Anmerkungskatalogs (*Sabo* 41, 05/99, S. 27-31) nicht gelungen ist, unser (in eine rhetorische Frage gekleidetes) Anliegen sprachlich zu transformieren. Mit der „fast schon pathologisch umrissene[n] »Wirklichkeitsausblendung«" bezogen wir uns selbstverständlich *nicht* auf unseren eigenen Argumentationsstrang, sondern auf jenen Petrus Ramus' (ebd., S. 20-27). Deshalb hatten wir den Begriff »Wirklichkeitsausblendung« explizit in Anführungszeichen gesetzt und wollten so seine abstruse Verwendung in Ramus' Leserbrief ad absurdum führen. Das scheint uns nicht gelungen zu sein; M.S. beispielsweise geht davon aus, daß *wir* die »Wirklichkeitsausblendung« der „Antiimps" *und* der „antimilitaristisch-anarchistisch-antinationalistischen" Szene fast schon pathologisch umreißen. Sorry, aber hier liegt eindeutig ein Mißverständnis vor. Genau *so* haben wir Petrus Ramus' Ausführungen interpretiert - und distanzieren uns hiermit noch einmal davon. (siehe auch unser Editorial)

Ein paar Anmerkungen zum Leserbrief von „Petrus Ramus" und zur Stellungnahme der Redaktion

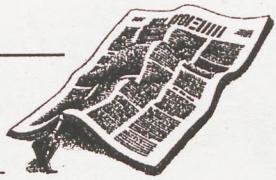
Wie viele andere auch, fanden wir es recht merkwürdig, daß die „Sabo"-Redaktion „mitten im Krieg" ein Drittel der Zeitschrift mit dem Abdruck der persönlichen Ansichten eines „Petrus Ramus" (im folgenden einfach R.) und den redaktionellen Anmerkungen dazu verbraten kann. Da es auf den ersten Blick so aussieht, als würde es größtenteils um den AKAS gehen, könnten wir direkt geschmeichelt sein: endlich wird die herausragende Rolle unseres Arbeitskreises mal so richtig gewürdigt. Zu unserer Enttäuschung mußten wir dann feststellen, daß dem Leserbriefschreiber eine Menge durcheinandergeraten ist. Offensichtlich ist ihm beim Schreiben seiner „tiefgründigen" Zeilen alles mögliche Unverarbeitete aus den letzten 15 bis 20 Jahren hochgekommen.

Wir hätten die ausschweifenden Ergüsse wohl auf sich beruhen lassen, wenn die Reaktion der „Sabo"-Redaktion nicht zeigen würde, daß ein guter Teil der Ansichten von „R" auch in anderen Kreisen virulent sind und es daher nötig ist, ein paar uns betreffende Sachen richtig zu stellen und auch auf zwei, drei der inhaltlichen Punkte einzugehen.

Uns ist ehrlich gesagt nicht ganz klar, wer wohl genau alles mit „Antiimps" gemeint ist. Die Zusammenhänge, die früher so bezeichnet wurden, gibt es schon lange nicht mehr, und da lag auch nie unsere politische Wurzel. Wir werden uns daher im folgenden auf ein paar Aspekte beschränken, für die wir uns tatsächlich zuständig fühlen. Es war leider aus zeitlichen Gründen nicht möglich, diese Anmerkungen innerhalb des AKAS endgültig abzustimmen, daher verwende ich im folgenden häufig den Singular, obwohl davon auszugehen ist, daß das Meiste von den anderen mit getragen wird.

Ich will mich nicht lange bei dem Stein des Anstoßes - die Streitereien an besagtem Sonntag und die anschließende Stellungnahme in der RNZ - aufhalten. Kaum jemand bezweifelt, daß letztere ziemlich bescheuert war. Bescheuert waren selbstverständlich auch die handgreiflichen Reaktionen auf den umstrittenen Redebeitrag gewesen, aber mit etwas Vernunft hätten wir die Situation auch anders lösen können.

In der Sache halten wir es zwar eher mit der US-amerikanischen Journalistin Diana Johnsto-



Zur Irakveranstaltung, Sonja W. und Ahriman-Verlag

Die Aufgeregtheit bezüglich Sonja Ws. Auftritt und die Anwesenheit eines Typen vom Ahriman-Verlag können wir nicht nachvollziehen.

Daraus, daß Sonja nur ihre persönlichen Eindrücke schilderte, irgendwas zu konstruieren, ist arg an den Haaren herbeigezogen. Sonja ist nach ihrer Selbsteinschätzung keine „Theoretikerin", und wir haben sie eingeladen, um auch mal persönliche Eindrücke zu hören. Wir waren mit ihren Erzählungen nicht zufrieden, da wir mehr zur konkreten Lage im Irak erwartet hatten. Fürs „Theoretische" aber waren von vornherein die beiden anderen Beiträge vorgesehen gewesen.

Sie schreibt auch nicht für den Ahriman-Verlag, sondern dieser hat ihren Reisebericht, wie andere Zeitungen auch, abgedruckt.

Sonja kommt, wie sie uns erzählt hat, nicht aus der linken Szene. Für sie sah es zunächst mal so aus, daß dieser Verlag sich - im Gegensatz zum Großteil der „Linken" - wenigstens gegen Krieg und Embargo engagiert. Bei entsprechendem Nachfragen hätte man dies auch erfahren.

Der *Bund gegen Anpassung* ist selbstverständlich auch uns schon lange bekannt. Inhaltlich stimmen wir Eurer Charakterisierung zu. Wir denken aber nicht, daß er allzu wichtig genommen werden muß. Wir warnen lediglich, wenn wir von Kontakten erfahren, vor der Zusammenarbeit, auch wenn es z. B. in den Punkten Krieg gegen Irak oder Jugoslawien nach teilweisen politischen Übereinstimmungen aussieht.

AKAS

ne, die unlängst schrieb: „Viele Protestler bestanden darauf, das Schlagwort »Stoppt die Bombardierungen« zu kombinieren mit »Stoppt Milosevic's Genozid«, eine Ausgewogenheit, die in Wirklichkeit die Mittel verurteilt, aber den Zweck rechtfertigt." Wir glauben aber nicht, daß ein paar dumme oder unangebrachte Sätze allzusehr schaden können, insbesondere, wenn nur gesagt wird, was sowieso jeden Tag überall zu hören und zu sehen ist.

Es wäre auf jeden Fall besser gewesen, das ganze in Ruhe zu diskutieren. Dabei wäre dann auch Gelegenheit gewesen, nachzufragen, wie „R" sich so sicher sein kann über das, was im Kosovo geschah, wie er sofort von „Vertreibung" reden konnte, obwohl die Flucht der Zivilbevölkerung stets die Folge von Kriegen ist. Sind hier nicht doch auch antiserbische Ressentiments und andere politische Vorurteile im Spiel? Ist bei aller Radikalität dem antinationalen Schreiber im Zweifel die westliche Sicht doch näher? Ist es korrekt, Berichte von serbischer Seite nur ernst zu nehmen, wenn sie von Organisationen oder Leuten stammen, die in fundamentaler Opposition zum politischen System ihres Landes stehen, aber nicht die selben Kriterien an westliche Quellen zu legen?

Es ist jedenfalls eine ziemliche Anmaßung, allen, die nicht seine Sicht der Dinge teilen, gleich zu unterstellen, sie wollten „die Tatsachen kleiner machen". Mit seinem anschließenden absurden Vorwurf, daß alle, die nicht wie er in den Chor der Verurteilungen einstimmen, „tatsächlich im Blut waten", macht er in seinem inquisitorischen Eifer dann doch Fischer und Scharping Konkurrenz. Wie diese will auch „R" alle, die versuchen, sich nicht nur den militärischen, sondern auch den propagandistischen Bombardierungen entgegenzustellen, als „pro-serbische Nationalisten" diffamieren.

Wir können mit unserer Skepsis selbstverständlich völlig daneben liegen. Doch auch wenn wir uns heftig irren sollten, so ist Skepsis und die Ablehnung von vorschnellen Verurteilungen trotzdem gerechtfertigt, und ich sehe nicht, welcher Schaden daraus entstehen könnte. Wohingegen sich ein Irrtum „Rs" als Unterstützung der Kriegspropaganda im linken Milieu erweisen würde. Insbesondere dort, wo ausschließlich moralisch

argumentiert wird, liegt, wie wir gesehen haben, der Schritt von der Verurteilung des „blutriefenden Staates Jugoslawien" zum „Ja" zur militärischen Intervention sehr nahe.

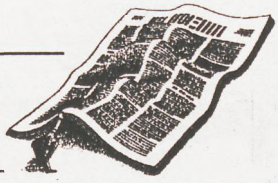
Tatsächlich müssen wir von der Realität eines Bürgerkriegs im Kosovo ausgehen. Dieser forderte im Jahr vor den Bombardierungen ca. 2000 Tote, davon etwa zwei Drittel auf der albanischen Seite. Es gibt zudem zuverlässige Berichte über eine nicht unerhebliche Zahl von Verbrechen auf beiden Seiten für diesen Zeitraum. Das rechtfertigt aber meiner Meinung nach nicht die einseitige Verurteilung der serbischen Seite durch „R" und auch nicht die Wortwahl. Es besteht leider auch kein Zweifel daran, daß sich Verbrechen und Greuel mit Beginn der Bombardierungen intensivierten. Bei der Beurteilung des wahren Ausmaßes und der Verantwortlichkeiten stehen wir alle vor dem großen Problem der Zuverlässigkeit der Quellen. Wir wissen nur aus den Erfahrungen der Kriege in Bosnien, daß wir extrem vorsichtig sein müssen. Parteiisch sind schließlich nicht nur die beteiligten Staaten und staatsnahen Medien. Auch NGOs haben überwiegend Partei ergriffen, ebenso wie örtliche politische Organisationen. Zum Dilemma der Befragung von Flüchtlingen allgemein, wäre es wichtig, sich die Erfahrungsberichte der Untersuchungskommissionen in Afrika zu Gemüte zu ziehen, die zeigen, wie schwierig und aufwendig es ist, während der Flüchtlingssituation Gerüchte und Aufgebauschtes von tatsächlich Geschehenem zu trennen. Daß dies in den NATO- und UCK-kontrollierten Lagern noch schwieriger ist, kann man u. a. auch im Bericht von Regis Debray an den französischen Präsidenten nachlesen. Wir brauchen uns selbstverständlich nichts vorzumachen: Krieg ist die Negation jeglicher Humanität - doch unabhängig der individuellen Schuld der Täter tragen die die Hauptverantwortung, die so einen Krieg eskalieren ließen. Die Chancen, je die Wahrheit über die jüngsten Ereignisse im Kosovo zu erfahren, sind selbstverständlich mit der Kontrolle des Kosovos durch NATO und UCK drastisch gesunken - nun werden die Sieger im wesentlichen allein die Geschichte schreiben.

Auch wenn die Bezeichnung „Antiimps" für uns etwas befremdlich klingt, ist selbstverständlich Antiimperialismus tatsächlich unser zentrales Anliegen. Leider ist der Begriff „Imperialismus" hierzulande „aus der Mode", obwohl er sonst auf der Welt ganz selbstverständlich zur Charakterisierung der herrschenden Verhältnisse verwendet wird. In Heidelberg ist es in manchen Kreisen schon fast anrüchig, den Begriff in den Mund zu nehmen, insbesondere im Leserbrief scheint „antiimperialistisch" ein Schimpfwort zu sein.

Das ist schade, weil richtig verstanden „Imperialismus" Phänomene wie „Neue Weltordnung", Weltwirtschaftsordnung, Militarismus etc. zusammenfaßt und zur Charakterisierung der herrschenden Verhältnisse nach wie vor besser geeignet ist, als bürgerliche Euphemismen wie „Globalisierung" und „Neoliberalismus".

Weil damit auch ein paar Aussagen in der letzten „*Sabo*" abgehandelt werden können, sei es uns gestattet, hier zur Erläuterung des Begriffs aus unserer Broschüre „Neuer Griff nach der Weltmacht - *Die deutsche Interessenlage im Jugoslawien-Konflikt*" zu zitieren:

Imperialismus *„ist ein wissenschaftlicher Begriff, ähnlich dem Begriff Kapitalismus. In der Tat hängt Imperialismus eng mit Kapitalismus zusammen und steht für ein kapitalistisches System, das ein hohes Maß an Kapital- und Industriekonzentration auszeichnet und das nicht national beschränkt ist, sondern seine Ausbeutungsbedingungen vermittels wirtschaftlicher und militärischer Macht weltweit durchsetzt – Wir betonen „militärisch", weil in linker, marxistischer Theorie dieser Aspekt häufig vernachlässigt und der Eindruck vermittelt wird, als wäre heutzutage imperialistische Herrschaft allein über die Beherrschung des Weltmarkts, die Verschuldung, IWF und Weltbank etc. möglich. Man unterscheidet die imperialistischen Zentren, die sog. Metropolen, und die abhängige Peripherie. Die Metropolen sind die Staaten der großen multinationalen Konzerne, mit anderen Worten die kapitalistischen (wirtschaftlichen und militärischen) Großmächte, die Peripherie dagegen sind die abhängi-*



gen Länder des Südens. (In unserem Sinne ist jeder imperialistische Staat selbstverständlich ein kapitalistischer, aber umgekehrt sind die meisten kapitalistischen Länder nicht imperialistisch, sondern mehr oder weniger abhängig von den imperialistischen Staaten, beispielsweise Ägypten, Brasilien, Griechenland oder Portugal)".

Neben den USA ist Deutschland einer der wichtigsten und mächtigsten imperialistischen Staaten; daher konzentriert sich unsere Kritik auch auf diese beiden Staaten. Weil es anscheinend im Zusammenhang mit Antiimperialismus immer noch zu verschiedenen Unterstellungen kommt, noch folgende Ergänzungen, eigentlich Selbstverständlichkeiten: „Imperialismus" ist ein abstrakter Begriff, d. h. es gibt ihn nicht als handelndes Subjekt („Zentrale"); Subjekte sind die imperialistischen Staaten, die Konzerne etc. Gesamtimperialistische Interessen und Politik entstehen aus der Summe der teils konkurrierenden, teils übereinstimmenden Interessen der einzelnen imperialistischen Subjekte. Einheitliche Politik wird möglich, weil es mit den USA eine dominierende Macht gibt, die dafür sorgt, daß die innere Konkurrenz niedergehalten wird. Die NATO ist eine der wichtigsten Institutionen in diesem Zusammenhang. (Veranschaulichen können wir uns dies am Besten mit dem Bild der Mafia, wo solange Frieden unter den Gangstern herrscht, solange die Position des mächtigen Patrons unangetastet bleibt und alle einsehen, daß es für ihre Geschäfte besser ist, sich nicht offen gegen die mächtigste „Familie" zu stellen, sondern die Konkurrenz versteckt auszutragen.) In der Kunst, seine eigene Machtbasis durch „versteckte Konkurrenz" auszuweiten, übt sich insbesondere Deutschland, die deutsche Ost- und vor allem Jugoslawienpolitik sind dabei wichtige Felder. (Die aktuelle Balkanpolitik der USA ist sicherlich u. a. auch gegen die rapide Ausweitung der deutschen Großmacht gerichtet.)

Mit obigen Erläuterungen dürfte auch das wesentliche zu „Rs" Exkurs über „geschachtelte Metropolen-Beziehungen" gesagt sein. Nebenbei bemerkt, erweist sein Exkurs über die Geschichte des Kosovos, daß er leider recht wenig über die Geschichte Jugoslawiens weiß. Als guter und leicht zu lesender Einstieg dafür würden wir ihm Ralph Hartmanns „Die ehrlichen Makler. *Die deutsche Außenpolitik und der Bürgerkrieg in Jugoslawien*" empfehlen.

Hier wie auch bei anderen Punkten bewegt sich sein Denken strikt an der phänomenologischen Oberfläche. Besser noch demonstriert er diese Milchmädchenrechnungen bei seinen „tiefgründigen" Überlegungen zu nationalen Befreiungsbewegungen. Wie gewohnt, wirft er erst ein-

50 Jahre NATO
Kein Grund zum Feiern

Sondernummer
der AKTION 3.WELT Saar und der SoZ, "Sozialistischen Zeitung", mit Hintergrundanalysen zu:

- ***NATO als Weltpolizei***
- ***Bundeswehr - weltweit einsetzbar***
- ***Warum Krieg gegen Jugoslawien?***

Zur öffentlichen Auslage auf Büchertischen, bei Veranstaltungen, als Beilage in Rundbriefen ...

Bestellungen:
– AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchenerstr.24, 66679 Losheim, Tel 06872/9930-56, Fax -57
– SOZ-Verlag, Dasselstr.75-77, 50674 Köln, Tel 0221/92311-96, Fax -97
Umfang: 4 Seiten, Zeitungsformat

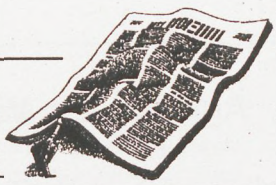
Mindestbestellmenge 25 Ex.; Preis 0,20DM/Ex. zzgl. Porto bis 120 Ex. 6,90DM, ab 121: 8,90DM
Bitte in Briefmarken oder mit Verrechnungsscheck bezahlen

mal alles in einen Topf. Da wird dann auch flugs die PLO, die gegen die israelische Besatzung und für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge kämpft, zur separatistischen Bewegung. Die wenigsten der nationalen Befreiungsbewegungen, die wir unterstützen oder unterstützt haben, sind separatistisch. Die Kämpfe in den entsprechenden Ländern, wie El Salvador, Guatemala oder Kolumbien, richten oder richteten sich schließlich in erster Linie gegen soziale und politische Mißstände. Zu „nationalen" Befreiungskämpfen wurden sie, weil die Verhältnisse von den imperialistischen Staaten (insbesondere selbstverständlich der USA) verursacht und gewaltsam aufrechterhalten wurden und werden. Für diese Bewegungen ist „Nation" rein territorial definiert. „Guatemalteke/in" ist, wer in Guatemala lebt, ungeachtet seiner ethnischen Zugehörigkeit. Hier unterscheiden sich die klassischen Befreiungsbewegungen diametral von Guerilla-Bewegungen wie der UCK. Daher sind auch Vorwürfe der hiesigen „Antinationalen" an diese Bewegungen absurd, wenn sie deren „Nationalismus" mit dem beispielsweise der Kroaten oder gar dem deutschen gleichsetzen. Nationalismen wie der kroatische definieren die Nation rein ethnisch. Sie richten sich unmittelbar gegen regionale Minderheiten und sind diskriminierend, rassistisch. Der deutsche Nationalismus ist zudem noch aggressiv auf Expansion und Unterwerfung anderer Länder ausgerichtet. Demgegenüber dient ein Nationalismus, wie ihn die fortschrittlichen Bewegungen des Trikonts vertreten, dem Zusammenhalt der (oft zusammengewürfelten) Bevölkerung eines Landes, der Stärkung der Solidarität untereinander und auch dem Widerstand gegen die Einmischung von außen. Das Problem ist also nicht das „nationale" (wenn Nation nicht im herrschenden deutschen Sinne definiert wird, mit dem Zwang der Einheit von Volk und Nation), sondern das „völkische" Denken.

IRA, ETA und PKK entsprechen nicht obigem Typus von Befreiungsbewegungen. Wir haben daher zu diesen Organisationen ein eher kritisches Verhältnis, wobei die Meinungen im AKAS auch nicht ganz einheitlich sind. Unterstützung verdienen diese in den Bereichen, wo sie sozial fortschrittliche Politik machen, die nationalistischen, separatistischen Aspekte lehnen wir ab. Wir haben unsere diesbezügliche Kritik auch mehrfach mit Vertretern der kurdischen Bewegung hier diskutiert. Die kurdische Frage ist dabei sicher eine der schwierigsten, sie führt zu prinzipiellen Fragen über die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts von Völkern und dessen Grenzen, zur Frage des Rechts auf Eigenstaatlichkeit und der Berechtigung von Sezession. Wir haben dies im AKAS kontrovers diskutiert, wir schicken der Redaktion ein Thesenpapier von 1997 nebst Zusammenfassung der Einwände mit. Da es sowohl mit Blick auf die kurdischen Befreiungsbewegungen, als auch auf die sezessionistischen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien geschrieben wurde, ist es meiner Meinung nach auch im Hinblick auf den Kosovo interessant.

Nach diesen langen Ausführungen nur noch kurz zu „Rs" einfacher Weltsicht: die einen haben bewaffnet gekämpft - die UCK kämpft bewaffnet. Ergo darf, wer für die FMLN, die URNG etc. war, keine Einwände gegen die UCK haben. Es geht aber bei unserer Kritik weniger darum, daß die UCK Polizeiposten angreift; das machen in der Tat alle Guerillagruppen. Hier ist nur wichtig, dies auch immer wieder denen in Erinnerung zu rufen, die immer nur von der serbischen Repression reden.

Unsere Kritik an der UCK ist zum Teil die selbe wie an der „gewaltfreien" Bewegung Rugovas. Eine Bewegung für eine ethnisch definierte „Unabhängigkeit", die das Selbstbestimmungsrecht der anderen Bevölkerungsgruppen offen negiert, kann keine Befreiungsbewegung sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß die kosovo-albanische Unabhängigkeitsbewegung in den letzten Jahrzehnten etwa die Hälfte der nicht-albanischen Bevölkerung vertrieben hat und sich bis zuletzt jedem Vorschlag einer Autonomielösung, die auch die Rechte der anderen Bevölkerungsgruppen garantiert, verweigert hat (siehe „*Joint proposal of the Agreement on self-governance in Kosovo*"). Die Zielsetzung ist völkisch, ähnlich dem kroati-



schen Nationalismus, nur selbstverständlich aus wesentlich schwächerer Position heraus. Eine Verwirklichung ihrer Ziele würde zudem die gesamt Region destabilisieren, wie die aktuelle Entwicklung ja auch zeigt. Das Dilemma dabei ist, wie bei allen nationalen Fragen, daß man selbstverständlich trotzdem das Streben einer Mehrheit der Kosovo-Albaner nicht einfach ignorieren kann, genauso wenig wie den Willen der Mehrheit der jugoslawischen Bevölkerung, Kosovo als Bestandteil des Staates zu behalten. Bei der UCK kommt nun noch hinzu, daß sie massiv vom Westen ausgerüstet und auch ausgebildet wurde. Dies ist kein Detail. Vorbilder von Guerillas diesen Zuschnitts kennen wir: Contras in Nicaragua, Unita in Angola oder die Mudjahedins in Afghanistan - soviel zur „differenzierten Bewertung einer Guerilla" durch einen antimilitar-/anarch-/antinationalistischen Revolutionär.

Zum Schluß noch zu unserer Bündnispolitik: Das „Einheitsfront"-Geschwafel ist doch wohl ziemlich lächerlich. Es ist für uns, wie für die meisten, eine einfache Selbstverständlichkeit, an so wichtigen Punkten wie den Kriegen gegen den Irak und Jugoslawien mit allen zusammenzuarbeiten, mit denen wir hier übereinstimmen, unabhängig davon, daß wir in anderen Punkten unterschiedliche Ansichten haben. Wir sind zudem stets bereit, über die wesentlichen Differenzen zu diskutieren, dabei kann es durchaus auch mal heftiger zugehen - einen gewissen Respekt vorausgesetzt. Für uns ist aber auch selbstverständlich, daß wir dabei die hier lebenden, von imperialistischer Politik Betroffenen nicht ausgrenzen. Es ist beschämend, wie häufig die deutsche Linke hier lebenden Menschen die Solidarität verweigert, nur weil sie die „falsche" Nationalität haben: den für ihr Vereins- und Versammlungsrecht kämpfenden Kurdinnen und Kurden, ebenso wie den gegen die fortgesetzte zerstörerische Intervention ihres Landes demonstrierenden JugoslawInnen. Das sind für „R" und Konsorten selbstverständlich alles „Nationalisten", damit wollen die Anhänger der reinen Moral selbstverständlich auf keinen Fall ihre reine Weste beschmutzen.

Das Eintreten für die territoriale Integrität Jugoslawiens z. B. ist noch lange kein Nationalismus. Untolerierbarer Nationalismus beginnt auch nicht beim Schwenken der Fahne eines Landes, das gerade bombardiert wird. Keinen Platz auf unseren Kundgebungen, Demos etc. haben selbstverständlich Gruppen, die offen völkische, rechte und rassistische Positionen vertreten - dies aber unabhängig von der Nationalität.

Es bleibt uns nichts anderes übrig, als alle zu sammeln, die sich trotz der gewaltigen Propaganda gegen diese Kriege und die dahinter liegende Politik stellen. Wir sollten zusehen, daß wir die wesentlichen Fragen so weit wie möglich ausdiskutieren und uns dann auf die schwierige Aufgabe konzentrieren, immer mehr Menschen für die Problematik zu sensibilisieren und vielfältige Widerstandsformen zu entwickeln. Auch die Anti-AKW-Bewegung hat klein angefangen: wir müssen klar machen, daß auch die persönlichen Risiken der herrschenden Politik größer sind als die der Kernkraft.

J.,
AKAS (Arbeitskreis antiimperialistische Solidarität)

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:

Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Agenda 21: Mit einem Placebo die Welt verändern!?!

Auch hier in Heidelberg werben Teile der herrschenden Gemeinderatseliten immer wieder für die auf der UN-Konferenz für Umwelt- und Entwicklung *1992 in Rio de Janeiro beschlossene „agenda 21", deren Umsetzung auf breiter Ebene forciert werden soll. Wir wollten bereits vor geraumer Zeit einen längeren Artikel zu dieser Thematik in der* Sabo *unterbringen, weil wir bei uns einiges Material dazu gehortet haben. Wie das aber manchmal so ist, geraten solche Pläne in Vergessenheit, und irgendwann wird mensch dann darauf aufmerksam gemacht und denkt: „Hey, haben wir ganz vergessen, dazu wollten wir auch schon mal 'was machen." Genau so ist es uns jetzt ergangen, als uns ein Brief der* Aktion 3. Welt Saar *erreichte, in dem diese uns bat, einen Artikel eines Mitarbeiters zu veröffentlichen. Thema des Artikels: „agenda 21"! Auch wenn dieser Artikel durchaus fundierter hätte sein können, gibt er einen ersten Einblick in die vielen Unzumutbarkeiten, die mit diesem als „Umweltschutz" getarnten neuen Angriff der Herrschenden auf ökonomisch schwächere Gesellschaften verbunden ist. WelcheR sich näher mit dieser Thematik auseinandersetzen will, die/der kann sich in der Bibliothek der AKTION 3. WELT Saar zahlreiche Bücher zur agenda-Diskussion ausleihen; sowohl Publikationen der BefürworterInnen als auch der GegnerInnen. Bei Interesse wird kostenlos gegen Portoerstattung (1,10 DM) eine Kurzbibliograhpie der vorhandenen Publikationen zugesandt. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei der AKTION 3. WELT Saar für die Zusendung der Materialien. „Die AKTION 3. WELT Saar ist Trägerin von sechs Projekten: Bibliothek, Flüchtlingsberatungsstelle, Zeitschriftenarchiv, Anti-Rassismus-Büro, 3. Welt Laden und Bildarchiv. Sie ist Mitglied im BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen)."*

-Sabotage

» Die AKTION 3. WELT Saar wurde in den vergangenen Monaten mehrfach von verschiedenen agenda-Arbeitskreisen um Mitarbeit gebeten. Seit einiger Zeit gilt das Abschlußdokument der UN-Konferenz für Umwelt- und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro als eine Art Bibel für Umweltschützer und als *der* Leitfaden für eine ökologische und soziale Entwicklung im nächsten Jahrtausend. Die Anfragen nahmen wir zum Anlaß, das zugrundeliegende Dokument zu lesen.

Dabei fiel uns auf, das agenda 21-Dokument sagt

1. **uneingeschränkt Ja zur Atomenergie** [*„Sicherer und umweltverträglicher Umgang mit radioaktiven Abfällen"*.... *„Mit zunehmender Zahl neu in Betrieb genommener Kernkraftwerke .... nehmen diese Abfallmengen zu."* (Kapitel 22)]
2. **uneingeschränkt Ja zur Gentechnologie**
3. **uneingeschränkt Ja zu dem vorherrschenden technologischen Entwicklungsweg**
4. **uneingeschränkt Ja zu den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen**
5. **uneingeschränkt Ja zu der herrschenden Umverteilung von unten nach oben**
6. **uneingeschränkt Ja zu der Überlegenheit des europäischen Entwicklungsmodells gegenüber Menschen in der sogenannten 3. Welt.** [Die Fähigkeit indigener Gesellschaften *„zur uneingeschränkten Mitwirkung an einem auf eine nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Umgang mit ihrem Land hat sich aufgrund wirtschaftlicher, sozialer und historischer Faktoren als begrenzt erwiesen"* (Kapitel 26.1). Deshalb zeigen Industriestaaten denen da unten jetzt den ökologisch richtigen Weg.]

Gute Argumente reichen nicht für den Atomausstieg

Im Kern enthält das agenda 21-Dokument ein ‚Weiter so' auf der Grundlage einer großen Technikeuphorie, die an die Titanic erinnert. Soweit so gut. Direkt nach der UN-Konferenz 1992 wurde das Abschlußdokument in der nationalen wie internationalen Presse von links bis rechts zerrissen. Die Kritik wurde auch weitestgehend von allen renommierten Umweltorganisationen geteilt. Kein Wunder, Autoren des Dokumentes waren die Regierungen der führenden Industriestaaten wie USA und BRD. Seit etwa 1995 ändert sich die Wahrnehmung. Insbesondere die Partei Bündnis 90/Die Grünen begann, sich positiv auf das Dokument aus dem Hause Kohl & Bush zu beziehen. Der BUND vergaß seine anfänglich schroffe Kritik und entdeckte zunehmend nur noch Positives. Warum? Aus meiner Sicht kommen hier der Utopieverlust sowie die Mobilisierungsprobleme der Umweltbewegung zum Tragen.

Wer sich als Träger einer Umgestaltung der Gesellschaft nur noch Parteien vorstellen kann, muß konsequenterweise aufhören, diese zu kritisieren und bestimmte Kröten wie Atomenergie und Gentechnologie schlucken. Diese Haltung wird zudem unterstützt durch das Ausblenden von Machtverhältnissen und damit die Frage nach den ‚Interessen'; z. B. am Weiterbetrieb von AKW's. Gemäß der agenda-Philosophie reicht es aus, sich mit Industrievertretern an einen runden Tisch zu setzen und durch gute Argumente zu überzeugen. Jeder Gewerkschafter kann aus Verhandlungen berichten, daß gute Argumente noch keinen Unternehmer überzeugt haben, wohl aber ein real existierendes Druckpotential (= Streikbereitschaft). Ebensowenig wird es einen Ausstieg aus der Atomenergie durch das Vortragen guter Argumente oder gar im Konsens geben. Dem stehen Gewinninteressen und die Ambitionen auf militärische Nutzung entgegen.

Den Bluff beenden

Um nicht mißverstanden zu werden: Vieles, was unter dem Produktnamen ‚agenda-21' läuft, würde so oder so stattfinden und ist für sich genommen gut und sinnvoll. Ich habe überhaupt nichts dagegen, Fahrradwege und den ÖPNV auszubauen. Nur: Warum brauche ich dafür ein Fundament, das ein eindeutiges Ja zur Atomenergie enthält. Der Verweis darauf, es komme nicht darauf an, was in dem Dokument drin steht, sondern, was man daraus macht, halte ich für Unsinn. Dann würde es auch Sinn machen, einen Ortsverband der CDU oder der Republikaner zu gründen mit dem Verweis: Was die da in Bonn oder Berlin machen, geht uns nichts an, wir machen hier unsere eigene Politik. Wer sich in einem lokalen agenda-Arbeitskreis engagiert, macht trotz, isoliert betrachtet, guter Projekte immer auch Werbung für das industriefreundliche Dokument agenda 21.

Kein ernst zu nehmender Gewerkschafter würde seine Politik in einer Verhandlungsrunde mit der Kapitalseite auf deren Zahlen, Inhalte und Sprachregelung stützen.«

R. R., Losheim, Juni 1999
für die AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24, 66674 Losheim
Tel 06872/9930-56; Fax -57
Spendenkonto PGA Saarbrücken,
Kto Nr. 1510 663, BLZ 590 100 66

Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft vom 18. März – 21. März 1999 in Berlin

Vom 18. bis 20. März 1999 fand in Berlin die Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft *statt. Organisiert wurde sie von der Konferenz-Vorbereitungsgruppe, der Berliner Gruppe FelS (Für eine linke Strömung) und der Zeitschrift* diskus. *Dabei sollte unter den unterschiedlichsten Aspekten die Forderung nach einem „Existenzgeld für alle" zum Ausdruck gebracht werden: im Rahmen von (Podiums-)Diskussionen und Arbeitsgruppen.* Damit die dort stattfindenden Diskussionen aber nicht an Interesselosigkeit oder gar Reformismus „krankten", sollten „* sie von ihrem konkretistischen Gehalt befreit und in eine grundsätzliche Kritik an der Lohnarbeitsgesellschaft überführt werden. Doch auch die mit dem Existenzgeld verbundene Forderung nach Entkopplung von Lohnarbeit und Existenzforderung bleibt im schlechten Sinne utopisch, solange sie nicht mit konreten Kämpfen um gesellschaftliche Verhältnisse verknüpft wird." *(**ARRANCA!**, Nr. 16, Winter 1998/99) Deshalb versuchten die „Arrancas" - als zeitungserstellende FelS-Arbeitsgruppe - in ihren mit „*Und was ist daran radikal?" *überschriebenen Anmerkungen und Vorschlägen zum Existenzgeld, „*die reale Entwicklung von Lohnarbeit und Existenzsicherung näher zu betrachten" *(ebd., Seite5).*

Wir - als zeitungserstellendes Sabo-*Kollektiv - haben uns gedacht, ein bißchen Licht in die Hintergründe zu bringen, die zur Einberufung dieser Konferenz geführt hatten. Auf diesem Wege waren wir auf das durchaus diskussionswürdige, von uns eher kritisch betrachtete Diskussionspapier** gestoßen, „*das die Ideen der Gruppe FelS (Für eine linke Strömung) für eine europäische Konferenz zu »Existenzgeld und dem (möglichen) Ende der Lohnarbeitsgesellschaft« vorstellen soll." *Es sollte bereits in der letzten* Sabo *abgedruckt werden, aber die war mit 44 Seiten einfach schon zu dick. Wir wollen es dieses Mal (mit einigen Kürzungen) nachholen. Im übrigen war die Konferenz mit knapp 300 AG-TeilnehmerInnen ein voller Erfolg. (Zur eher peinlichen, konzeptionell mangelhaften Eröffnungsveranstaltung in der Humboldt-Universität waren etwa 500 Interessierte gekommen.) Die neueste ARRANCA! (Nummer 17 • Sommer 1999) widmet dieser Konferenz 8 Seiten. Im Artikel „Ungeduldige DemiurgInnen [»WeltschöpferInnen«, Anm. d. Red.] mit faustischen Zweifeln" resümiert Hans-Peter Krebs kritisch-solidarisch über die ganze Existenzgeld-Konferenz. Er kommt zum Schluß, daß es in Zukunft um „Praxisformen" gehen solle, „die uns gegenseitig stärken, neue Zuversicht hervorbringen, neue Power akkumulieren, um sich den vielfältigen Fragen theoretisch und praktisch stellen zu können, die das »Elend der Welt« immer noch aus sich heraus treibt" (ebd., Seite 55). Im Anschluß daran stellen sich zwei der insgesamt vier Arbeitsgruppen vor: „*Ende der Lohnarbeit" *und „*Feministische Ökonomiekritik". *Wir werden in den nächsten Ausgaben versuchen, ein bißchen tiefer darauf einzugehen. Dann werden vielleicht auch die Ergebnisse des Nachbereitungstreffens vorliegen.* -Sabotage

»Ausgangspunkt für die Idee zu dieser Konferenz war die Kritik an Maastricht und der Währungsunion. Ist es aber zur Zeit eine zentrale Frage, sich zur Währungsunion zu verhalten? Einerseits agiert das Kapital immer mehr transnational, die meisten sozialen Kämpfe schaffen es aber nur schwer, den nationalen Rahmen zu überschreiten. Gerade angesichts der Währungsunion und der Schaffung eines „Europas des Kapitals" steht der Aufbau einer europäischen Linken auf der Tagesordnung.

Das Ende des keynesianistischen Klassenkompromisses, welches das letzte halbe Jahrhundert bestimmt hat, zeigt sich auch im Ende des vermassten Lohnarbeiters des Fordismus. Auf der einen Seite findet eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und eine „Reproletarisierung" großer Teile der Menschen statt, gleichzeitig erschwert eine zunehmende Segmentierung und Zersplitterung der Lebensverhältnisse die Verbindung der vielen lokalen sowie gruppenspezifischen Kämpfe. Die Forderung nach Existenzgeld, also einem menschenwürdigen Leben und einer radikalen Umverteilung der Arbeit, kann unserer Meinung nach eine Losung sein, die es ermöglicht, diese Aufspaltung zu überwinden und ein Europa des Klassenkampfes gegen das Europa von Maastricht zu stellen.

Ziel dieser Konferenz ist nicht nur, die Forderung nach einem Existenzgeld zu diskutieren. Gerade die deutsche Linke hat sich größtenteils von sozialen Kämpfen und einer materialistischen Analyse verabschiedet. Dem nationalen, rassistischen Konsens muß wieder eine antikapitalistisch-emanzipatorische Utopie entgegengestellt werden. Mit dieser Konferenz wollen wir wieder einen Klassenbezug verankern und einen - ersten- Ansatz zu einem europäischen Organsisierungsprozeß bieten.

Die Kritik an Maastricht

Die Rahmenbedingungen linker Politik werden sich in den nächsten Jahren nachhaltig verändern.

Da ist zum einen der globale Trend, nach einem halben Jahrhundert keynesianistischer Interventionspolitik zu deregulierten Märkten zurückzukehren - was üblicherweise mit „Neoliberalismus" umschrieben wird.

Zum anderen findet in Europa ein Vereinheitlichungsprozeß statt, der mit dem EURO zementiert wird. Ziel dieses währungspolitischen Einschnitts ist nicht nur, die „*Vereinigten Staaten von Europa*" ökonomisch vorwegzunehmen, sondern vor allem, die Spielräume nationalstaatlicher Sozial- und Wirtschaftspolitik noch weiter zurechtzustutzen. Mit dem EURO wird das deutsche Modell einer autonomen Notenbank mit restriktiver Geldpolitik europäisiert, das heißt, es wird mit der europäischen Zentralbank eine Art marktliberale Überregierung installiert, auf die keine direkte politische Kontrolle mehr ausgeübt wird.

Monetaristische Wirtschaftspolitik wird europaweit festgeschrieben. Die Konvergenzkriterien (Beschränkung von Inflation und Staatsverschuldung) haben dabei vor allem die Funktion, Sachzwänge zu erzeugen, mit denen die traditionelle, keynesianistische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unmöglich gemacht wird, denn mit der Einengung von Inflations- und Verschuldungsspielräumen gibt es für die EU-Regierungen keine Alternativen zu Privatisierung und „Sparpaketen". Oder etwas genauer ausgedrückt: die Konvergenzkriterien sind gleichermaßen Vehikel, um die Umverteilung von unten nach oben politisch zu legitimieren (...), als auch Instrumente, um eine monetaristische Wirtschaftspolitik unabhängig von Wahlergebnissen zu erzwingen (...).

Der Abschied vom keynesianistischen Interventionsstaat, wie sie mit den Konvergenzkriterien in bestechend knapper Form vorgeschrieben wird, ist also eine pervertierte Form politischer Vereinigung. Die Entscheidungsmacht wird den gesellschaftlichen Institutionen abgenommen, die außenpolitische Notenbank (und nicht legitimationsabhängige Regierungen) bestimmen die Wirtschaftspolitik. Im Prinzip ist das selbstverständlich nichts Neues. Im Kapitalismus sind gesellschaftliche Verhältnisse stets „versachlicht", d. h. sie werden hinter dem Rücken der Akteure als Sachzwang fetischisiert. Aber dennoch war der Keynesianismus in mancher Hinsicht so etwas wie ein institutionalisierter Klassenkompromiß unter Führung des Kapitals, bei dem durchgesetzt war, daß die Politik in die Ökonomie intervenieren muß. Von dieser (erkämpften) Erkenntnis wird jetzt abgerückt.

Wenn die französische kommunistische Partei, die italienische Rifondazione Communista oder manche linkssozialdemokratische Gruppen Maastricht ablehnen, hat dies vor allem damit zu tun. Es geht gegen die Festschreibung einer liberalen Wirtschaftspolitik und um die Verteidigung der im Keynesianismus durchgesetzten Erkenntnis, daß der Markt von der Gesellschaft (d. h. im Konkreten dem spätkeynesianistischen Staat als Repräsentanten des institutionalisierten Klassenkompromisses) nicht nur normiert (...), sondern daß aktiv staatlich in ihn eingegriffen werden muß.

Auch wenn das vom marxistischen und linksradikalen Standpunkt aus nicht weit genug geht, weil die Regulation kapitalistischer Märkte durch den Staat am zugrundeliegenden Verhältnis nichts ändert, steht hinter der reformlinken Kritik eine wichtige Einsicht, die in Deutschland scheinbar allen abhanden gekommen ist: Der Kampf um Befreiung ist ganz wesentlich ein Kampf um die Unterordnung der Ökonomie unter die Politik, ein Kampf um die Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft nach gesellschaftlichen Bedürfnissen.

Wenn man die europäische Vereinigung angreift, sollte man also zum Kern Marxscher Theorie zurück: Die Sachzwänge des Marktes als gesellschaftliche Machtverhältnisse entlarven.

Gegen die EU und den Euro?

Selbstverständlich gibt es gegen das EU-Projekt noch eine ganze Reihe weiterer, bekannter Argumente: Die EU bedeutet eben keine Abschaffung, sondern nur eine Verlagerung von Grenzen - nicht-weiße ArbeiterInnen werden so weit geduldet werden, wie dies dem Kapital Billiglöhne garantiert (...), die anderen werden mit einer gigantischen Repressionsmaschinerie außen vor gehalten. Gleichzeitig wird die flächendeckende Kontrolle im Inneren verschärft - schon jetzt kommt es in regelmäßigen Abständen zu Autobahnfahndungen und Großrazzien, die im Prinzip die Grenzkontrollen ins Landesinnere verlagern. Und schließlich ist auch der bürokratische Cha-

rakter der EU nicht zu unterschätzen. Wenn man bisher schon kaum Begeisterung für die parlamentarische Demokratie im Kapitalismus aufbringen konnte, wird dies in der EU noch viel weniger der Fall sein. Das europäische Parlament ist nicht mal ein Kasperletheater, es ist gar nichts.

Trotz dieser Argumente halten wir es allerdings für falsch, pauschal gegen die EU zu argumentieren. Eine solche Position ist leicht mit den chauvinistischen Konzepten der Rechtspopulisten („Unsere DM schützen") oder den wohlfartsstaatlichen Abwehrgefechten der Linkssozialdemokratie zu verwechseln. Weder die europäische Nation des 19. und 20. Jahrhunderts noch der keynesianistische Sozialstaat sind es wert, verteidigt zu werden. Die „Globalisierung aufhalten zu wollen", wie dies aus Kreisen der deutschen PDS zu hören war, ist lächerlich bis erbärmlich. Als ob der keynesianistische Staat eine Errungenschaft der Linken und nicht vor allem eine Integrationsmaßnahme des Kapitals gewesen wäre.

Zudem ist eine simple Anti-EU-Haltung aber auch einfach zum Mißerfolg verdammt. Rückwärtsgerichtete Kämpfe von links sind stets zum Scheitern verurteilt. Und in diesem Fall ganz besonders: Die Globalisierung ist ein objektiver Trend, der im Moment auch die politischen Institutionen überrollt. Juristische Regelungen (...) hinken im Augenblick etwa ein Jahrzehnt hinter der technologischen Wirklichkeit hinterher. Wie sollten wir es da schaffen, die technologische Dynamik zu stoppen? ...

In Anbetracht dieses Dilemmas, daß weder europäischer Geschichtsoptimismus ... noch keynesianistische Nostalgie irgendetwas mit der Realität zu tun haben, ist der einzig vernünftige Weg die Flucht nach vorne, wie sie viele Basisgruppen in der EU längst angetreten haben. Statt uns in der Maastricht-Diskussion auf die eine oder andere von zwei gleichermaßen idiotischen Positionen zu schlagen, sollten wir lieber zwei zentrale Momente des EU-Projektes thematisieren: 1) Die rassistische Abschottung der EU und die autoritäre und repressive Politik nach innen; sowie 2) die kapitalfreundliche Politik, wie sie mit dem EURO festgeschrieben wird.

Über den ersten Punkt wird in der radikalen Linken schon lange, schon seit Mitte der 80er Jahre gesprochen, über den zweiten leider bisher kaum.

Die monetaristische Ausformung des EURO und damit der EU sind (wie oben dargestellt) das eigentliche Problem der neuen Währung. Zwar geht die EU deutlich weiter als die nordamerikanische NAFTA, die als reines Freihandelsabkommen die Mobilität des Kapitals erweitert, ohne die der Arbeitskraft zuzulassen, aber auch in der EU sind sozialpolitische Regelungen bisher völlig außen vor geblieben. Es gibt keine EU-weiten Mindestlöhne, Tarifverträge oder gar eine Arbeitsmarktpolitik Brüssels. Damit werden die zwiespältigen Errungenschaften aus einem Jahrhundert Arbeiterbewegung weggewischt. Das legale Sozialdumping (...) wird dadurch durchgesetzt.

Das alles ist kein Zufall: Den EU-Regierungen ist es problemlos gelungen, ihre Polizeigesetze zu vereinheitlichen und die Repressionsapparate zu integrieren. Wenn das gleiche in der Sozialgesetzgebung nicht stattgefunden hat, dann deswegen, weil der keynesianistische „Wohlfahrtsstaat" gezielt zerschlagen werden soll.

Für gemeinsame Sozialstandards kämpfen?

Auf der Hand liegt es schon lange: Gegen ein transnational agierendes Kapital muß auch das Proletariat transnational agieren. (Mit „Proletariat" meinen wir nicht jenen traditionellen und immer schon falschen Begriff von „Arbeiterklasse", sondern jene fragmentierte Masse aller derjenigen, die von Löhnen leben müssen bzw. davon nicht leben können, weil sie gar nicht in die kapitalistische Lohnarbeit hineinkommen, also Hausfrauen, Erwerbslose, Flüchtlinge. Das Proletariat ist also nicht männlich und weiß, sondern mehrheitlich „farbig" oder weiblich.) Selbstverständlich beschränkt sich dieser Anspruch nicht auf Europa - die Gesellschaft ist nur global zu verstehen -, aber da die EU ein existierender politischer Rahmen ist, müssen wir auch hier ansetzen.

Die Gewerkschaften als zerfallende Apparate (...) werden diese Transnationalisierung sicher nicht leisten. Es ist kein Zufall, daß ihre Führungsriegen fleißig bei der chauvinistischen „Standort Deutschland-Debatte" mitstricken. Viel besorgniserregender ist, daß es auch in der außerparlamentarischen Linken (...) solche Auseinandersetzungen kaum gibt. ...

Es sind hauptsächlich linke Betriebsleute und geschaßte TrotzkistInnen gewesen, die im Sommer 1997 den europäischen Marsch gegen Erwerbslosigkeit und Marginalisierung nach Amsterdam organisierten. Und damit den gemeinsamen Kampf um Sozialstandards ins Gespräch brachten.***

Unserer Ansicht nach müßte man genau dort ansetzen, ohne allerdings die keynesianistischen Prämissen zu akzeptieren. Für den untergehenden Wohlfahrtsstaat sind 1) die nationalstaatliche Eingrenzung, 2) die sozialbürokratische Kontrolle der Unterschichten und 3) die Ankoppelung der Einkommen an die Produktivitätsentwicklung kennzeichnend gewesen. Alles drei lehnen wir ab. Uns geht es nicht um die reformtechnologische Verwaltung der Arbeit (das ist das Problem der Regierungen), sondern um unser Recht auf ein anständiges Leben.

Her mit dem schönen Leben!
1500 DM für alle!

Keine Forderung beinhaltet diese Absicht unserer Meinung so treffend wie die Forderung nach Existenzgeld:

Revolutionäre Diskurse, die steril bleiben, weil sie niemanden mobilisieren, sind objektiv betrachtet überhaupt nicht radikal. ... Den Vorwurf „*Existenzgeld ist reformistisch*" kann man abhaken. Selbstverständlich ist die Existenzgeldforderung reformistisch, aber man kann anhand von ihr die Legitimität des herrschenden Verteilungs- und Arbeitsmodells angreifen und damit eine nicht-kapitalistische Alternative wieder vorstellbar machen. (...)

Die Forderung nach Existenzgeld wird der Klassenstruktur des Postfordismus gerecht. Karl-Heinz Roth hat das neue Proletariat vor zwei Jahren sehr poetisch als „Archipel" kleiner, segmentierter Gruppen bezeichnet, die zum Teil außerhalb der Erwerbsarbeit stehen oder prekär malochen, zum anderen als „Selbständige" arbeiten oder immer noch über Tarifverträge verfügen. Eine Forderung, die das Existenzrecht aller formuliert, kann zu einer Brücke zwischen den ArchipelbewohnerInnen werden. Eine Garantie gibt es dafür selbstverständlich nicht. Aber wir wissen, daß neue proletarische Bewegungen kaum noch am (prekären und flexibilisierten) Arbeitsplatz entstehen werden. Sie können sich eigentlich nur noch in konkreten politischen Kämpfen konstituieren, wo Solidarität im gemeinsamen Projekt (und nicht wie früher am Arbeitsplatz) erfahren wird. Wir müssen den Zerfall des Keynesianismus nutzen, um zu einer radikalen Version von Kommunismus zu kommen. Für alle gesellschaftlichen Modelle bisher (marktliberale, keynesianistische und staatssozialistische) war der Zwang zur Lohnarbeit charakteristisch. Akkordmodelle, Arbeitsmythos und fordistische Fabriken gab es nicht nur in den USA und Westeuropa, sondern auch in der Sowjetunion.

Inzwischen jedoch ist aufgrund der technologischen Entwicklung immer weniger Arbeit nötig, um die gleiche oder sogar eine größere Menge an Reichtümern herzustellen. Immer weniger Leute werden für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen gebraucht. Die wachsende Zahl von Arbeitslosen wird in Jobs gedrückt, wo zu Hungerlöhnen gearbeitet wird (...), weil sich sonst ihre Anstellung überhaupt nicht mehr rechnen würde. Die Profiteure sind eine kleiner werdende Zahl von KapitalbesitzerInnen, leitende Angestellte und sonstige Großverdiener. Und die sozialen Widersprüche werden sich noch massiv verschärfen. D. h. an der Debatte um neue gesellschaftliche Verteilungsmodelle kommt sowieso niemand mehr vorbei. Selbstverständlich kann man den Trend zu südamerikanischen Verhältnissen (die reichsten 20% verdienen 20-30 Mal so viel wie die ärmsten 20%) als gottgegeben betrachten. Man kann aber heute noch deutlicher als bisher feststellen, daß es nicht die Arbeit des Einzelnen ist, die Reichtum erschafft, sondern das angehäufte technische und

kulturelle Wissen der Menschheit.

Wer soll die Früchte hiervon beanspruchen? 25% Festangestellte und Kapitalbesitzer oder eine Gesellschaft als Ganze? Die Frage führt fast zwangsläufig zu nicht-kapitalistischen Konzepten. Das Ende des Keynesianismus/ Fordismus bietet also eine Grundlage für eine allgemeine Debatte um Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung der Arbeit und Abschaffung der Lohnarbeit insgesamt. Und die Existenzgeldforderung ist eine politische Umsetzung dieser Erkenntnis: Wir haben alle einen Anspruch auf die gesellschaftlichen Reichtümer bzw. auf die Gestaltung der Ökonomie als Ganzem.«

Anmerkungen der Redaktion:

* Dem als politische Gebrauchsanweisung zu verstehenden „*Schluss mit dem Stress!*"-Faltblatt zu dieser Konferenz konnten die ausführlichen Texte zu diesen AG's (z. B. „*Sozialstaatskritik*", „*Feministische Ökonomiekritik*", „*Prekarisierung*") entnommen werden; es lag der 16. **ARRANCA**! und der 422. **ak** bei. Außerdem können aktuellere Infos zur Konferenz im Internet abgerufen werden unter: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferen/.

** „*diskussionswürdiges Diskussionspapier*" deshalb, weil wir nicht nur finden, daß sich einiges darin Gesagte durchaus als „reformistisch" bezeichnen lassen muß, sondern weil wir darüber hinaus einige der Positionen teilen, die jetzt selbst innerhalb des ak-Redaktions-Disputs über das „*Schluss mit dem Stress!*"-Faltblatt verkündet wurden (siehe **ak** [analyse&kritik]. *Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Ausgabe 423, 18.02.1999, Seite 27 [„**Verwirrende Gebrauchsanweisung**. *Kritik an dem Artikel »Vorsicht Ambivalenz« in der Beilage zu ak 422*"]

*** Es sind auch genau *diese* Euromärsche gewesen, die wir - in bezug auf die politischen In- und Outputs - als äußerst kritikwürdig einstufen, weil sie in letzter Konsequenz ein gesellschaftspolitisches Zurück zu ausbeuterischen Formen fordistischer Wohlfahrtsstaatlichkeit bedeuten. Nicht nur, daß es dabei noch nicht einmal ansatzweise um die Infragestellung des bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftssystems mit all seinen Unterdrükkungsformen ging oder geht (siehe Euromarschdemonstration in Köln am 29.05.1999) - nein: darüber hinaus wurde die Propagierung eines „gemeinsamen Kampf[es] um Sozialstandards" vor allem von den „geschaßten Trotzkisten" (!?!) dazu genutzt, eine anscheinend **gemeinsam** agierende „Arbeiterbewegung" zu konstruieren, der es einzig und allein darum gehe, ein kleines Stückchen vom Kuchen des „massendemokratische[n], keynesianische[n] Sozial- und Wachstumsstaat[es zu ergattern], der ... auf einer bereits ausgeformten, tief gestaffelten kapitalistischen Vergesellschaftungsstruktur" (Robert Kurz) beruht.

Dringender Spendenaufruf!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Solidarität ist eine Waffe!

Nach einer antifaschistischen Demonstration am 22.02.97 gegen eine geplante NPD-Kundgebung in Aschaffenburg wurde ein Nürnberger Antifaschist festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, als Anführer der Demonstration an der Sachbeschädigung eines an der Strecke geparkten Autos schuldig zu sein. Dem Gericht war es egal "daß er eigenhändig den Schaden nicht verursacht hat" (Auszug aus dem Urteil). So wurde er erst zu einer Geldstrafe wegen Landfriedensbruch und Sachbeschädigung und im Anschluß auf Treiben der Versicherung des Autos zu einer Zahlung von 17.200 DM verurteilt. Da es ihm und seinem Bekanntenkreis nicht möglich ist, die hohe Summe (inklusive Anwalts- und Gerichtskosten 24.000 DM!) alleine aufzubringen, ruft die Rote Hilfe alle antifaschistischen Einzelpersonen und Organisationen auf, den Betroffenen zu unterstützen!

Angeklagt wurde einer - gemeint sind wir alle!

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. Postbank Nürnberg
Kto.: 160 168 54 BLZ 760 100 85

Rote Hilfe e.V.
Ortsgruppe Nbg./Fü./Erlg.
c/o Buchhandlung Libresso
Bauerngasse 14
90443 Nürnberg

Demos & Veranstaltungen

Di. 06.07.
Infoveranstaltung im KaBa 20.00 Uhr

Informationsveranstaltung zum Krieg gegen Jugoslawien: Zwischenbilanz und Ausblicke

„Auch wenn ... die »heiße Phase« eines 79tägigen NATO-Aggressionskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zunächst einmal beendet und ein militärisch-technisches Abkommen zwischen NATO-UnterhändlerInnen und der jugoslawischen Armee unterzeichnet wurde, geht der Krieg auf niedrigerer Intensität weiter." (aus dem 10.07.-Demo-Flugblatt der *Antifaschistischen Initiative Heidelberg*)

„Und seit die NATO ihrer Verbündeten, der »Kosovo-Befreiungsarmee« (UCK), die Kontrolle über weite Teile des Kosovo ermöglichte und ihr gestattet, die nicht-albanischen Bevölkerungsgruppen zu terrorisieren, sind zwei Drittel der serbischen und die Hälfte der Sinti- und Roma-Bevölkerung aus dem Kososvo geflohen." (aus dem Flugblatt „**Zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien**. *Zwischenbilanz und Ausblicke*" des AkAS)

Auf dieser Veranstaltung wird es darum gehen, eine Zwischenbilanz dessen zu ziehen, was in den letzten Monaten auf dem Balkan angerichtet wurde. Die Referenten werden darüber hinaus versuchen, die besondere Rolle Deutschlands in diesem Konflikt heraus zu arbeiten und Ausblicke zu entwerfen, wie es jetzt weiter gehen kann in einem vollkommen zerstörten Gebiet - vor allem auf der Basis linksradikaler Politik.

Beginn: 20.00 Uhr, Emil-Julius-Gumbel-Raum, Karlstorbahnhof Heidelberg

Veranstaltet vom AkAS und der AIHD

Sa. 10.07.
Bundesweite Demo in HD 13.00 Uhr

Bundesweite Demonstration „Ihre »Neue Weltordnung« angreifen - *Kampf der NATO-Kriegspolitik!*" in Heidelberg

(Näheres dazu in dieser *Sabo*)

Treffpunkt: 13.00 Uhr, Universitätsplatz HD

Sa. 17.07.
Rock gegen Rechts in Bietigheim 15.00 Uhr

Festival „*Rock gegen rechts*" im und am Jugend- und Kommunikationszentrum Farbstraße in Bietigheim-Bissingen

An diesem Tag findet das traditionelle „Rock gegen rechts"-Festival in Bietigheim-Bissingen statt. Es beginnt um 15.00 Uhr mit einem Kinderprogramm, zu dem ein Marionettentheater, eine Wasserrutsche und ein (feuerrotes?) Spielmobil gehören, und endet (ab 19.00 Uhr) mit einem Konzert, auf dem folgende Bands auftreten: SCHÖNE HEILE WELT (Rock), HIPNOSES (Indie-Pop), COURT JESTER'S CREW (Ska), NOKOKO YE

(African Reggae), SAOCO (Salsa & Merengue), MY DEEPEST INNER (Trashcore) und C'EST BIZARRE (Rock). Ab 22.00 Uhr wird es ein Chill-out-Café geben. Außerdem können sich die Gäste die ganze Zeit über an politischen Info- und Büchertischen informieren.

Beginn: 15.00 Uhr (Ende 6.00 Uhr), Jugend- und Kommunikationszentrum Farbstraße, Bietigheim-Bissingen (Eintritt frei)

Ihre »Neue Weltordnung« angreifen - *Kampf der NATO-Kriegspolitik!*

10. Juli 99 • 13.00 Uhr • Heidelberg

Kommt alle zur Demo!

Sa. 31.07. „Test Your Vokü" in Heidelberg

„Test Your Vokü" in Heidelberg

Gegen Abend werden auf der Heidelberger Neckarwiese AZ-AktivistInnen zusammenkommen, um dort an einem Infostand für ein neues Autonomes Zentrum eine mobile Vokü einzurichten. An diesem Abend wird gegessen, getrunken, jongliert, feuergespuckt und getrommelt, um das Anliegen, in Heidelberg ein neues AZ zu erkämpfen, mal wieder unüberhör- und unübersehbar zu machen. Kommt alle, laßt euch überraschen!

Treffpunkt: abends, Neckarwiese Heidelberg

So. 01.08. „Planet Antifa" in Heidelberg 19.00 Uhr

„Planet Antifa": Austausch - Information - Aktion

»PLANET ANTIFA bietet aktiven Antifas und Menschen, die es werden wollen, die Möglichkeit, sich kennen zu lernen, Infos auszutauschen, Termine zu erfahren, Entwicklungen und Chancen antifaschistischer Politik zu erörtern und, vor allem, linke ... antifaschistische Aktionen mit zu machen!«

Beginn: 19.00 Uhr, kASTrA, Lauerstraße 1, Heidelberg

Eine Initiative der Antifaschistischen Jugendaktion HD und der Antifaschistischen Initiative HD

JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine im Juli/August

Fr, 09.07.:	Spiritual-Night (Gothic - Dark Wave - Industrial)	22.00 Uhr
Di, 13.07.:	Konzert mit SEPERATION, DEMON, SYSTEM 13 und CLASS OF 88	20.00 Uhr
Do, 15.07.	Start der Ausstellung über die Landlosenbewegung in Brasilien	20.00 Uhr
Fr, 16.07.:	Soli-Konzert und -Disco für ein unabhängiges Jugendzentrum in Belgrad	20.00 Uhr
Sa, 17.07.:	Antifa-Soli-Konzert mit DIAVOLO ROSSO, MURDER DISCO EXPERIENCE und ROTE KHMER NECKARSTADT ALLSTARS	20.00 Uhr
Sa, 24.07.:	Flohmarktfrühstück	8.00 Uhr
Sa, 24.07.:	AARN-Grillfest und -Solidisco	17.00 Uhr
Do, 29.07.:	Ende der Ausstellung über die Landlosenbewegung in Brasilien	
Fr, 13.08.:	Hardcore-Konzert mit JR EWING (Norwegen) u. a.	20.00 Uhr
Do, 26.08.:	Billigbiertag	19.30 Uhr
Mo, 30.08.:	Hardcore-Konzert mit DISCOUNT, STARS LIKE JENNY und HOT WATER MUSIC	20.00 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°

Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°

Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim